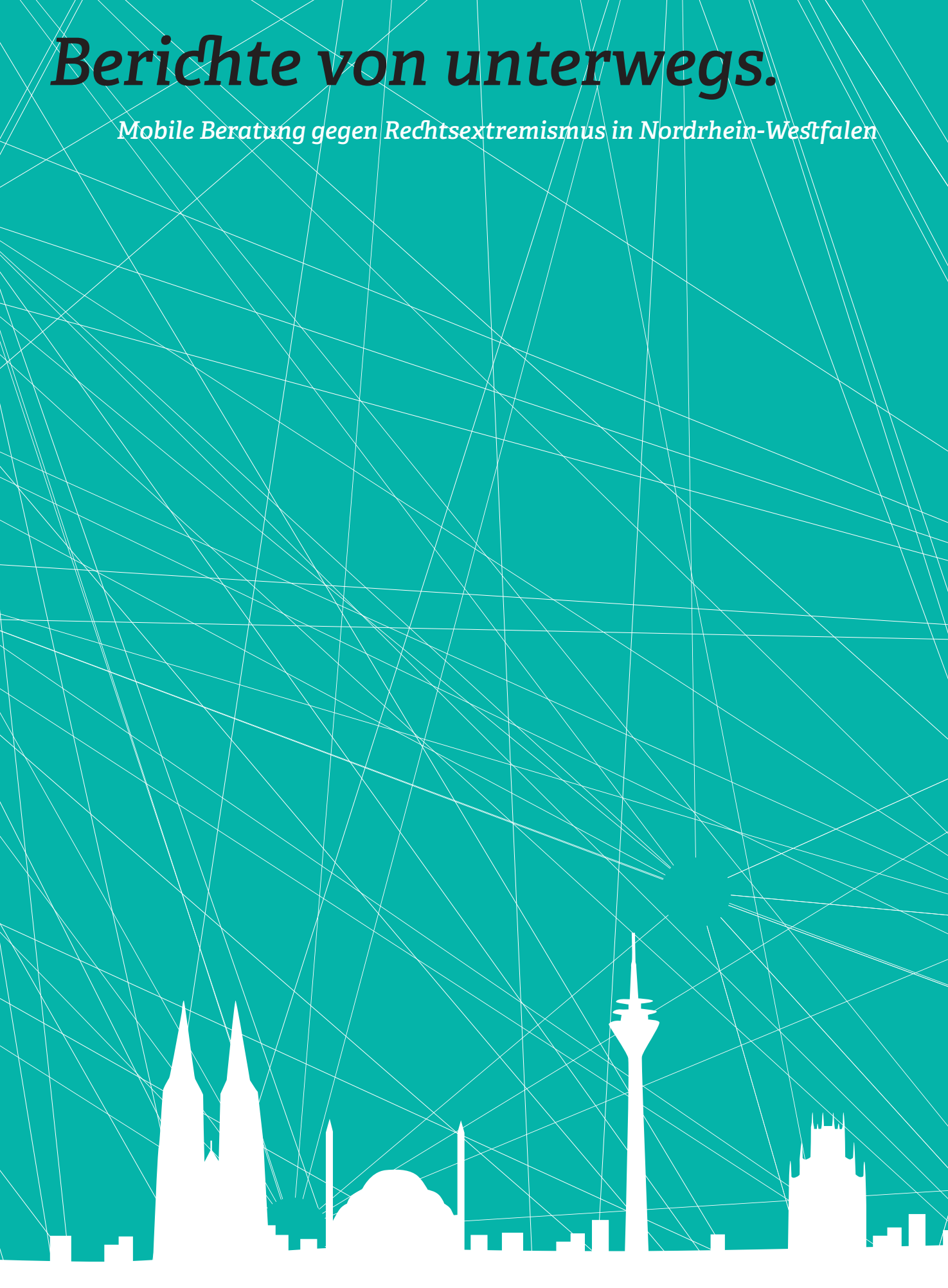
Berichte von unterwegs.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen



Reisevorbereitungen

04 Grußwort
Ute Schäfer

05 Berichte von unterwegs – Eine Broschüre von und über die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW
Heiko Klare & Michael Sturm

13 Rechtsextremismusprävention in NRW
Landeszentrale für politische Bildung NRW

Streifzüge // Rassismus, Rechtspopulismus und die extreme Rechte in NRW

18 „Nein zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung“
Antimuslimischer Rechtspopulismus in Nordrhein-Westfalen
Alexander Häusler

24 „Jung, rebellisch, revolutionär“ – die ‚Autonomen Nationalisten‘ in NRW
Jan Schedler

30 Musik, Kameradschaft, Politik – Rechts-Rock in NRW
Jan Raabe

36 Knüppel, Bomben, Psychoterror
Lilian Muscutt & Tomas Sager

41 Ab durch die Mitte!
Rechtsextremismus und die Diskurse der Mitte
Anne Broden

Ausflüge // Einblicke in die Praxis

48 Unterstützung vor Ort mit Traditionen und Standards // Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder
Mobile Beratung in Nordrhein-Westfalen
Heiko Klare & Michael Sturm (mobim)

55 Von der Krisenintervention zur nachhaltigen Auseinandersetzung. // Mobile Beratung in Radevormwald
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln
Hendrik Puls & Hans-Peter Killguss

60 Netzwerke und breite Bündnisse // Stadtteilarbeit gegen rechtsextreme Gruppen in Wuppertal
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Düsseldorf
Marat Trusov & Nina Bramkamp

66 „Eine Gemeinschaft gegen Rassismus“ // Zum Umgang mit einer „Hitlergruß-Affäre“ in der Gladbecker Jugendfeuerwehr
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster
Heiko Klare & Michael Sturm (mobim)

72 Ein weites Feld... // Mobile Beratung im ländlichen Raum
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Detmold
Karsten Wilke

76 Auch „zwischen den Demos“ aktiv bleiben – politische Bildung und Mobile Beratung
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg
Dieter Frohloff

Navigation // Adressen & Literatur

82 AnsprechpartnerInnen und Beratung

86 Literatur zum Thema

89 Links

Grußwort

Ute Schäfer

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
die rechtsterroristischen Morde der sogenannten „Zwickauer Zelle“ haben uns auf besonders erschreckende, nachdrückliche Weise damit konfrontiert, wie wichtig es ist, sich für unsere Demokratie und den sozialen Zusammenhalt einzusetzen.

Rechtsextremismus im eigentlichen Sinne des Wortes ist ein Randphänomen. Rechtspopulistisches, teils auch rechtsextremes Gedankengut jedoch ist weiter verbreitet als viele annehmen. Das zeigen wissenschaftliche Studien. Das können wir aber auch in unserem unmittelbaren Umfeld erleben: Wenn rechtsextremistisches Propaganda-Material verteilt wird, „anders“ aussehende Personen oder Obdachlose angepöbelt oder rassistische Sprüche auf Gebäude geschmiert werden, wenn im privaten Kreis menschenverachtende Sprüche fallen, dann sind wir gefordert, darauf zu reagieren.

Es ist nicht leicht, mit solchen Vorfällen umzugehen, die Unsicherheit und Angst auslösen können. Die „Mobile Beratung“ in Nordrhein-Westfalen hilft dabei. Sie analysiert mit den Betroffenen die Situation und unterstützt sie, Lösungen zu entwickeln. Darüber hinaus arbeiten die fünf Träger der „Mobilen Beratung“ gemeinsam mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus daran, ihre Hilfsangebote noch bekannter zu machen, das Beratungsnetz enger zu knüpfen und den Austausch mit Fachleuten zu fördern.

Diese Broschüre stellt die Aktivitäten der „Mobilen Beratung“ vor. Sie bietet Einblicke in die Arbeitspraxis der Beratungsstellen und alle Kontaktdaten, aber auch hilfreiche Informationen für Betroffene. Ich danke allen, die bei der „Mobilen Beratung“ mitarbeiten und sie unterstützen, sehr herzlich und freue mich, wenn dieses „Informationshandbuch“ von vielen Menschen genutzt wird.

Ute Schäfer // Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Berichte von unterwegs – Eine Broschüre von und über die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

Heiko Klare & Michael Sturm

Die Gedenkstätte ***Alte Synagoge*** an der Exterstraße liegt mitten in der Detmolder Innenstadt. Ein aus vier Stelen bestehendes Mahnmal und eine auf einem Betonsockel angebrachte Inschrift erinnern an die Opfer der Shoah. In der Nacht zum 17. Dezember 2011 wird die Gedenkstätte durch die von Unbekannten angebrachte Aufschrift „6 Mio. HAHA“ geschändet. Dies ist nicht der erste antisemitische Vorfall in Detmold. Einige Wochen zuvor, in der Nacht vom 9. auf den 10. November, wurde ein Gedenkstein am Standort der ehemaligen Synagoge in der Lortzingstraße mit einem Hakenkreuz und dem Kürzel „88“ besprüht.

Nur wenige Tage später, knapp 30 Kilometer weiter westlich. Die Stimmung in der Bielefelder Innenstadt ist alles andere als weihnachtlich. Behelmte Einsatzhundertschaften der Polizei prägen das Straßenbild. In dichten Reihen begleiten sie einen Aufmarsch von rund 70 Neonazis aus ganz Nordrhein-Westfalen, die gegen ein linksalternatives Jugendzentrum demonstrieren. Dass sie dies ausgerechnet am 24. Dezember tun, wollen die Organisatoren als Revanche gegenüber der Polizei verstanden wissen. Bereits am 6. August 2011 hatten Neonazis im Anschluss an einen Aufmarsch im niedersächsischen Bad Nenndorf versucht, durch die Stadt zu ziehen. Angesichts der zahlreichen GegendemonstrantInnen, die rund um den Hauptbahnhof zusammengekommen waren, um gegen die angereisten Rechten zu protestieren, untersagte der Bielefelder Polizeipräsident kurzerhand deren Versammlung. Auch an Weihnachten stoßen die Neonazis auf massiven Widerspruch. Rund 6.500 Menschen, darunter der Oberbürgermeister, VertreterInnen aller demokratischen Parteien, der Kirchen, Gewerkschaften und MigrantInnenenselbstorganisationen sowie vorwiegend jugendliche AktivistInnen antifaschistischer Gruppen säumen die Straßen, um den RechtsextremistInnen lautstark deutlich zu machen, dass sie in der Stadt nicht erwünscht sind.

Doch nicht nur in Ostwestfalen machen Neonazis in der Weihnachtszeit auf sich aufmerksam. Im Leverkusener Ortsteil Opladen stürmen in der Nacht zu Heiligabend Angehörige der rechten Szene in eine Kneipe und versprühen Reizgas. Zwölf Personen werden verletzt. Der Sprecher einer antifaschistischen Initiative weist darauf hin, dass der Angriff kein Einzelfall gewesen sei. Vielmehr stehe er „in einer ellenlangen Liste von körperlichen Übergriffen auf vermeintlich Andersdenkende.“

Geben sich die Neonazis in Bielefeld und Leverkusen aktionistisch und gewaltbereit, ist der Vorsitzende der ***Bürgerbewegung pro NRW,*** Markus Beisicht, um ein volksnahes Auftreten bemüht. In einem auf der Internetseite seiner Partei veröffentlichten „großen Weihnachts- und Jahresabschlussgespräch“ beklagt er ein „Demokratiedefizit“ in Deutschland und wettert gegen Bundespräsident Christian Wulff, der „nicht nur in diese Affären verstrickt“ sei, sondern „bei der Einwanderungsfrage“ den „Bürgerwillen“ missachte. Hier wird die eigentliche Intention Beisichts deutlich, versucht er doch die permanente Polemik seiner rechtspopulistischen „Bürgerbewegung“ gegen Einwanderung und die vermeintliche Islamisierung Deutschlands als demokratisches Programm zu verkaufen. In der für ihn typischen Großspurigkeit präsentiert er ***pro NRW*** als „Widerstandspartei“, die in den nächsten Jahren auf den „politischen Durchbruch“ hinarbeiten werde.

Doch schon jetzt gehören Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen sowie rassistische Pöbeleien für viele MigrantInnen und Muslime im Lande zum Alltag. Davon kann auch Nuriye S. berichten. Als sie am zweiten Weihnachtsfeiertag in Münster aus dem ICE steigt, mustern sie drei junge Männer am Bahnsteig mit abfälligen Blicken und machen sich lautstark über ihr Kopftuch lustig, das sie als „schmutzigen Fetzen“ bezeichnen.

Rassismus und Rechtsextremismus gehören auch in NRW zum Alltag

Wir wollen die kurze Winterreise durch Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle beenden. Die innerhalb einer Woche entstandenen Momentaufnahmen vermitteln schlaglichtartige Eindrücke von extrem rechten Vorfällen und Strukturen im bevölkerungsreichsten Bundesland. Deutlich zeigt sich: Rechte Gewalt, organisierter Neonazismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus gehören auch zwischen Rhein und Weser zum Alltag. Diese Beobachtung mag jene, die in den Weltbildern und in der Propaganda der extremen Rechten zu „Feinden“ erklärt werden, kaum überraschen. Sie müssen sich ständig mit Anfeindungen, Drohungen, bisweilen auch mit gewalttätigen Übergriffen auseinandersetzen. In der öffentlichen und politischen Wahrnehmung kommen diese Perspektiven jedoch oftmals nur unzureichend an. Hier dominiert nicht selten die Ansicht, dass es sich bei der extremen Rechten in NRW gewissermaßen um einen gesellschaftlichen Bodensatz handelt.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse der letzten Jahrzehnte mag diesen Eindruck bestätigen: So ist es seit 1946 bislang keiner Rechtsaußen-Partei gelungen in den Düsseldorfer Landtag einzuziehen. ***Pro NRW***, die selbsternannte Bürgerbewegung, erzielte bei der letzten Landtagswahl im Mai 2010 lediglich 1,4 Prozent. Die NPD schnitt mit 0,9 Prozent noch deutlich schwächer ab. Auch die Kriminalstatistik scheint keinen Grund zur Beunruhigung zu liefern. In einer Aufstellung des ***Bundesamtes für Verfassungsschutz***, die über die Häufigkeit rechtsextremer Gewalttaten je 100.000 EinwohnerInnen in den Bundesländern im Jahr 2010 informiert, rangiert NRW im bundesweiten Vergleich auf einem unscheinbaren neunten Platz [Q1].

Doch bereits eine weitere Tabelle in der selben Veröffentlichung vermittelt ein anderes Bild. Demnach wurden in absoluten Zahlen im Jahr 2010 in Nordrhein-Westfalen bundesweit die meisten rechts motivierten Gewalttaten (149) registriert (siehe auch Schaubild auf S. 37). Demnach ereignet sich hier im Durchschnitt alle zwei bis drei Tage ein gewalttätiger Übergriff, dem rassistische, antisemitische oder sonstige extrem rechte Motive zugrunde liegen. Aber auch in einer weiteren Statistik nimmt Nordrhein-Westfalen einen traurigen Spitzenplatz ein. Nach Recherchen des Internetportals ***Mut gegen rechte Gewalt*** und des ***Opferfonds Cura*** der ***Amadeu Antonio Stiftung*** kamen in der Bundesrepublik zwischen 1990 und 2011 mindestens 182 Menschen durch extrem rechte Gewalt ums Leben. Mindestens 25 Personen starben in NRW. Nur in Brandenburg liegt die Zahl der registrierten Todesopfer noch höher. ***Lilian Muscutt*** und ***Tomas Sager*** widmen sich in ihrem Beitrag zu dieser Broschüre der rechten Gewalt in Nordrhein-Westfalen.

Parteien und Szenen werden vor Ort zum Problem

Auch wenn bisher weder die NPD noch ***pro NRW*** auf Landesebene erfolgreich gewesen sind, so sind auf kommunaler und regionaler Ebene VertreterInnen demokratischer Parteien immer wieder mit der Agitation extrem rechter Abgeordneter in Kreistagen und Stadträten konfrontiert. ***Pro NRW*** ist bei der Kommunalwahl 2009 überall dort, wo sie als selbsternannte Bürgerbewegung angetreten ist, in die Parlamente eingezogen. In den kreisfreien Städten Köln, Leverkusen und Gelsenkirchen sowie in Bergheim, Radevormwald und Dormagen sitzt die Partei in Fraktionsstärke in den Städträten, darüber hinaus ist sie in sieben Kreis- und Stadträten vertreten. 2010 gewann ***pro NRW*** durch Übertritte von ehemaligen Mitgliedern der ***Republikaner*** und der NPD zudem Mandate in Hagen, Hamm und Ennepetal sowie im Kreisrat von Minden-Lübbecke hinzu.

Die NPD konnte bei der Kommunalwahl 2009 in 23 Kreistagen und Stadträten jeweils ein Mandat erzielen, etwa in Großstädten wie Bochum, Dortmund und Essen im Ballungsraum Ruhrgebiet, aber auch in kleineren Gemeinden wie Ennepetal, Hückelhoven, Lüdenscheid oder Wetter. Die ***Deutsche Volksunion*** (DVU) ist nur noch in Dortmund im Stadtrat vertreten, die ***Republikaner*** halten jeweils ein Mandat in der Städteregion Aachen, in Düsseldorf, Essen, Herne, Alsdorf, Hemer, Minden und Porta-Westfalica. Darüber hinaus gibt es vor allem im nördlichen Ruhrgebiet unterschiedliche Kleinstparteien und WählerInnenvereinigungen, die mit islamfeindlicher Programmatik Lokalpolitik betreiben und in verschiedenen Gemeinden sowie im Kreistag Recklinghausen vertreten sind.

Q1 BMI 2011: S. 41

All diese VertreterInnen extrem rechter Parteien können die Mitglieder von Kreis- und Stadträten vor große Herausforderungen stellen: Wie diskutiert man mit ‚den Rechten', wie geht man mit ihren Anträgen um, welche Möglichkeiten gibt es für die demokratischen Parteien, sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen? Der Beitrag von ***Alexander Häusler*** verdeutlicht die Strategien und Argumentationsmuster, mit denen ***pro NRW*** versucht im Land Fuß zu fassen. Die RechtspopulistInnen polemisieren dabei vor allem gegen MigrantInnen und Muslime, die ohnehin schon weit verbreiteten Ressentiments und ausgrenzenden Haltungen ausgesetzt sind. ***Anne Broden*** macht daher in ihrem Beitrag darauf aufmerksam, dass Rassismus ein Problem darstellt, das nicht nur in Verbindung mit der extremen Rechten, sondern auch im Zusammenhang mit der oft beschworenen ‚Mitte der Gesellschaft' diskutiert werden muss.

Aber nicht nur Parteien und Organisationen der extremen Rechten können vor Ort zu Herausforderungen führen – in einigen Regionen NRWs sind vor allem die teils gewaltbereiten und militanten Neonaziszenen eine Bedrohung für das friedliche Zusammenleben. Nicht nur in den landesweit als Schwerpunktregionen wahrgenommenen Städten Aachen, Dortmund und Wuppertal mit ihrem jeweiligen Umland, auch im ländlichen Raum Ostwestfalens oder dem Rheinland werden Gruppen von sogenannten Autonomen Nationalisten selbstbewusster und versuchen, sich zumindest symbolisch Räume anzueignen – durch das Verteilen von Aufklebern und Flyern, durch Demonstrationen und Mahnwachen, aber auch durch Drohungen, Sachbeschädigungen und gewaltsame Übergriffe. ***Jan Schedler*** geht in seinem Beitrag auf die verschiedenen (Selbst-) Inszenierungspraktiken dieser subkulturell geprägten Szene in NRW ein, die auch in bundesweiter Perspektive eine Vorreiterrolle einnimmt. In einigen Gegenden sind zudem unorganisierte rechte Cliquen oder ‚klassische' Kameradschaften aktiv. Kneipen, Tätowierstudios und andere Ladenlokale werden zu Treffpunkten loser Zusammenhänge von rechts anpolitisierten Jugendlichen und Erwachsenen. Rechtsextremismus präsentiert sich somit oftmals als eine ‚Erlebniswelt', für die weniger Parteiprogramme oder organisatorische Strukturen, sondern vielmehr Kleidungsstile und Musik mit rassistischen, antisemitischen, nationalistischen und nicht selten gewaltverherrlichenden Texten kennzeichnend sind. RechtsRock in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist attraktiv. Er liefert extrem rechte Identitätsangebote und ist offenkundig auch finanziell lukrativ, wie ***Jan Raabe*** am Beispiel der RechtsRock-szene in Nordrhein-Westfalen mit ihren zahlreichen Bands und Labels deutlich macht.

Eine lebendige Zivilgesellschaft – gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

Die 6.500 Menschen, die an Heiligabend 2011 ihren Weg zu den unterschiedlichen Gegendemonstrationen in Bielefeld gefunden haben, stehen stellvertretend für ein anderes Nordrhein-Westfalen. Es gibt im Land unzählige Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Motiven gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung engagieren. In Bündnissen, Initiativen und Netzwerken, in Vereinen und Verbänden, Gewerkschaften, Parteien oder religiösen Zusammenhängen, privat oder dienstlich. Dabei steht nicht immer der Protest auf der Straße im Mittelpunkt – alltäglich sind in NRW auch die zahlreichen oftmals unspektakulären Formen der Auseinandersetzung mit den oben skizzierten Herausforderungen. Nicht immer fühlen sich die Aktiven dabei ernst- und wahrgenommen, manchmal fehlt es an der notwendigen Unterstützung von offizieller Seite.

Die Mobile Beratung kann hier ein Angebot machen. Wir versuchen überall dort Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, wo Menschen sich den Problemen stellen, von der kurzfristigen telefonischen Anfrage wegen des T-Shirt-Aufdrucks einer Schülerin bis zur langfristigen Planung von Handlungskonzepten in einer Kommune. Diese Broschüre soll neben den bereits skizzierten Streifzügen auch ‚Ausflüge' in die Praxis Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus unternehmen. Aus jedem Regierungsbezirk beschreiben die Mobilen BeraterInnen einen beispielhaften Fall, um die Konzepte und Methoden der Beratung deutlich zu machen. ***Heiko Klare*** und ***Michael***

Sturm stellen in einem ersten Beitrag die Traditionen und Standards Mobiler Beratung vor. Danach beleuchten die Fallbeschreibungen aus Sicht der Mobilen BeraterInnen in den Regierungsbezirken die Arbeit mit Verbänden wie der Feuerwehr, die Unterstützung von Aktiven in Stadtteilen und Netzwerken, die Herausforderungen für nachhaltige Präsenz im ländlichen Raum, den Weg von einer Krisenintervention zur langfristigen Auseinandersetzung sowie die Chancen politischer Bildung in Beratungsprozessen. Diese ‚Ausflüge' werfen zum einen Schlaglichter auf die breiten und vielschichtigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in NRW. Sie vermitteln zum anderen aber auch Eindrücke von den ‚Mühen der Ebene' – den alltäglichen Schwierigkeiten, Widerständen und Ernüchterungen, mit denen sich aktive BürgerInnen und Mobile BeraterInnen in der Beschäftigung mit diesen Problemfeldern immer wieder konfrontiert sehen. Insofern möchte die vorliegende Broschüre keine Erfolgsbilanzen präsentieren; Mit ihrem Titel ‚Berichte von unterwegs' ist vielmehr eine grundsätzliche Beobachtung angedeutet, nämlich die, dass die Auseinandersetzungen um Demokratie, Teilhabe und ein humanes Gemeinwesen immer wieder aufs Neue zu führen sind. Ein Ende der Reise ist daher nicht absehbar.

Wovon wir sprechen: ‚Rechtsextremismus' und ‚Zivilgesellschaft'

In dieser Broschüre werden immer wieder die Bezeichnungen ‚Rechtsextremismus' und ‚Zivilgesellschaft' genutzt. Die ***Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW*** trägt den einen Begriff im Namen, eine ‚aktive Zivilgesellschaft' wird allerorten beschworen und gefordert und ist nicht zuletzt immer auch Ziel unserer Beratungsprozesse. Wir wollen daher im Folgenden kurz unser Verständnis beider Begriffe umreißen:

‚Rechtsextremismus' wird von der ***Mobilen Beratung in NRW*** als kritischer Arbeitsbegriff genutzt, wohlwissend, dass er unscharf und unzureichend ist, da er gerade die ‚Grauzone' zwischen manifesten extrem rechten Einstellungen und Handlungen sowie latenten rassistischen Haltungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft systematisch ausblendet. Wir verstehen die unter dem Begriff ‚Rechtsextremismus' subsumierten Einstellungen und Handlungen als ein gesamtgesellschaftliches Problem und führen die Auseinandersetzung damit daher auch von einem sozialwissenschaftlichen Standpunkt aus, der eine starre Sichtweise auf Gesellschaft mit ebenso starren Konzepten nicht zulässt. Für eine Deutung des Phänomens ‚Rechtsextremismus', die vor allem auf die staatlichen Institutionen und die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung' gerichtet ist, mag dieser enge Blick angemessen sein. Eine fruchtbare Auseinandersetzung in Beratungsprozessen sowie die Förderung von Teilhabe, Anerkennung und Solidarität im Gemeinwesen ist allerdings nur mit einem weiter gefassten, differenzierten und pluralen von Demokratie- und Gesellschaftsverständnis möglich Q2. Die von Hans-Gerd Jaschke vorgeschlagene Definition von ‚Rechtsextremismus' dient uns dabei als Orientierung und soll auch hier als Grundlage für den in den Beiträgen genutzten Rechtsextremismusbegriff verstanden werden.

Definition Rechtsextremismus nach Jaschke

Unter ‚Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus' verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gesellschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfungen industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform.

In: Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder, 2. Auflage, Opladen, S. 30.

Ähnlich wie zum Begriff des ‚Rechtsextremismus' bedarf es an dieser Stelle einiger Anmerkungen, um unser Verständnis von ‚Zivilgesellschaft' zu klären. Sie wird seit einigen Jahren vermehrt zum Thema politischer Debatten und zunehmend als Triebfeder gesellschaftlicher Veränderungen sowie als möglicher Ort für die Bearbeitung grundlegender Probleme des Zusammenlebens gesehen.

Gerade die Forderungen, zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen beziehungsweise in die Pflicht zu nehmen, um die demokratische Kultur zu stärken und der extremen Rechten entgegenzutreten, beruhen auf einer mit bestimmten Normen und Werten aufgeladenen Vorstellung von dieser ‚zivilen Gesellschaft': „Gemeinsinn, Solidarität, Kooperationsbereitschaft, Verantwortungsübernahme, Gewaltfreiheit [und] Toleranz" bilden die Regeln dieses „gleichberechtigten Miteinanders" Q3. Der Verweis auf diese normative Bedeutung des Begriffs ist immens wichtig, könnte doch sonst auch das Engagement der NPD im sozialen Bereich (beispielsweise ‚Hartz-IV-Beratung' oder Familienfeste) als ‚Zivilgesellschaftlich' bezeichnet werden.

Idealtypisch ist ‚Zivilgesellschaft' die Summe aller nichtstaatlichen Organisationen, die an gesellschaftlichen Diskursen teilnehmen und die öffentliche Meinung beeinflussen können. Sie wird abgegrenzt von drei anderen Sphären: Familie, Staat und Wirtschaft. Allerdings sind diese gesellschaftlichen Bestandteile in der Realität nicht genau voneinander zu trennen. Vielmehr sind die Übergänge fließend.

Daher empfiehlt es sich in unserem Themenfeld, die ‚Zivilgesellschaft' weiter zu fassen und sie als eine Vermittlungsinstanz gesellschaftlicher Konflikte zwischen Wirtschaft, Staat und BürgerInnen zu sehen. Demnach bildet die ‚Zivilgesellschaft' eine Arena für die diskursive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen, Fragen und Herausforderungen, in der möglichst viele gesellschaftliche Gruppen Anteil an der Diskussion haben sollten. Sie bietet zudem den Rahmen für Engagement, Beteiligung und Mitgestaltung.

Wir hoffen, mit dieser Veröffentlichung und unserer Arbeit einen Beitrag zu leisten für eine lebendige Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Die Kooperation mit den KollegInnen aus der ***Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus*** in der ***Landeszentrale für politische Bildung NRW*** und unseren PartnerInnen aus der Zivilgesellschaft, ist – nicht nur in Bezug auf die vorliegende Broschüre – ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Stellen in diesem Prozess. Ab März 2012 wollen wir in einem gemeinsamen ***Landesweiten Beratungsnetzwerk*** unsere Gespräche regelmäßig und institutionalisiert fortführen (siehe Kasten).

Diese Broschüre wäre nicht möglich gewesen ohne die gewinnbringende Zusammenarbeit mit vielen Beteiligten. Besonders zu nennen

Q2 vgl. die Ausführungen von Anne Broden zur Extremismusdebatte in ihrem Beitrag in dieser Broschüre

Q3 Klein 2007: S. 22

sind hier die KollegInnen der Mobilen Beratung in NRW sowie Anna Lena Herkenhoff, die sich konstruktiv-kritisch der Redaktion der Texte gewidmet hat. Für das gelungene Layout bedanken wir uns zudem bei Christina ‚Tüddel' Heimsoth. Diese Broschüre ist entstanden am Geschichtsort Villa ten Hompel als einem der Träger Mobiler Beratung – ein herzliches Dankeschön gilt daher auch dem Team der ‚Villa' für die Rücksichtnahme und Unterstützung für unser Projekt. Weiterer Dank gebührt der Druckerei Mundschenk, die uns beim Produzieren der Veröffentlichung sehr entgegen gekommen ist.

Landesweites Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

In diesem Gremium sollen sich ab März 2012 verschiedene AkteurInnen aus staatlichen und nichtstaatlichen Zusammenhängen zum Themenfeld Rechtsextremismus austauschen, an Strategien und gemeinsamen Konzepten arbeiten sowie über unterschiedliche Perspektiven auf aktuelle Themen diskutieren. In einem ersten Schritt sollen eingeladen werden:

- Die VertreterInnen der Mobilen Beratung in NRW aus den fünf Regierungsbezirken
- VertreterInnen verschiedener Ministerien des Landes NRW:
  - Ministerium für Inneres und Kommunales
  - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
  - Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
  - Ministerium für Schule und Weiterbildung
- VertreterInnen der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus NRW
- VertreterInnen der Opferberatungsstellen Rheinland und Westfalen
- VertreterInnen von Institutionen und Netzwerken, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus befassen:
  - AK Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen
  - Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf
  - Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
  - Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Landeskoordinierung NRW
  - Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW (IDA NRW)
  - DGB Jugend NRW

Quellen

Klein, Ludger (2007): Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Berlin, S. 22.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2011): Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin, S.H.

Rechtsextremismus-Prävention in Nordrhein-Westfalen

Landeszentrale für politische Bildung NRW

Selbstverständnis und Aufgabenfelder der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund sind für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft nicht hinnehmbar. Die meisten Straftaten sind Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien, aber auch Gewaltverbrechen, wie schwere Körperverletzung, gehören dazu. Manche dieser Straftaten werden angezeigt, viele finden jedoch nie den Eingang in eine Kriminalstatistik. Die abscheulichen Verbrechen von Mitgliedern einer rechtsterroristischen Zelle, die Menschen getötet haben, haben uns auf erschreckende Weise deutlich gemacht, welche Gefahren von dieser menschenverachtenden Ideologie ausgehen.

Zwar haben Parteien der extremen Rechten, wie die NPD, in Nordrhein-Westfalen seit Jahren kaum Chancen bei den Wahlen. Dies ist ein positives Signal der Wählerinnen und Wähler. Dennoch: Autonome Nationalisten, rechte Skinheadgruppen oder Freie Kameradschaften bedrohen auch in Nordrhein-Westfalen das demokratische und multikulturelle Miteinander. Besonders die couragierten Bürgerinnen und Bürger, die sich tagtäglich gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz einsetzen, fühlen sich oft hilflos angesichts rechtsextremer Bedrohungen.

Darüber hinaus finden sich rassistische Einstellungen und Abwertungen von Minderheiten nicht nur an den ‚extremen' Rändern der Gesellschaft. Vorurteile gegenüber Sinti und Roma, Zugewanderten, ‚dem Islam' oder Homosexuellen werden beispielsweise an Stammtischen oder in Fußballstadien offen ausgesprochen. Rechtsextremisten präsentieren ihre ausgrenzende Ideologie den Bürgerinnen und Bürgern jedoch zunehmend auch unterschwellig. Um breitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen, greifen sie häufig auf populistische Sprüche zurück, ganz nach dem Motto „Das wird man ja noch offen sagen dürfen". Diese Art der Diskriminierung von Minderheiten verunsichert nicht nur die Betroffenen, sie bildet gleichermaßen eine Herausforderung für Öffentlichkeit und Politik.

Neben polizeilichen Maßnahmen zur Verfolgung rechter Straftaten, bedarf es eines langfristigen und vor allem dauerhaften Engagements der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus. Es gibt bereits viele unterschiedliche Akteurinnen und Akteure, die sich tagtäglich in Nordrhein-Westfalen gegen extrem rechte Denk- und Handlungsmuster einsetzen. Deren Kompetenzen und Erfahrungen zu bündeln ist eine wichtige Aufgabe, um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erfolgreich führen zu können.

Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und ihre Partner der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

Genau diese Aufgabe hat die ***Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus*** (LKS), welche seit 2008 bei der ***Landeszentrale für politische Bildung NRW*** angesiedelt ist. Sie ist als ein Bestandteil der ***Landeszentrale für politische Bildung*** im ständigen Einsatz für Demokratie und gegen Rassismus und Antisemitismus. Sie leistet einen Beitrag zur Abwehr antidemokratischer Tendenzen und zum Aufbau eines regionalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus.

Mit Hilfe der finanziellen Förderung aus dem Bundesprogramm „***kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus***" konnte die LKS in einer ersten Förderperiode bis Ende 2010 den Aufbau eines Netzwerks Mobiler Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus inNRW initiieren und begleiten. So hat die LKS zunächst in den fünf Regierungsbezirken Kooperationspartner für das Vorhaben ‚Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus' gesucht und konnte im Anschluss daran die folgenden fünf Träger gewinnen, mit denen sie seither gewinnbringend zusammenarbeitet:

- *im Regierungsbezirk Arnsberg das Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen in Schwerte,*
- *im Regierungsbezirk Detmold das AKE Bildungswerk e.V. in Vlotho,*
- *im Regierungsbezirk Düsseldorf die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz,*
- *im Regierungsbezirk Köln die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln,*
- *im Regierungsbezirk Münster den Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.*

Diese fünf Einrichtungen konnten schon auf Erfahrungen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zurückgreifen und waren in ihrer Region mit anderen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft bereits gut vernetzt.

Die LKS unterstützt die Träger bei ihrer Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus in NRW, der Entwicklung von Gegenstrategien, der Öffentlichkeitsarbeit und dem Ausbau der regionalen Netzwerke. Der Kern des Interventionsansatzes besteht allerdings aus der konkreten Beratungsleistung der Träger. Diese findet in erster Linie über eine Kontaktaufnahme der Betroffenen mit einer der Erstkontaktstellen statt. Ratsuchende können sich mit ihren Problemen und Unsicherheiten bei rechtsextremistischen Vorfällen an die Einrichtungen in ihrem Regierungsbezirk wenden und werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kostenfrei und zeitnah unterstützt. Die LKS und ihre Partner stehen in engem Kontakt zueinander und tauschen sich regelmäßig über die Fortschritte in den Arbeitsfeldern aus.

Ab dem Jahr 2011 wurde das Bundesprogramm unter dem neuen Namen „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ weitergeführt. Die derzeitige Förderphase läuft bis zum Ende des Jahres 2013. Die Umsetzung dieses Programms ist auf Bundesebene beim ***Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben*** (BAFzA) angesiedelt. Auch in der neuen Förderperiode ist das übergeordnete Ziel, ziviles Engagement gegen Rechtsextremismus zu stärken. Innerhalb des Programms gibt es drei verschiedene Schwerpunktsetzungen, wobei die „Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken“, so der offizielle Name, einer dieser Schwerpunkte ist. Die konkreten Ziele, welche die LKS in dem Zeitraum koordinierend verfolgt, sind:

- *die Unterstützung der Mobilen Berater vor Ort,*
- *die Weiterentwicklung der Beratungsqualität,*
- *die Vernetzung der staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteure im Themengebiet Rechtsextremismus,*
- *die Förderung eines Wissensaustauschs zwischen den Akteurinnen und Akteuren,*
- *der Auf- und Ausbau eines ‚Landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen‘,*
- *die Durchführung eines qualitätsorientierten Verfahrens innerhalb des Beratungsnetzwerks und*
- *die stärkere Bekanntmachung der Angebote sowohl von LKS als auch des Beratungsnetzwerks als solchem.*

Wie in den anderen Bundesländern, soll auch in Nordrhein-Westfalen die Beratungsarbeit im weiteren Verlauf der Förderung gestärkt und weiterentwickelt werden. Die LKS hat hierbei die koordinierende Funktion bei der Umsetzung der Träger-Maßnahmen. Dies geschieht beispielsweise durch die jährliche Antragstellung für die Bundesfördermittel und die darauffolgende Weiterleitung der finanziellen Unterstützung an die Träger. Ebenso sammelt die LKS quartalsweise Berichte und Fallzahlen zu den Beratungsfällen in den Regionen des Landes und leitet diese an das BAFzA weiter. Somit ist die LKS für die Träger der Mobilen Beratung eine Kommunikationsschnittstelle zum Bundesamt. Auch über die eigenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit informieren die Träger die LKS, welche wiederum die Bundesstelle unterrichtet.

Das ‚Landesweite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus‘ in Nordrhein-Westfalen

Die Vorgaben des Bundesministeriums sehen vor, in jedem Bundesland ein ‚Landesweites Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus‘ aufzubauen und zu konstituieren, in dem eine breite Akteursvielfalt sichergestellt ist. Bei einer Bestands- und Bedarfsanalyse im Herbst 2011 wurde von der LKS und den fünf Trägern eine Ausweitung der Beteiligten im eigenen Netzwerk besprochen. Das bisher aus der LKS und den fünf Trägern bestehende Beratungsnetzwerk wurde daraufhin um mehrere staatliche und nicht staatliche Institutionen erweitert, um die Beratungsleistung sowie den Wissens- und Informationsaustausch in Nordrhein-Westfalen zu verstärken. Gemeinsam mit den fünf Trägern der Beratung verständigte sich die LKS auf Einrichtungen, die im Themenfeld Rechtsextremismus seit längerem tätig sind und mit denen die Träger bereits seit vielen Jahren bei Beratungsanfragen zusammenarbeiten. Dadurch waren schon vor der Einberufung dieses ‚Landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus‘ in NRW eine funktionierende Kommunikation und eine gute Arbeitsweise gewährleistet. Die LKS stellt gemeinsam mit den fünf regionalen Trägern die Lenkungsgruppe innerhalb dieses Netzwerks dar und darin eine koordinierende Rolle. Sie agiert kooperativ und zielgerichtet auf eine verbesserte Mobile Beratung im Bereich Rechtsextremismus.

Perspektiven

Die Schnittstellenfunktion der LKS zwischen Trägern der Mobilen Beratung, ‚Landesweitem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus‘ und Bundesebene ist für die Etablierung einer funktionsfähigen Beratungsarbeit lebenswichtig und soll in Zukunft auch nach außen deutlich werden. Intensive Öffentlichkeitsarbeit wird die Arbeit der Mobilen Beratung und des ‚Landesweiten Beratungsnetzwerks‘ in Zukunft verstärkt sichtbar machen. Die LKS plant hierfür zum Beispiel öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Rechtsextremismus. Die Etablierung des‚Landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus‘ in Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Baustein in der Rechtsextremismusprävention, die zur Daueraufgabe der politischen Bildung gehört.

Landeszentrale für politische Bildung NRW

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Horionplatz 1 // 40213 Düsseldorf // AnsprechpartnerInnen: Carmen Teixeira (Leitung), 0211-8374486, carmen.teixeira@mfkjks.nrw.de // Sabine Reißberg (Referentin), 0211-8374549, sabine.reissberg@mfkjks.nrw.de // Florian Stege (Referent), 0211-8374581, florian.stege@mfkjks.nrw.de // www.politische-bildung.nrw.de/lks

Streifzüge // Rassismus, Rechtspopulismus und die extreme Rechte in NRW

18 „Nein zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung“
Antimuslimischer Rechtspopulismus in Nordrhein-Westfalen
Alexander Häusler

24 „Jung, rebellisch, revolutionär“ – die ‚Autonomen Nationalisten‘ in NRW
Jan Schedler

30 Musik, Kameradschaft, Politik – Rechts-Rock in NRW
Jan Raabe

36 Knüppel, Bomben, Psychoterror
Lilian Muscutt & Tomas Sager

41 Ab durch die Mitte!
Rechtsextremismus und die Diskurse der Mitte
Anne Broden

„Nein zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung“

Antimuslimischer Rechtspopulismus in Nordrhein-Westfalen

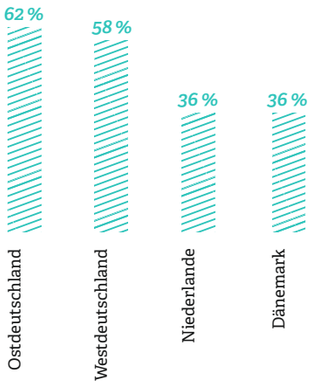
Alexander Häusler

Der Rechtspopulismus mit muslimfeindlicher und europafeindlicher Stoßrichtung gilt als politischer Erfolgsgarant für viele europäische Rechtsaußenparteien. Auch in Nordrhein-Westfalen versuchen Gruppierungen am rechten Rand mit diesen Feindbildern Anhang zu finden und mit Kampagnen gegen Moscheebau und Muslime sowie mit rechtspopulistischen Law-and-Order- Parolen politisch zu punkten. Im folgenden Beitrag werden zur Einordnung dieser Entwicklung die Masche, die Begrifflichkeiten, die AkteurInnen und der Resonanzboden rechtspopulistischer Muslimfeindlichkeit skizziert.

Die Masche

Seit einigen Jahren haben viele Rechtsaußenparteien ihr Auftreten verändert: Sie präsentieren sich als „heimisch-soziale Fürsorgekraft“ mit antieuropäischer Stoßrichtung und treten mit kulturreligiös verklausulierten rassistischen Ressentiments in Erscheinung. Angst-Kampagnen gegen eine angeblich drohende „schleichende Islamisierung“ stehen dabei im Vordergrund. Allerdings stellen die von diesen Formationen geäußerten Vorbehalte gegenüber MuslimInnen oder als muslimisch angesehenen Menschen vor allem eine Metapher für die Agitation gegenüber Zuwanderung aus dem außereuropäischen Raum im Allgemeinen dar. In vielen europäischen Ländern haben rechtspopulistische Parteien damit politisch punkten können. In Deutschland versuchen unterschiedliche rechte Gruppierungen dieses Themenfeld politisch zu besetzen. Die extrem rechte ***Bürgerbewegung pro NRW*** ist in NRW mittels muslimfeindlicher Kampagnen bemüht, einen Alleinvertretungsanspruch auf das Thema ‚Islam’ zu erhalten. Nicht ohne Grund knüpft sie an ein offenkundig angstbesetztes Thema an: So haben die Deutschen laut einer repräsentativen Umfrage der Forschungsgruppe ‚Religion und Politik’ an der Universität Münster im Vergleich mit den europäischen NachbarInnen eine eher intolerante Haltung gegenüber anderen Religionen. 58 Prozent der Westdeutschen und 62 Prozent der Ostdeutschen sind demnach negativ gegenüber Muslimen eingestellt. In den Niederlanden und in Dänemark, wo rechtspopulistische Parteien erheblichen Einfluss haben, liegt der Vergleichswert den ForscherInnen zufolge bei 36 Prozent Q1.

Negativ gegenüber Muslimen eingestellte Bürger in Prozent



Mit der sogenannten Islam-Kritik versuchen rechtspopulistische Gruppierungen, sich vom Vorwurf des Rassismus zu befreien. Das dahinter stehende Feindbild, die multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft, kann durch diesen Begriff mit scheinbar ‚aufgeklärten’ Argumenten propagandistisch wirksamer bedient werden. Im Unterschied zu offen demokratiefeindlichen und rassistischen Parolen werden nun Begriffe wie ‚Freiheit’ und ‚Demokratie’ selektiv in Anspruch genommen für demokratiefeindliche Kampagnen. Die modernisierten Rechtsaußenparteien ziehen ihre Erfolgsmöglichkeiten aus der taktischen Hinwendung zur Demokratie, um deren Mittel für ihren Kampf gegen ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander auszunutzen. Zur stichwortartigen Kennzeichnung möchte ich folgende Unterscheidungsmerkmale zwischen traditioneller und modernisierter extremer Rechter herausstellen:

Q1 vgl. Pollack 2010

Traditionelle extreme Rechte	*Modernisierte extreme Rechte und Rechtspopulismus*
Positiver Bezug auf den Faschismus	Proklamierte Abkehr vom Faschismus
Offene Ablehnung der Demokratie	Taktische Befürwortung der ‚direkten Demokratie’
Proklamierter Systemsturz („völkische Revolution“)	Besetzung eines neuen politischen Ortes im politischen System (Transformation der Demokratie nach rechts)
Völkischer Rassismus	Regionalisierung, Kulturalisierung und religiöse Umdeutung des Rassismus („Heimat, Glaube, Identität“)
Feindbilder: Juden, Ausländer, EU, Linke	***Feindbilder:*** Muslime, „kriminelle Ausländer“, Multikulturalismus, EU, angeblich linke kulturelle Hegemonie („68er“)

Die rechte ‚Islam-Kritik’ ist der öffentlichkeitswirksame Kulminationspunkt einer Verschleierung rassistischer Inhalte, die mit Bezugnahme auf das Recht auf Meinungsfreiheit verkündet werden. Sie ist nicht durch legitime Auseinandersetzung mit Demokratie- und Emanzipationsfeindlichkeit des religiösen Fundamentalismus gekennzeichnet, sondern sie baut auf Vorurteile und zielt im Kern auf die rassistische Abwertung von Muslimen. Eine solche Abwertung wird dabei als Ausdruck von legitimer Meinungsfreiheit zu verkaufen versucht. Der gezielte Angriff auf das interkulturelle Miteinander im kommunalen Alltag zeigt sich in Form von Kampagnen und ‚Bürgerbegehren’ gegen Moscheebauprojekte, gegen ‚kriminelle Ausländer’ oder ähnlich gelagerte Reizthemen. Charakteristisch ist hierbei eine medienorientierte politische Inszenierungsstrategie, die auf Eskalation und Diskursverschiebung ausgerichtet ist. Diese politische Eskalationsstrategie möchte ich anhand folgender Merkmale verdeutlichen:

Öffentlichkeitsstrategie	
Tabubruch	Feindbildkonstruktion / Reizbegriffe Verschiebung des Diskurses nach rechts Kampfansage an ‚political correctness’
Meinungsfreiheit	Recht auf Ungleichheit Recht auf Ressentiment Recht auf Rassismus
Populismus-schraube	Konfliktinszenierung Medienreaktion Opferstatus Konfliktfortführung auf höherer Stufe

Ein solcher antimuslimischer Rechtspopulismus fußt auf Defiziten staatlicher Integrationspolitik und struktureller Benachteiligung von Zugewanderten. Ängste und reale Probleme werden dabei aufgegriffen und rassistisch kanalisiert.

Die Begriffe

In der öffentlichen Debatte wird der Begriff des Rechtspopulismus oft als eine abgeschwächte, harmlosere Form des Rechtsextremismus gedeutet. Real treten jedoch sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative Gruppierungen rechtspopulistisch in Erscheinung. Rechtsextremismus kann als Sammelbegriff für die Bündelung autoritaristischer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden Q2.

Als Variante findet in der Forschung der Begriff ‚extreme Rechte' zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums zunehmend Verwendung Q3 . Dieser Sammelbegriff umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien::

- ***völkisch-nationalistische Ausprägungen***
- ***rassistische und antisemitische Ausprägungen***
- ***autoritäre Politikvorstellungen***
- ***Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips***
- ***Diskriminierung von Minderheiten***
- ***Ethnisierung / Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen***

Rechtspopulismus stellt hierbei eine spezielle Form politischer Inszenierung und Rhetorik im rechten Spektrum dar, die sich anhand folgender Merkmale skizzieren lässt:

Politikstil des Rechtspopulismus	
Identitätspolitik	Volk vers. Elite Fleißige vers. Faule Ehrliche vers. Korrupte Heimische vers. Fremde
Positionierung	Stimme der (unterdrückten) Mehrheit ‚antipolitische' Protestbewegung Außenseiterstatus Opfer „linker Meinungsdiktatur"
Skandalisierung	Politischer Konsensbruch Ethnisierte Freund-Feind-Markierung Untergangsprophezeihung Protestinszenierung Medial orientierte Eskalationsstrategie

Q2 vgl. Roth 2010: 14f.; Decker/Weißmann/Kiess/Brähler 2010: S. 18
Q3 vgl.Hafeneger/ Schönfelder 2007: 9; Braun/Geisler/Gerster 2009: S. 15 ff.

Politisch beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus auf der Gleichsetzung von ‚Volk' mit den ‚kleinen Leuten' der ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten Q4. Rechtspopulistische Inszenierungsformen sind im Rechtsaußenspektrum weit verbreitet und reichen von der extremen Rechten bis hinein in den Nationalkonservatismus und Nationalliberalismus. Inhaltlich paart sich dabei eine offene Muslimfeindlichkeit mit traditionell rassistischen Ressentiments.

Im Unterschied zu legitimer Kritik an Glaubensvorstellungen bezieht sich die Muslimfeindlichkeit von „vornherein auf die betroffenen Menschen" und nur indirekt auf Religionsfragen Q5. Wenn eine solche Feindbildkonstruktion zudem mit rassistischen Ressentiments argumentativ unterfüttert wird, lässt sich von kulturalisiertem Rassismus sprechen. Hierbei werden negativ konnotierte Stereotype einer Menschengruppe durch deren Kultur und Religion erklärt. Die im Konzept des klassischen Rassismus ‚fremden Rassen' zugeschriebenen Negativeigenschaften werden nun in der Sphäre von Kultur und Religion zu begründen versucht. Die ‚fremden Kulturen' bleiben in dieser Argumentation unvereinbar mit der ‚eigenen' und werden zudem oft als dieser unterlegen beschrieben. Die Ausgrenzung durch vermeintlich unabänderliches ‚Anderssein einer Menschengruppe als Kernelement des Rassismus bleibt so auch in seiner kulturalistisch argumentierenden Variante bestehen.

Die AkteurInnen

Seit dem Aufkommen der als ***Schill-Partei*** bekannt gewordenen ***Partei Rechtsstaatlicher Offensive***, die von 2001 bis 2004 nach einem Wahlergebnis von 19,4 Prozent der Stimmen bei der hamburger Bürgerschaftswahl in einer Koalition mit CDU und FDP an der Regierung beteiligt war, gewann der Rechtspopulismus auch für die deutschen Rechtsaußen-Parteien an Bedeutung. Für Parteien der extremen Rechten in NRW wie der ***pro-Bewegung*** dient die rechtspopulistische Anrufung ‚des Volkes' der Einbindung neuer Zielgruppen jenseits des offen rechtsextremen WählerInnenrandes. Die ***pro-Bewegung*** hat ihren angestammten Platz jedoch imSpektrum der extremen Rechten: Entstanden im Jahr 1996 als Parallelorganisation der damals noch existierenden extrem rechten ***Deutschen Liga für Volk und Heimat*** erprobt diese Gruppierung den Einbruch von Rechtsaußen in die politische Mitte. Die ***pro-Bewegung*** mit ihrer Ursprungsformation ***pro Köln*** und ihren Exportmodellen ***pro NRW*** und ***pro Deutschland i***st eine Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als ‚Bürgerbewegung' – versucht, sich von der Domstadt Köln aus in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten.

- ***1996 // PRO KÖLN***
- ***2005 // PRO DEUTSCHLAND (PRO D)***
- ***2007 // PRO NRW***
- ***2010 // Die PRO-Bewegung e.V.***

Muslimfeindlichkeit	***Kulturalisierter Rassismus***
Vermischung von Religionskritik mit personaler Abwertung	Gleichsetzung von ethnischer Herkunft und Glauben
Pauschalabwertung der gläubigen Individuen mittels generalisierter Negativzuschreibung	Gleichsetzung von Ethnie und Kultur Zuschreibung unabänderlicher Merkmale (Muslimische Demokratieunfähigkeit)
Behauptung eines unabdingbaren Zusammenhangs von Glauben und Demokratieunfähigkeit	Behauptung ethno-kultureller Unvereinbarkeit („Abendland statt Morgenland") und Feindschaft („Eurabia")
Generalisierte Ausschlusshaltung gegenüber Glaubensgruppe („Muslime gehören nicht zu unserer Kultur")	Überschneidung von kulturellen mit demografischen Untergangsprophezeihungen
Muslim = pauschale Negativeigenschaften	Muslim = Islamist = Ausländer = Eroberer

Q4 vgl. Priester 2008: S. 20
Q5 Bielefeldt 2010: S. 2

Ihre AkteurInnen haben sich in öffentlichen Verlautbarungen wiederholt selbst als rechtspopulistisch bezeichnet, um sich von ihrer Herkunft aus dem Lager der extremen Rechten begrifflich abzusetzen. ***Die pro-Bewegung*** versucht, sich die Parteistrukturen der politisch in die Bedeutungslosigkeit abrutschenden ***Republikaner*** (REP) einzuverleiben und weist zudem ehemalige Parteifunktionäre der NPD und der DVU in ihren Reihen auf. Zentrales Merkmal ihrer rechtspopulistischen Inszenierungen ist ein kampagnenorientierter muslimfeindlicher Kulturrassismus. Dieser drückt sich auf kommunaler Ebene praktisch in Form von Bürgerbegehren und Aufmärschen gegen Moscheebauprojekte und MigrantInnenvereinigungen aus. Unterstützung erhält die ***pro-Bewegung*** von der ***Freiheitlichen Partei Österreichs*** (FPÖ) und dem ***Vlaams Belang*** aus Belgien. Doch größere wahlpolitische Erfolge außerhalb ihrer Ursprungsstadt Köln konnte sie bislang nicht erzielen: Lediglich 1,4 Prozent an WählerInnenstimmen erreichte die extrem rechte Gruppierung bei den Landtagswahlen 2010, bei Wahlantritten in München und Berlin sank der Stimmenanteil für deren Ableger in die Bedeutungslosigkeit. Aktuell versucht ***pro NRW***, die eigene Anhängerschaft in ihrem Stammland zu festigen und durch die Fusion mit anderen Gruppierungen zu vergrößern.

Im Unterschied zur ***pro-Bewegung*** als Sammelbecken der extrem rechten Parteienlandschaft hat sich in Berlin eine rechtskonservative Konkurrenzvereinigung formiert: ***Die Freiheit***. Deren Parteiführer René Stadtkewitz trat nach Konflikten um seine Einladung des Rechtspopulisten Geert Wilders nach Berlin aus der CDU aus und gründete die neue Partei im Oktober 2010, die im September 2011 in Konkurrenz zu ***pro Berlin*** zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus angetreten ist (1 Prozent WählerInnenstimmen). Außer zu Wilders unterhält ***Die Freiheit*** Kontakte mit der ***Schweizerischen Volkspartei*** (SVP) und anderen europäischen Rechtsaußenparteien. In NRW will ***Die Freiheit*** politisch Fuß fassen und hat Mitte des Jahres 2011 einen Landesverband gegründet. Dabei wird intensiv um ein Zusammengehen mit kommunal aktiven Freien Wählervereinigungen mit vergleichbarer politische Stoßrichtung gerungen. Zwar unterscheiden sich ***Die Freiheit*** und die ***pro-Bewegung*** hinsichtlich ihrer politischen Herkunft – im Hinblick auf ihr zentrales Feindbild stellen sie jedoch nur zwei leicht voneinander differierende Ausdrucksformen dar. Neben diesen beiden rechtspopulistischen Parteien existieren lokal aktive Wählervereinigungen und Vereine, die ebenfalls mit muslimfeindlicher Orientierung nach außen treten. So etwa der bundesweit aktive Verein ***Bürgerbewegung Pax Europa***, der in NRW einen Landesverband führt und politisch eng an die Partei ***Die Freihei***t gebunden ist. Informations- und Propagandaplattform für diese Gruppierungen ist der ***Blog Politically Incorrect*** (PI), das bundesweit größte muslimfeindliche Internetportal mit offen rassistischer Stoßrichtung. In mehreren Städten NRWs existieren PI-Gruppen, die mit muslimfeindlichen Aktionen an die Öffentlichkeit treten.

Der Resonanzboden

Das beschriebene Spektrum des muslimfeindlichen Rechtspopulismus sucht Anschluss an die politischen Ränder etablierter Parteien und drängt hinein bis in Kirchenkreise und zivilgesellschaftliche Initiativen. Zudem ist ein populistischer Politikstil mit nationalistischer und kulturalisierender Rhetorik auch in der politischen Mitte der repräsentativen Demokratie zu finden und trägt ganz entscheidend zur Wirkungsmächtigkeit rassistischer Forderungen bei. Die populistische Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage erweist sich als Einfallstor für die extreme Rechte. Wiederkehrend finden sich in Politik und Medien Beispiele für stigmatisierende und kulturalisierende Zuschreibungen von Minderheiten. Ein zentrales Problem hierbei ist die immer noch mediale und politische Unterfütterung rassismuskompatibler dualistischer Gesellschaftsbilder, die im öffentlichen Bewusstsein Gegensätze von ‚heimisch' und ‚fremd' verankern. Die größte Gefahr für das friedliche interkulturelle Miteinander liegt in einer solchen Kulturalisierung sozialer Problemlagen. Der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik deutet die Auseinandersetzung über den Islam als das „zentrale semantische Feld" rechtsgerichteter Agitation in den nächsten Jahren Q6. Zur nachhaltig wirkungsvollen Abwehr rechtspopulistischer Einflussnahmen ist eine inhaltliche Verzahnung von Rechtsextremismusprävention und kommunaler Integrationspolitik unumgänglich Q7. Die kommunalen demokratischen AkteurInnen dieser Themenfelder müssen hierbei fachliche Unterstützung erhalten und ressortübergreifende Handlungskonzepte entwickeln. Und für die politische Debatte gilt: Konfliktthemen wie Islam und Integration dürfen keine politischen Leerstellen sein, die von Rechtsaußen einfach zu besetzen sind.

Q6 Brumlik 2008: S. 83
Q7 vgl. Häusler 2009

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus / Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf.

(Der Beitrag enthält vom Autor schon früher publizierte Ausführungen in folgenden Artikeln: Rechtspopulismus als europäische Bürgerbewegung, in: Forum Wissenschaft Nr. 2, Juni 2011 sowie Rechtspopulistisches Entwicklungsland?, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 45 [Herbst 2011], S. 7-9)

Quellen

Bielefeldt, Heiner (2010): Facetten von Muslimfeindlichkeit, Vortrag auf der Deutschen Islamkonferenz, online unter: http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_092/SharedDocs/Anlagen/DE/DIK/Downloads/Sonstiges/vortrag-bielefeldt,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/vortrag-bielefeldt.pdf.

Brumlik, Micha (2008), Podiumsdiskussion, in: Häusler, Alexander / Killguss, Hans-Peter (Hg.) (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese / Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin.

Hafeneger, Benno; Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale und lokale Demokratie. Berlin.

Häusler, Alexander (2009): Rechtsextremismus und interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft, in: Molthagen, Dietmar / Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, S. 289-306, Berlin.

Pollack, Detlef (2010): Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vieflalt", Münster, online unter: http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf.

Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 88-93.

Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Berlin.

„Jung, rebellisch, revolutionär“ – die ‚Autonomen Nationalisten’ in NRW

Jan Schedler

‚Autonome Nationalisten’ (AN) sind eine junge Strömung im Neonazismus, die dessen öffentliches Auftreten in den vergangenen Jahren stark verändert hat. Während die extreme Rechte häufig vor allem als Problem ostdeutscher Bundesländer wahrgenommen wird, liegt in diesem Fall der Schwerpunkt im Westen. In keinem anderen Bundesland ist der Neonazismus so stark von diesem neuen Phänomen geprägt wie in Nordrhein-Westfalen.

‚Linke’ Aktionsformen für rechte Kameraden?

Neonazistische Demonstrationen haben gegenwärtig auf den ersten Blick nur noch wenig gemein mit dem in der Vergangenheit für dieses Spektrum stilbildenden Auftreten. Schwarz vermummt drängen sich Jugendliche hinter bunten Transparenten. An die Stelle von Frakturschrift und Runen sind zeitgemäße Gestaltungsformen getreten. Man bedient sich etwa bekannter Comicfiguren und verwendet Slogans wie „Capitalism kills” oder „Gegen Krieg und Kapitalismus”, die eigentlich eher mit der politischen Linken assoziiert werden. ‚Autonome Nationalisten’ nennen sich diese jugendlichen Neonazis, die sich nicht nur mit ihrer Selbstbezeichnung, sondern vor allem in ihren stilistischen und ästhetischen Praxen sowie ihren Aktionsformen, beispielsweise sogenannten ‚schwarzen Blöcken’, an den linken Autonomen orientieren.

Linksklingende Slogans und die Aneignung von Ästhetik und Symbolik dürfen allerdings nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es sich ideologisch trotzdem um Neonazis handelt. Eine Abkehr von zentralen NS-Ideologieelementen ist nicht zu beobachten. Vielmehr erfahren rassistische und antisemitische Argumentationsmuster eine ständige Aktualisierung, um neue Zielgruppen anzusprechen. Zudem versuchen diese Gruppen verbreitete Kritik etwa an Kriegseinsätzen wie im Irak, aber auch am Vorgehen Israels gegen terroristische Gruppen für antiamerikanische und antisemitische Agitation zu funktionalisieren. Die AN nutzen den rebellischen Habitus linker Jugendkultur dabei lediglich als Projektionsfläche für ihre politischen Ziele.

Waren die AN anfangs in neonazistischen Kreisen selbst umstritten, so ist seit 2009 wieder eine stärkere Verzahnung zu beobachten. Die AN sind nur noch sehr begrenzt als eigener Flügel wahrnehmbar. Vielmehr stellen sie einen Modernisierungsfaktor im Neonazismus dar, durch den sich der etablierte Szenestil verändert hat Q1. Bundesweit präsentiert sich inzwischen der Großteil der Neonazis im neuen Look.

Die AN in Nordrhein-Westfalen

Dem Neonazismus werden in NRW insgesamt gegenwärtig mehr als 600 Personen zugerechnet Q2, gut zehn Prozent des bundesweiten Personenpotenzials. Damit hat sich die Zahl in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt Q3. Organisiert sind die Neonazis häufig in ‚Kameradschaften’ – lose strukturierten Gruppen auf lokaler Ebene mit fünf bis zwanzig AktivistInnen, die jedoch überregional gut vernetzt sind. In Nordrhein-Westfalen ist der Großteil den ‚Autonomen Nationalisten’ zuzurechnen. Während der Verfassungsschutz die regionalen AN auf einen Kern von rund 100 Personen und ein Mobilisierungspotenzial von etwa 150 schätzt Q4, dürften den AN tatsächlich eher 200 bis 250 Neonazis zugerechnet werden.

Am stärksten in Erscheinung tritt der nordrhein-westfälische Neonazismus in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr. Lediglich einzelne Gruppen wie die ***Kameradschaft Aachener Land*** und die ***Kameradschaft Sturm Rhein-Sieg*** können dabei nicht dem AN-Spektrum zugerechnet werden.

Schwerpunkte sind das östliche Ruhrgebiet mit dem Großraum Dortmund und die Region Aachen. Dort wurden allein zwischen 2007 und 2011 zwölf Demonstrationen mit insgesamt rund 3.000 TeilnehmerInnen angemeldet, womit das Aachener Land auch im Bundesvergleich einen der vorderen Plätze belegt. In NRW lag die Zahl nur in Dortmund mit 24 Demonstrationen noch höher Q5.

Der bundesweite Trend, dass der AN-Stil weit verbreitet ist, man sich jedoch kaum noch explizit dieser Eigenbezeichnung bedient, bestätigt sich auch in NRW. Stattdessen nutzt man häufig wechselnde Bezeichnungen wie ***Aktionsgruppe, Nationale Sozialisten, Freie Nationalisten*** oder auch ***Freie Kräfte***.

Autonome Nationalisten in Aachen und Köln

Im Rheinland mit den Zentren Köln und Aachen sind zum einen die ***Aktionsgruppe Rheinland*** (AGR), zum anderen die ***Kameradschaft Aachener Land*** (KAL) die treibenden Kräfte.

Im Jahr 2007 als regionale Vernetzung verschiedener Gruppen entstanden, gilt die AGR als eine der aktivsten Neonazistrukturen in NRW. Zu deren Kern zählen insbesondere die ***Freien Kräfte Köln*** beziehungsweise die eng verbundenen ***AN Pulheim*** und die ***Freien Nationalisten Leverkusen***. In weiteren Orten sind Einzelpersonen oder Kleinstgruppen dem Netzwerk verbunden. Sie rechnen sich dem Spektrum der ‚Autonomen Nationalisten’ zu und versuchen dementsprechend, zu Slogans wie „Jung – rebellisch – revolutionär“ etwa in Aktionsvideos das Bild einer ‚coolen’, rebellischen Jugendkultur zu vermitteln. Neben der AN-typischen Reviermarkierung durch Aufkleber, Sprühparolen und Graffitis macht die ***Aktionsgruppe*** auch durch gewalttätige Überfall von sich reden. Aufsehen erregte etwa ein bewaffneter Angriff von rund 25 Neonazis auf die Filmpremiere eines Dokumentarfilms des ***Medienprojekts Wuppertal*** im November 2010. Hatte es dort nach der Auflösung der ***AN Wuppertal-Mettmann*** jahrelang kaum nennenswerte Aktivitäten von Neonazis gegeben, so ist mittlerweile seit 2010 insbesondere im Stadtteil Vohwinkel eine aktive junge Szene um die im Stil der AN auftretenden ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** entstanden. Diese sind inzwischen Teil der AGR, arbeiten aber auch eng mit dem ***NPD Kreisverband Düsseldorf/Mettmann*** zusammen und zeichneten zuletzt für eine Demonstration im Januar 2011 mit etwa 200 Neonazis in Wuppertal verantwortlich.

Dominiert von jungen Neonazis, die sich der Erscheinungsform der ‚Autonomen Nationalisten’ verbunden fühlen, stand die AGR zu Beginn im Clinch mit dem zweiten wichtigen Akteur im Rheinland, der eher traditionellen ***Kameradschaft Aachener Land*** (KAL). Inzwischen sind die Grenzen allerdings eher fließend Q6.

Die KAL ist eine der ältesten kontinuierlich existenten ‚Kameradschaften’ in Westdeutschland und für zahlreiche Aktionen verantwortlich. Bis zu einem – gescheiterten – Parteiausschlussverfahren Mitte 2010 gegen verschiedene Funktionäre der ***NPD Kreisverband Düren*** war die Gruppe mit der NRW-NPD personell eng verbunden.

Gerne präsentiert sie sich besonders radikal und militant. Am 20. April 2010 etwa gratulierte man auf der eigenen Internetseite „Unser[em] Führer […] Adolf Hitler“ zum „121. Geburtstag“ Q7, nach dem Auffliegen der rechtsterroristischen Gruppe ***Nationalsozialistischer Untergrund*** (NSU) zeigte die Startseite ein Bild der im Bekennervideo der NSU genutzten Comicfigur „Paulchen Panther“, versehen mit dem zynischen Schriftzug „Zwickau Rulez!!“ und verlinkt mit dem Liedtext des die Mordserie verherrlichenden und die Opfer verhöhnenden Lieds „Döner-Killer“ der rechten Band „***Gigi und die braunen Stadtmusikanten***“.

Q1 vgl. Schedler 2011
Q2 vgl. MIK NRW 2011: S. 4
Q3 2000: 220, vgl. IM NRW 2001: S. 264
Q4 vgl. MIK 2010
Q5 Aachener Zeitung 2011
Q6 Neuberger/Redder 2011: S. 25
Q7 Klarmann 2011a: S. 27

Nachdem 2008 in Stolberg während einer Schlägerei ein Berufsschüler durch einen jugendlichen Migranten erstochen worden war, nimmt die KAL dies jedes Jahr zum Anlass, dort – inzwischen gemeinsam mit der AGR – eine der größten rechten Demonstrationen in NRW durchzuführen, die bundesweit bis zu 800 Neonazis anzieht.

Autonome Nationalisten im Großraum Dortmund

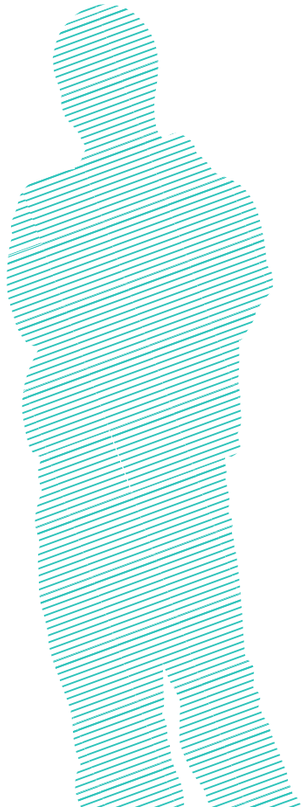
Die Region um Dortmund ist bereits seit Jahren Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen und gilt als Hochburg der ‚Autonomen Nationalisten' Q8. Obwohl die örtlichen Neonazis in diesem Spektrum als Vorzeigegruppe gelten, firmieren sie hier ganz traditionell als ***Nationaler Widerstand Dortmund***. Dessen Kern dürfte aus etwa 20 bis 25 Personen bestehen, die jedoch auch kurzfristig zahlreiche weitere Neonazis mobilisieren können Q9. Vergleichsweise häufig finden hier Kundgebungen, Demonstrationen oder Vortragsveranstaltungen statt. Von Bedeutung ist insbesondere der so genannte ‚Nationale Antikriegstag'. Seit 2005 kommen jedes Jahr Anfang September bis zu 1.800 Neonazis, vor allem aus dem Spektrum der AN, zu diesem Anlass nach Dortmund, womit der ‚Nationale Antikriegstag' zu den Großereignissen der Szene zählt.

In ihrer infrastrukturellen Vernetzung können die Neonazigruppen unter anderem auf eigene Räumlichkeiten zurückgreifen, die etwa für regelmäßige ‚Kameradschaftsabende' zur Verfügung stehen. Ein führender Neonazi betreibt zudem einen Internethandel, über den er in großem Umfang Aufkleber, Plakate und weitere Propagandamaterialien vertreibt. Auf dieselbe Person läuft aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso ein über ausländische Server betriebener Weblogging-Dienst, den bundesweit zahlreiche neonazistische Gruppen nutzen Q10. Die Dortmunder Szene verfügt sowohl über ein hohes Mobilisierungspotenzial in der umliegenden Region als auch über weitreichende Kontakte innerhalb des Neonazismus, national wie international.

Zur lokalen neonazistischen Szene zählen über den ***Nationalen Widerstand Dortmund*** hinaus die auch international bekannte Band ***Oidoxie*** sowie die 2004 gegründete ***Skinhead-Front Dortmund Dorstfeld***. Diese sorgte 2011 mit einer langen Reihe von Gewalttaten für Aufsehen. Ende 2011 etwa wurde ein Neonaziskin, welcher 2005 einen Punk erstochen hatte, nach kurzer Zeit in Freiheit erneut auf Grund einer Gewalttat inhaftiert.

Auch im direkten Dortmunder Umland haben neonazistische Aktivitäten in den letzten Jahren zugenommen. Insbesondere in Unna, aber auch in Kamen, Lünen und Holzwickede sind, unterstützt durch die etablierte Szene im Raum Dortmund, vergleichsweise junge Strukturen entstanden. Diese machen durch zahlreiche Fälle von Sachbeschädigung und Körperverletzung von sich reden.

Q8 vgl. MIK NRW 2010; Luzar/Sundermeyer 2010
Q9 Heitmeyer u.a. 2009: S. 21
Q10 VS NRW 2010: S. 34



Weitere Regionen

Schon seit Jahren aktiv sind Neonazis zudem in den östlich von Dortmund gelegenen Städten Hamm und Ahlen. Um die bereits 2003 entstandene ***Kameradschaft Hamm*** existiert eine Neonaziszene, die eng verbunden ist mit jener in Dortmund, aber auch mit dem ***NPD Kreisverband Unna-Hamm***. Nachdem hier zwischen 2003 und 2006 zahlreiche Demonstrationen stattgefunden hatten, war es zeitweise etwas ruhiger geworden, seit dem Jahr 2010 nehmen die Aktivitäten jedoch wieder zu. In Ahlen ist eine Kleingruppe ‚Autonomer Nationalisten' aktiv, die ebenfalls auf Unterstützung aus Dortmund setzen kann.

In vielen Großstädten des Ruhrgebiets existieren hingegen zur Zeit keine vergleichbaren Strukturen. So gibt es in Bochum neben den lokalen NPD-Gliederungen keine relevanten neonazistischen Gruppierungen mehr, ähnlich sieht es inzwischen auch in Essen aus.

Im westlichen Ruhrgebiet fanden beispielsweise 2004 noch größere Demonstrationen statt, seit 2008 stagniert die lokale Szene hier allerdings. Ähnlich sieht es im Norden des Reviers aus. Mit der ***Aktionsgruppe Ruhr-Mitte*** hat sich die bedeutendste Gruppierung, in der Neonazis aus Städten wie Recklinghausen, Marl, Gelsenkirchen, Gladbeck oder Haltern aktiv waren, Ende 2010 offiziell aufgelöst. Die beteiligten Neonazis sind jedoch teilweise weiterhin aktiv.

Im Münsterland sind es vor allem die ***Nationalen Sozialisten Münster***, die den AN zuzurechnen sind. Diese konnten jedoch nicht annähernd die Aktivitäten entfalten wie entsprechende Gruppen in Rheinland oder im Ruhrgebiet.

In Ostwestfalen-Lippe haben sich seit 2009 unter dem Dach von ***Westfalen-Nord*** an den AN orientierte Neonazis aus NRW, etwa aus Höxter, Detmold oder Paderborn und aus Niedersachsen, insbesondere aus Schaumburg, zusammengeschlossen. Dieses aktive Netzwerk, das mit seiner Selbstbezeichnung Bezug auf den gleichnamigen NSDAP-Bezirk (Gau Westfalen Nord) nimmt, kann teilweise zwischen 100 und 150 Personen konspirativ mobilisieren Q11.

Durch die Vernetzungen über die Landesgrenzen hinweg zählen neben den regelmäßigen Demonstrationen in Dortmund und Stolberg inzwischen zwei weitere Aufmärsche außerhalb des Bundeslandes zu den Aktionsschwerpunkten des nordrhein-westfälischen Neonazismus, nämlich in Bad Nenndorf (Niedersachsen) und in Remagen (Rheinland-Pfalz). In beiden Fällen richten sich diese gegen ehemalige Internierungslager der Alliierten. Gerade die Demonstration in Bad Nenndorf entwickelte in den letzten Jahren, tatkräftig unterstützt durch Neonazis aus NRW, bundesweite Anziehungskraft.

Q11 Kalert 2011: S. 26

Bad Nenndorf

In der Kleinstadt im Landkreis Schaumburg (Niedersachsen) wurde im Sommer 1945 ein Internierungslager eingerichtet, das dem britischen Militärgeheimdienst als Verhörzentrum diente. Im ***Wincklerbad***, einer früheren Kureinrichtung, waren zunächst vor allem mutmaßliche ehemalige NS-Funktionäre untergebracht. Im Zuge des sich abzeichnenden Kalten Kriegs wurden seit 1946 in dem Lager aber auch zahlreiche Personen inhaftiert, die der britische Geheimdienst der Spionage für die Sowjetunion bezichtigte. Im ***Wincklerbad*** kam es in etlichen Fällen zu Misshandlungen von Gefangenen durch das Wachpersonal. Die Versorgung der Inhaftierten war zudem zeitweise vollkommen unzureichend. Diese Zustände wurden jedoch im Jahr 1947 in den britischen Medien sowie im Parlament bekannt und skandalisiert.Die Regierung ordnete daraufhin die Schließung des Internierungslagers und eine Untersuchung der Vorfälle an. Im darauffolgenden Jahr mussten sich der Lagerkommandant, weitere Offiziere und Angehörige der Wachmannschaften vor Gericht verantworten, wurden jedoch freigesprochen. Die Verhältnisse im ***Wincklerbad*** waren keineswegs repräsentativ für den Umgang mit deutschen Internierten in der britischen Besatzungszone. Gleichwohl versuchen seit 2006 Neonazis mit ihren jährlich durchgeführten „Trauermärschen" in Bad Nenndorf die Geschichte umzudeuten, indem sie behaupten, die Alliierten hätten systematische Kriegsverbrechen an den Deutschen begangen. Die Aufmärsche sind mittlerweile zu einem festen Bestandteil eines bundesweiten neonazistischen Demonstrationskalenders geworden. Im Jahr 2010 zogen rund 900 Neonazis durch den Kurort, im August 2011 waren es knapp 600, die allerdings von lautstarken Protesten begleitet wurden.

Remagen

Am Ende des Zweiten Weltkriegs begann die US-Armee entlang des Rheins, so auch in Remagen, mehrere Kriegsgefangenenlager zu errichten. Insgesamt wurden rund eine Million deutsche Militär- und Volkssturmangehörige in den etwa 20 sogenannten ***Rheinwiesenlagern*** interniert. Die dortigen Zustände waren vor allem in der Anfangszeit durch sehr schlechte hygienische Bedingungen und eine oftmals unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln geprägt. Die ***Rheinwiesenlager***, die vor allem als Durchgangslager dienten, wurden mit einer Ausnahme bis September 1945 wieder aufgelöst. Die Zahl der Todesopfer ist nicht präzise zu bestimmen. Seriöse Schätzungen gehen von 5.000 bis 10.000 ums Leben gekommenen Internierten aus. Die von Neonazis propagandistisch verbreitete Zahl liegt indes viel höher. Hier ist von bis zu einer Million Opfern die Rede. Ähnlich wie in Bad Nenndorf versuchen RechtsextremistInnen durch die haltlose Behauptung angeblich systematischer alliierter Kriegsverbrechen die präzedenzlosen Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Seit 2009 hat sich Remagen daher zu einem Schauplatz neonazistischer Aufmärsche entwickelt. Im November 2011 waren es knapp 300 AktivistInnen, die sich an dem „Trauerzug" beteiligten.

Neue Aktionsform: ‚Die Unsterblichen'

Während der durch die AN geprägte Stil inzwischen im gesamten Neonazismus weit verbreitet ist, hat sich 2011 eine neue Aktionsform etabliert, die auch in Nordrhein-Westfalen erste NachahmerInnen findet. Erstmals zogen in der Nacht zum 1. Mai im sächsischen Bautzen bis zu 300 Neonazis aus verschiedenen Bundesländern vermummt mit weißen Karnevals-Masken brennenden Fackeln und Feuerwerk durch die Straßen, skandierten neonazistische Parolen und proklamierten den drohenden ‚Volkstod' der ‚Deutschen'. Die Demokratie als Gesellschaftsform lehnen sie offen ab. Diese leiste der Zuwanderung von MigranInnen und der Auflösung traditioneller Familienmodelle, beispielsweise durch die Gleichberechtigung der Geschlechter, Vorschub und sei daher für das ‚Aussterben' des ‚Deutschen Volkes' verantwortlich.

Das Muster der durchgeführten Aktionen ist immer sehr ähnlich: konspirativ organisiert, werden die Aktionen anschließend in Internetvideos verbreitet und in den Kontext der sogenannten ‚Volkstod'-Kampagne gestellt. In NRW fanden sich im Vorfeld einer angekündigten Demonstration am 27. September 2011 im westfälischen Hamm circa 20 Personen zu einer solchen Aktion ein. Auch das Motto der Demo eine Woche später lautete: „Den deutschen Volkstod stoppen! Wir lassen uns nicht BRDigen!".

In Düsseldorf-Kaiserswerth waren es etwa 80 Neonazis, die in Anspielung auf den „Hitlerputsch" von 1923 am Vorabend des 9. November 2011 als ‚Unsterbliche' durch den Stadtteil zogen: „Dasselbe Streben von damals nach einem freien, geeinten und gerechten Reich der Deutschen führt auch heute noch junge, treue Deutsche raus auf die Straße – so wie gestern. Auch wenn die Form und Mittel nicht mehr dieselben sind, der Geist bleibt es", heißt es unter dem Titel „Remember, remember the 9th of November!" in einer Erklärung „Freier Kräfte aus der Region".

Zeitgemäße Aktionsformen, traditionelle Einstellungen

Sowohl das Aufkommen der ‚Autonomen Nationalisten' als auch die nun jüngst in Erscheinung tretenden ‚Unsterblichen' zeigen, dass die Neonazis hinsichtlich ihrer Aktionsformen und Selbstdarstellungen durchaus flexibel sind, wenn es der Erschließung neuer Zielgruppen dient. Es erweist sich hierbei immer wieder als ausgesprochen wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieser Rückgriff auf subkulturell gefärbte oder sonst wie zeitgemäße Verpackungen keineswegs eine Abkehr von neonazistischen Welt- und Menschenbildern bedeutet. Ein Blick auf die Inhalte der Aktionen und Argumentationsmuster lässt keinen Zweifel daran, dass hinter dem zeitgemäßen Erscheinungsbild die gleichen nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen stecken wie eh und je.

Jan Schedler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Er hat 2011 gemeinsam mit Alexander Häusler einen Sammelband zum Thema ‚Autonome Nationalisten' herausgegeben, 2012 erscheint von ihm ein Buch zum Thema Rechtsterrorismus.

Quellen

Aachener Zeitung (2011): Rechte marschieren in der Region, 17.12.2011, online unter: http://www.az-web.de/news/hochschule-detail-az/1938941?_link=&skip=&_g=Rechte-marschieren-in-der-Region.html.

Heitmeyer, Wilhelm u.a. (2009): Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund, Bielefeld.

Innenministerium Nordrhein-Westfalen (2001): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2001, Düsseldorf.

Kalert, Andreas: Das Neonazi- Netzwerk „Westfalen-Nord". Ein Aktionsbüro zwischen NRW und Niedersachsen, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinlandpfalz und Hessen, Nr. 44 (Sommer 2011), S. 26-27.

Klarmann, Michael (2011): Bombenstimmung. Neonazistische Radikalisierung im Raum Aachen, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinlandpfalz und Hessen, Nr. 41 (Winter 2010/2011), S. 27-28.

Luzar, Claudia/Sundermeyer, Olaf (2010): Gewaltige Energie. Dortmund als Hochburg der Autonomen Nationalisten, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände Folge 9, Berlin, S. 178-189.

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Verfassungsschutzbericht 2010, Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): Autonome Nationalisten, online unter: http://www.im.nrw.de/sch/781.html.

Neuberger, Katrin/Redder, Piet (2011): Weinerlichkeit und Größenwahn. Die ‚Nationalen Sozialisten Wuppertal', in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinlandpfalz und Hessen, Nr. 41 (Winter 2010/2011), S. 25-26.

Schedler, Jan (2011): Style matters: Inszenierungspraxen ‚Autonomer Nationalisten', in: Ders./Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden, S. 67-89.

Wagner, Bernd/Wichmann, Fabian/Krause, Ulrike (2011): Volkstod und Unsterblichkeit. Moderner Rechtsextremismus in Südbrandenburg – Agitation, Erscheinungsbild und Kontinuität, Berlin.

Musik, Kameradschaft, Politik – RechtsRock in NRW

Jan Raabe

Marcel steht mit seinen Freunden auf dem Schulhof, Andy schickt ihm gerade via Bluetooth MP3s seiner Lieblingsband ***Sleipnir***. Die Band kennt Marcel schon von der Schulhof-CD der NPD, der rockige Sound der Lieder spricht den Jungen ebenso an wie die rassistischen Texte. Szenen wie diese spielen sich auch auf den Schulhöfen in NRW immer wieder ab. Sie sind ein Symptom dafür, dass extrem rechtes Gedankengut seine Verpackung, vor allem aber seinen klassischen Wirkungsbereich geändert hat. ‚Politik' spielt sich nach Meinung der meisten Jugendlichen vor allem in Parteien und Parlamenten ab, weit weg also von der eigenen Lebensrealität. Wahlen werden nicht unbedingt als spannende Ereignisse angesehen, PolitikerInnen genießen ein denkbar schlechtes Ansehen. Musik hingegen wird oftmals nicht als politisch betrachtet. „Die singen doch nur darüber, wie es wirklich ist" äußerte eine Schülerin, die den extrem rechten Balladensänger ***Frank Rennicke*** als ihren Lieblingsinterpreten benannte nachdem sie sich einen Vortrag zum Thema RechtsRock angehört hatte. Sie selbst verortete sich als „patriotisch". Tatsächlich wirkt RechtsRock hoch politisierend, denn die Songtexte prägen die Einstellung ihrer Hörer. Sie transportieren völkisch-nationalistische Welt- und Menschenbilder sowie nicht selten ohne Verschleierung menschenverachtenden Rassismus. Sie liefern Codes und Schlagwörter rassistischer und antisemitischer Diskurse und bereiten so den Boden für extrem rechte Weltanschauungen. Wem ein Lied gefällt, der hört es wieder und wieder, so dass die Botschaft Zeit hat, sich vorzuarbeiten und aufgenommen zu werden. Über Musik werden außerdem oft neue Freunde gefunden, sei es in der Schule oder über das Internet. Schnell finden interessierte Jugendliche entsprechende Diskussionsforen, um mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten.

Sie tauchen über die Beschäftigung mit der Musik in eine neue Lebenswelt ein, die unter jugendkulturellen Vorzeichen funktioniert, gleichzeitig aber durch und durch politisiert ist. Jugendkulturen grenzen sich voneinander ab, indem beispielsweise bestimmte Kleidungsstile, Frisuren oder eben Musikrichtungen als Merkmale der Selbst- und Fremdidentifikation dienen und so zu Codes der jeweiligen Jugendkultur werden. Das gilt für extrem rechte Jugendkulturen genauso wie für andere auch. Die Jugendlichen tragen Klamotten rechtsextremer Bekleidungsmarken, Band- oder Motivshirts, Buttons oder Ähnliches und verwenden Zeichen und Symbole, die in der extremen Rechten weit verbreitet sind. Sie haben spezielle Treffpunkte und Events und gehen zu Konzerten ‚ihrer' Bands.

Von Glatze und Bomberjacke zu Piercing und Kapuzenpulli

Lange Zeit galten Skinheads als Synonym für Neonazis schlechthin. Deren jugendkultureller Stil mit ihrem martialischen Outfit, den schweren Stiefeln und den bullig aussehenden Bomberjacken prägten ab den 1980er Jahren das Bild der Szene. Zwar gab und gibt es in dieser im England der späten 1960er Jahre entstandenen Jugendkultur auch linke und unpolitische VertreterInnen, bekannt wurde aber gerade in Deutschland ihre neonazistische Variante. Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel prägten für die nächsten 20 Jahre das Bild neonazistischer Jugendkultur.

Der RechtsRock entstand Mitte der 1970er Jahre in England, als Jugendliche Liedtexte mit rassistischen und später auch nationalsozialistischen Botschaften mit Rock- beziehungsweise Punkmusik kombinierten. Nicht Marschmusik oder wagnerianische Klänge, sondern die bei vielen Jugendlichen beliebte Rockmusik transportierte die extrem rechten Inhalte. Der überwiegende Teil dieser Musiker war Skinhead. Diese proletarisch geprägte Jugendkultur passte mit ihren martialischen Männerbildern und ihrem Gewaltkult gut zur Selbstwahrnehmung neonazistischer Gruppierungen. Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel wurden so mit der Zeit zu Synonymen für Rechtsextremismus, der RechtsRock sein Sprachrohr. Ian Stuart Donaldson, Sänger der Band Skrewdriver, wurde zur Ikone der Szene. Er hatte als Punkmusiker begonnen, sich dann den Inhalten der extremen Rechten zugewandt und diese dann zu jenem damals modernen Punkrock-Sound präsentiert. Schnell verbreiteten sich die Musik und die Botschaft auch über Großbritannien hinaus, nicht zuletzt durch das Label und den Vertrieb ***Rock-O-Rama*** von Herbert Egold aus Köln, welcher als einer der Ersten Platten neonazistischer Musiker produzierte und europaweit verkaufte.

So wurden Bands wie ***Skrewdriver*** und ***Brutal Attack*** aus Großbritannien oder die US-amerikanischen ***Arresting Officers*** in Deutschland und Europa bekannt. Bei ***Rock-O-Rama*** erschienen auch die frühen Alben der ***Böhsen Onkelz*** und der heute dienstältesten deutschen RechtsRock-Band ***Endstufe***. Aus NRW war es die Moerser Band ***Body Checks***, die schon in den frühen 1980er Jahren ihre Punkmusik mit extrem rechten Texten präsentierte.

Nach der Wiedervereinigung 1990 und später vor dem Hintergrund der Debatte um das individuelle Recht auf Asyl boomte die RechtsRock-Szene. Die Zahl der Bands, der Konzerte und der Tonträgerveröffentlichungen nahm sprunghaft zu – und zwar nicht nur im Osten Deutschlands. Auch in NRW bildete sich eine extrem rechte Skinhead-Szene mit Bands wie ***Werwolf*** aus Gütersloh, ***08/15*** aus Düsseldorf oder ***Offensive*** aus Bonn. Das Geschäft mit dem RechtsRock blühte in NRW. Neben ***Rock-O-Rama*** aus Köln verkauften der ***Rock-Nord*** Konzern aus Düsseldorf und das Label ***Di-Ko*** aus Wuppertal Tonträger, Merchandise und Szeneausstattung.

Ab der Jahrtausendwende begann sich das Bild der Jugendlichen, die auf den Aufmärschen der neonazistischen Szene zu sehen waren, zu verändern. Immer mehr Piercings, Basecaps und Kapuzenpullover tauchten auf, vereinzelt sogar Jugendliche mit langen Haaren – alles Attribute, die früher in der Nazi-Skinheadszene als „undeutsch", „schwul" oder „verweichlicht" abgelehnt worden waren. Die Szene wurde nun unauffälliger und schicker, szeneeigene Modemarken wie ***Thor Steinar***, ***Erik & Sons*** oder ***Ansgar Aryan*** etablierten sich. Zeitgleich wurden auch andere musikalische und jugendkulturelle Stile innerhalb der extremen Rechten populär. Insbesondere die eigentlich einem links-alternativen Milieu entstammende Musikrichtung des Hardcore begann das Erscheinungsbild zu beeinflussen, vor allem das der mittlerweile szeneprägenden ‚Autonomen Nationalisten'. Der in der Szene auch als ‚Hatecore' bekannte Musikstil ist eine aus den USA kommende sehr schnelle und aggressive Variante des Punk. Die ursprüngliche Szene ist eng verbunden mit Forderungen und Ideen sozialer Gerechtigkeit. Auch Veganismus sowie der freiwillige Verzicht auf Drogen, Alkohol und willkürlich wechselnde SexualpartnerInnen – insgesamt ein Lebensstil, der als ‚Straight Edge' bezeichnet wird – spielen häufig eine Rolle. Aus dieser Szene heraus gibt es grundsätzlich nach wie vor

keine Akzeptanz rechter Ideen und Ideologien. Die Anhänger des‚nationalsozialistischen Hardcore' (NSHC) ähneln daher nur auf den ersten Blick ihren linksalternativen ‚Vorbildern'. Dabei geht es um die Adaption eines Stils, der als besonders ‚hart', mitunter brutal und zudem irgendwie rebellisch wahrgenommen wird, was der zeitgemäßen Selbstinszenierung vieler extrem rechter Jugendlicher entgegen zu kommen scheint.

Die Übernahme von inhaltlichen und inszenierungspraktischen Elementen aus der Hardcore-Szene sorgte auch dafür, dass eigentlich ‚links' besetzte Themen wie Veganismus, Antikapitalismus oder Globalisierungskritik durch die extreme Rechte aufgenommen und im Sinne der eigenen Weltanschauung umgedeutet wurden. Dadurch lässt sich nun eine viel breitere Klientel ansprechen als bisher. Aber auch in anderen Jugendkulturen fanden sich mit der Zeit AnhängerInnen extrem rechten Gedankengutes, so beispielsweise in der Black-Metal- oder in der Dark-Wave-Szene. Diese Entwicklungen sorgten dafür, dass sich die Inszenierungspraktiken der extremen Rechten veränderten und insgesamt vielfältiger wurden.

Die Bands, die Szene, die Konzerte

Die unzähligen Bands sind oft Kristallisationspunkte und Motoren für die Weiterentwicklung der Szene. Personen wie Marco Gottschalk, Sänger der Band ***Oidoxie*** aus Dortmund, sind Vorbilder für die jüngeren Aktiven. Die Wohnungen der Bandmitglieder und Proberäume der Gruppen dienen oft als informelle Treffpunkte. In NRW sind derzeit circa 20 RechtsRock-Bands aktiv.

RechtsRock-Bands in NRW

Oftmals verweisen schon die nicht gerade originellen Namen der derzeit aktiven RechtsRock-Bands aus NRW auf das Programm aus Rassismus und Nationalsozialismus:

- Angry Bootboys – Bielefeld/Marl
- Bock – Bielefeld
- Division Germania – Mönchengladbach
- Dux et Patria – Niederberg
- Extressiv – Dortmund
- Flak – Bonn
- Jan-Peter – Salzkotten
- Koma-Kolonne – Gelsenkirchen
- Libertin – Recklinghausen
- Mahnwache – Velbert
- Makss Damage – Gütersloh
- My War – Kreis Viersen
- NPU/Non Plus Ultra – Düsseldorf
- Oidoxie – Dortmund
- Projekt Aaskereia – Velbert
- Projekt Vril – Salzkotten
- Rotte Charlotte – Mönchengladbach
- Sleipnir – Verl
- Sturm 18 – Gelsenkirchen
- Sturmwehr – Gelsenkirchen
- Systemgegner – Niederrhein
- Säd but Trüe – Leverkusen
- Weisse Wölfe – Arnsberg

Die Spanne reicht dabei von fast professionell spielenden Musikern wie Marco Laszcz, seit 1991 Kopf der aus Verl bei Gütersloh kommenden Band ***Sleipnir***, die Konzerte in halb Europa spielte, bis hin zu Gruppen wie ***Säd but Trüe***, einer recht jungen, nur regional bedeutenden Band aus Leverkusen. Dass bei ***Säd but Trüe*** eine Frau am Bass steht, ist eine echte Ausnahme. Bei den in der BRD im Jahr 2010 mindestens aktiven 230 Bands finden sich vielleicht drei bis vier Frauen. Von den KonzertteilnehmerInnen sind allerdings immerhin rund 30Prozent weiblich. Insgesamt ist die Szene des RechtsRock jedoch deutlich von Männern dominiert.

Jugendliche, die Fans einer bestimmten Musik sind, suchen und finden schnell Gleichgesinnte. Es entstehen regional und überregional vernetzte Freundeskreise. Man hört die gleiche Musik, trifft sich auf Konzerten, gestaltet seine Freizeit gemeinsam und wird Teil einer Szene mit ihren spezifischen Codes. Auch um den RechtsRock herum hat sich eine solche Szene gebildet. Aus diesem Kontext gehen sowohl einfache Sauf-, Freizeitcliquen oder Fanclubs einzelner Bands hervor. Bedeutend als Band-Fanclubs sind in NRW vor allem die ***Road-Crew 24***, ein Fanclub der Band ***Barking Dogs***, die über sog. „Chapter" in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Mönchengladbach und Stuttgart verfügt und die ***Streetfighting-Crew***, ein Fanclub der Dortmunder Band ***Oidoxie***, der öfter Security-Aufgaben bei Konzerten der Band übernimmt. Beispielhaft sei noch ***Die Moite*** aus Essen erwähnt. Bisweilen entstehen aus den Zusammenschlüssen aber auch Kameradschaftsstrukturen. In diesen Cliquen organisieren die Jugendlichen ihren politisierten Alltag: Sie hören zusammen Musik, machen Party, gehen auf Konzerte der einschlägigen Bands und zu Neonazi-Aufmärschen.

Die Konzerte von Bands der extremen Rechten finden im Geheimen statt. Von Mund zu Mund, via E-Mail oder per SMS-Verteiler wird zu den Konzerten mobilisiert. Nur wer szenebekannt ist oder über gute Beziehungen verfügt, erfährt im Vorfeld von solchen Events. Bekanntgegeben werden dann zumeist auch nur der Termin, die eingeplanten Bands und eine Telefonnummer. Über diese Nummer kann man erst am Tag des Konzertes erfahren, wo ungefähr das Konzert stattfinden wird, zumeist bekommt man dann einen Treffpunkt mitgeteilt. Dort stehen dann Szenemitglieder, die versuchen einzuschätzen, ob es sich bei den Anreisenden um tatsächliche SzenegängerInnen oder JournalistInnen, AntifaschistInnen oder PolizeibeamtInnen handelt. Nur wer als Szeneangehöriger anerkannt wird, erfährt den Ort oder wird mittels Autokonvoi zu diesem geleitet. Oftmals sind es Vereinsheime, Dorfhallen oder Gaststätten, die unter falschen Angaben gemietet wurden.

Die VermieterInnen sind oftmals überrascht, wer da anreist. Die Konzerte selbst sind ein emotionales Gemeinschaftserlebnis ersten Ranges: harte und emotionsgeladene Musik,

Kameraden und Alkohol. Es wird getanzt, gefeiert und oftmals auch gemeinsam der Arm zum Hitlergruß gereckt. Nur selten bekommen Außenstehende Einblicke in die Konzerte der neonazistischen Szene. Gelingt dies doch einmal, lässt sich feststellen, dass es bei den Konzerten nahezu immer zu strafrechtlich relevanten Handlungen kommt. Das Zeigen des Hitlergrußes, das Schreien volksverhetzender Parolen oder die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole gehören zum Neonazi-Konzerterlebnis dazu. In NRW finden regelmäßig Konzerte statt, 2010 waren es mindestens fünf, allein im ersten Halbjahr 2011 mindestens genauso viele. Veranstaltungsorte sind wechselnde Locations im Rheinland, dem Ruhrgebiet oder Ostwestfalen.

Neben klassischen Rockkonzerten findet sich die Szene auch zu Liederabenden zusammen. Wer glaubt, dass die einfachen, teilweise sogar ‚unplugged' gespielten Lieder junge rechtsextreme Menschen nicht ansprechen, der irrt. Die gefühlvollen Balladen, in denen völkisch-nationalistisch aufgeladene Themen wie der angebliche Opfergang der deutschen Soldaten oder der Verlust der ‚Heimat' in Schlesien oder Ostpreußen besungen werden, finden durchaus Anklang in der Szene. Auch in NRW werden immer wieder solche Liederabende organisiert, 2010 waren es mindestens vier, bis Mitte 2011 schon drei. Die bekanntesten deutschen Liedermacher sind der aus Bayern kommende ***Frank Rennicke***, der immer wieder auch in NRW auftritt, und ***Annett Müller*** aus Niedersachsen. Liedermacher aus NRW sind der aus Salzkotten kommende ***Jan Peter Kersting*** und ***Marco Laszcz*** von ***Sleipnir*** aus Gütersloh. Etwas weniger bekannt sind die ebenfalls gelegentlich als Liedermacher aktiven ***Sebastian Simka*** aus Velbert und ***Bernd Breuer*** aus Ahlen.

RechtsRock sells

Wer ein Flugblatt produziert oder ein Parteiprogramm drucken lässt, der muss dafür Gelder zur Verfügung haben. Der RechtsRock hingegen bietet die Möglichkeit, die HörerInnen für die akustische Neonazi-Propaganda auch noch zahlen zu lassen. Rund 100 neonazistische CDs deutscher Bands erscheinen pro Jahr, angeboten werden sie für 12,50 bis 15 Euro. Auch in NRW gibt es eine Reihe von Labels und VersandhändlerInnen, die diese CDs produzieren und verkaufen.

Labels und VersandhändlerInnen

- Rock-O-Rama-Records / Rock-Nord – Rees
- Wolfszeit-Records – Werne/Verl
- Wewelsburg-Records – Bielefeld
- Resistore Versand – Dortmund
- Z-Versand – Herzebrock-Clarholz
- Christhunt Records – Leopoldshöhe
- RDM-Records – Werne

Zumeist haben die VersandhändlerInnen neben Musik noch Bekleidung, Schmuck, Bücher und Zeitschriften, Fahnen, Aufkleber und Buttons im Programm – Neonazi-Merchandise sozusagen, das heißt Alltagsgegenstände, die durch Aufdrucke oder Inhalte politische Aussagen transportieren und verbreiten. Neben der Parteienfinanzierung sind diese RechtsRock-VersandhändlerInnen ein bedeutender Geschäftsbereich, der Geld in die Kassen der neonazistischen Szene spült.

Orientierungslose Jugendliche?

Die allerwenigsten AnhängerInnen dieser extrem rechten Jugendkulturen sind Mitglieder von Parteien oder Kameradschaften. Aber sie werden durch den RechtsRock politisiert und lernen die einschlägigen Themenfelder und Argumentationsweisen, die Schlag- und Codeworte extrem rechter Weltbilder kennen. Neonazistische Jugendkulturen werden von den Sicherheitsbehörden zumeist als ‚unorganisiert' beschrieben. Bei dieser Einordnung bleiben zwei wichtige Bereiche jedoch unterbewertet: Einerseits existiert gerade in diesem Bereich der Szene ein hoher Grad an Vernetzung. Auch ohne zentralistische Organisationsstruktur ist die Szene so in der Lage, Nachrichten extrem schnell zu verbreiten oder zu Konzerten und Aufmärschen zu mobilisieren. Zudem wird die Bindungskraft der sozialen Kontakte, der Zusammenhalt in der Szene oder der Clique, unterschätzt. Diese freundschaftlichen Bindungen sind oft viel bedeutender und sehr viel schwieriger zu lösen als etwa die Mitgliedschaft in der NPD.

Gerade die NPD hat allerdings die Bedeutung des RechtsRock erkannt. Sie versucht, mit ihren sogenannten ‚Schulhof-CDs' im Wahlkampf gezielt junge Menschen anzusprechen und organisiert Veranstaltungen, die durch die Auftritte von Szene-Bands einen regelrechten Festivalcharakter bekommen. Dadurch ziehen sie weitaus mehr Jugendliche an als etwa Parteiveranstaltungen. Die Musik und die Adaption anderer Jugend- und Musikkulturen wie Rock, Metal, Hardcore oder in jüngster Zeit auch Rap modernisieren das Erscheinungsbild der extremen Rechten, indem sie ihr ein zeitgemäßes Outfit verpassen, das auf eine Vielzahl unterschiedlichster Jugendlicher anziehend wirkt. Durch den RechtsRock findet der Neonazismus und die extreme Rechte auch in NRW – etwa auf dem eingangs beschriebenen Schulhof – Anschluss an jugendliche Zielgruppen, die allein über Parteiprogramme oder politische Diskussionen nicht erreicht werden könnten.

Jan Raabe ist Dipl. Sozialpäd. und in der Jugendarbeit tätig. Zusammen mit Christian Dornbusch hat er das Werk RechtsRock - Bestandsaufnahme und Gegenstrategien veröffentlicht.

Knüppel, Bomben, Psychoterror

Lilian Muscutt & Tomas Sager

Wuppertal-Vohwinkel, Kaiserstraße, 25. September 2011, gegen 3.20 Uhr. Eine Gruppe junger Leute zieht nach einem Konzert über einen Trödelmarkt. Dabei ist Student Thomas S. (Name geändert), der nach Platten stöbern will. Die Gruppe zerstreut sich in der Menschenmenge, denn auf dem beliebten Trödel drängen sich bereits mitten in der Nacht viele Besucher. Als Thomas S. „mit zwei, drei Leuten" die Straße entlang schlendert, vernimmt er plötzlich hinter sich Geschrei. Der 27-Jährige dreht sich um, sieht, wie zwei stadtbekannte Neonazis vor einem Döner-Imbiss einen Punk herumschubsen. Der Wuppertaler läuft los, um dem Punk zu helfen. „Da bekomme ich volles Pfund was vor den Hinterkopf, ohne Vorwarnung", erzählt Thomas S. später. „Es müssen mehrere Schläge gewesen sein." Taumelnd dreht er sich um und sieht „Leute mit Knüppeln". Er rennt, schreit. „Das sind Nazis! Macht doch was!" ruft er, wehrt mit der Hand eine Flasche ab, die eine Person auf ihn wirft.

Thomas S. wird mit zwei Platzwunden und einer Prellung am Hinterkopf sowie einer Schnittwunde an der Hand im Krankenhaus behandelt – zusammen mit drei weiteren Opfern. Darunter ist Nicole B.: Die 20-Jährige trägt eine Platzwunde am Kopf davon, zunächst mit Verdacht auf Schädelbruch und innere Blutungen. Vor der Dönerbude schlug sie jemand von hinten nieder. „Dann wurde mir schwarz vor Augen." Laut Augenzeugen soll der bekannte Neonazi-Aktivist Matthias D. aus Hamm mit einem Knüppel auf den Kopf der zierlichen Frau eingeprügelt haben – auch, als sie schon bewusstlos am Boden lag.

Die Polizei nimmt 15 Tatverdächtige aus dem ‚rechten Spektrum' fest. Darunter sind fünf Frauen zwischen 16 und 24 Jahren aus Wuppertal und Dortmund, von den zehn Männern zwischen 16 und 35 Jahren kommen fünf aus Wuppertal und, je eine Person aus Düsseldorf, Viersen, Mönchengladbach, Hamm und Bitburg.

Die vier Opfer erstatteten Anzeige – auch gegen Matthias D. Der Neonazi-Aktivist fällt regelmäßig durch Hetzreden auf Kundgebungen und durch Gewalttaten auf. Im April 2011 wurde er zu einer einjährigen Jugendhaftstrafe ohne Bewährung verurteilt, weil er eine 22-Jährige Studentin bedroht und mit Pfefferspray verletzt hatte. Er war in Berufung gegangen und war an dem Flohmarkt-Wochenende noch auf freiem Fuß.

Ein Freund habe Nicole B. zum Schutz vor Matthias D. in jenen Döner-Imbiss gezogen. „Ich bin mir sicher: Er hätte nicht aufgehört zuzuschlagen", erzählt die junge Frau mit leiser Stimme.

2010 drohten Neonazis noch mit Knüppeln – ein Jahr später schlugen sie zu

Das Neonazi-Problem in Wuppertal wächst stetig. Im Februar 2011 schätzte die Polizei die Zahl der rechten Szene-Anhänger auf 15 Personen. Inzwischen spricht sie von 40.

Sorge bereiten Brutalität und sinkende Hemmschwellen: Zuvor hatten Neonazis eine Familie mit drei Kindern über zweieinhalb Jahre mit verbalen Drohungen und Knüppeln bis vor die eigene Haustür derart eingeschüchtert, dass diese im Herbst 2010 aus dem Stadtgebiet verzogen war. Eine Anzeige wegen Neonazi-Aufklebern, erklärt Mutter Sylvia W., war für die Täter folgenlos geblieben. Die Familie fühlte sich schutzlos. Der Übergriff auf dem Flohmarkt habe ihre „schlimmsten Befürchtungen bestätigt", sagt Sylvia W. Das Neonazi-Problem werde zu einem Kampf zwischen „Rechts und Links" heruntergespielt.

Mit diesem Vorwurf steht sie nicht allein da. Den Vorfall auf dem Flohmarkt bezeichnete die Polizei in einer Pressemitteilung als „Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen des rechten und linken Spektrums". Für Student Thomas S. und Nicole B. war es jedoch ein „bewaffneter Überfall". Eine Gruppe Neonazis habe wahllos auf junge Menschen eingeprügelt. Ihr alternativer Kleidungsstil habe ausgereicht, um in das Feindschema zu passen.

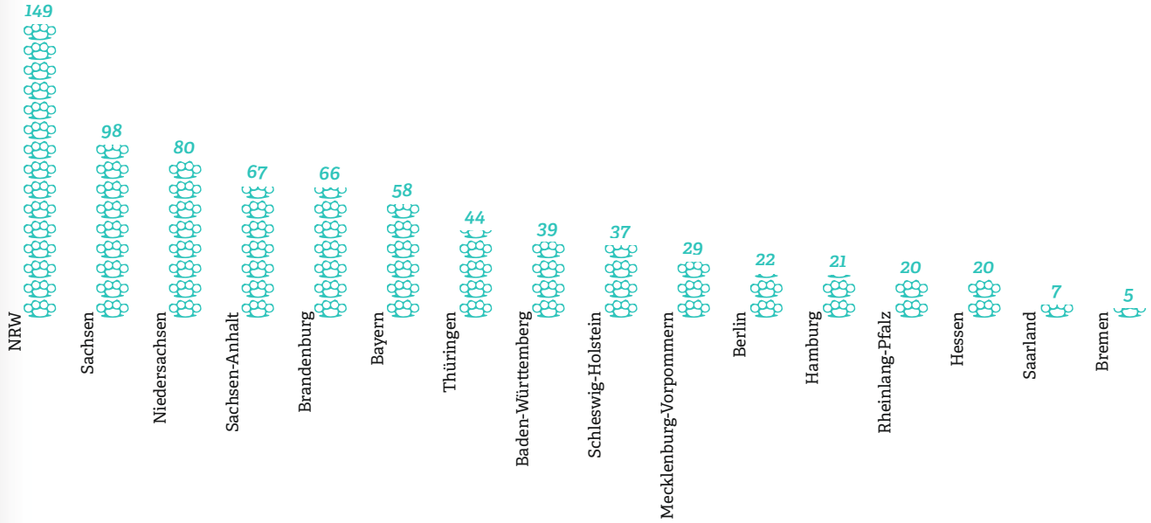
Öffentliche Kritik ernteten die Ermittlungsarbeiten von Staatsanwaltschaft und Polizei im Zusammenhang mit einem Vorfall im Wuppertaler

Cinemaxx. Rechtsextremisten hatten im November 2010 die Vorführung eines Aufklärungsfilms über Neonazis gestört und Kinobesucher mit Reizgas angegriffen. 13 Personen nahm die Polizei fest. Die Ermittlungen wurden 2011 eingestellt und nur auf Druck des Veranstalters, dem ***Medienprojekt Wuppertal***, wieder aufgenommen.

Rechte Gewalt ist kein ‚Ost-Phänomen'

155 Fälle rechter Gewalt zählte das nordrhein-westfälische ***Landeskriminalamt*** 2010. Im Jahr zuvor waren es 173. In absoluten Zahlen war das der höchste Wert aller Bundesländer. Gemessen an der Einwohnerzahl rangierte NRW zwar nur auf Platz 12. Aber: Fast jeden zweiten Tag greifen Neonazis Bürger an, die sie als Gegner ansehen oder an deren bloßer Existenz sie sich stören – Menschen, die sich gegen Rechts stark machen, Migranten, Homosexuelle, Obdachlose. Rechte Gewalt ist kein Ost-Phänomen. Dabei sind die Zahlen der Behörden über rechte Delikte nur bedingt aussagekräftig. Die amtliche Statistik sei unvollständig, kritisieren Experten. Nicht selten werde der politische Hintergrund von Straftaten in Polizeiberichten nicht erwähnt. Oder Gerichte vermögen keine politischen Hintergründe zu entdecken, wo sie sich eigentlich aufdrängen. In anderen Fällen werden die Übergriffe gar nicht erst angezeigt. Oft aus Angst. Angst, die von Neonazis verbreitet wird.

*Registrierte rechte Gewalt in der BRD im Jahr 2010 (01.01.-31.12.2010)**



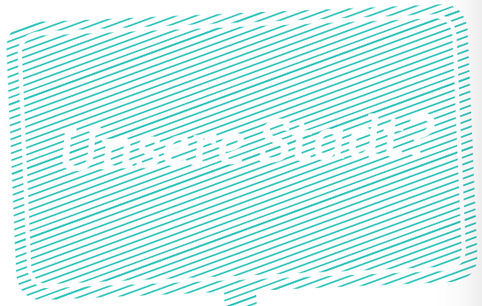
*Die Zahlen basieren auf Angaben aus dem Verfassungsschutzbericht 2010 des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Für 2011 lagen zum Drucktermin noch keine Zahlen vor.

Tritte gegen den Kopf

Dortmund, Reinoldikirche, 26. November, 22.30 Uhr: Zwei Jugendliche schlendern über den größten Weihnachtsmarkt Deutschlands. Ihre türkische Herkunft wird den beiden, 16 und 17 Jahre alt, zum Verhängnis, als sie auf eine Gruppe von fünf, sechs Neonazis aus dem Umfeld der ***‚Skinhead-Front Dorstfeld'*** treffen. Alkohol und Gewalt gehören bei der rechtsextremen Truppe stets dazu. „Was guckst du, du Bastard", pöbelt ein Neonazi. Dann schlagen und treten sie zu. „Scheiß Ausländer", rufen sie und treten weiter. Besonders gern gegen den Kopf – auch, als die Jugendlichen zu Boden gegangen sind. Gehirnerschütterungen, Kiefer-Prellungen, Verletzungen an der Nase, Platzwunden und Blutergüsse sind die Folgen. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes halten einen der Täter fest, bis die Polizei kommt. Sein Name: Sven K.

Den Beamten ist Sven K. kein Unbekannter. 400 Meter weiter und sechs Jahre früher hat er Thomas Schulz erstochen. Schulz' Freunde nannten ihren Kumpel „Schmuddel". Er war Punk und passte damit so wenig ins Weltbild von Neonazis wie Jugendliche mit türkischer Herkunft. Punks seien für ihn eben „Zecken", sagte Sven K. vor Gericht, das ihn zu sieben Jahren Jugendstrafe verurteilte. Nach fünf Jahren kam er im September 2010 vorzeitig wieder raus. Obwohl er als Redner nicht taugt, steht er ein paar Wochen später bei einer Neonazi-Demo in Hamm am Mikrofon. Er liest ein Grußwort der mittlerweile durch den Bundesinnenminister verbotenen ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige*** (HNG) vor, die ihn während seiner Haft betreut hat. „Was sollten wir bereuen" steht auf seinem T-Shirt. Der Slogan ist Programm. Einige bewundern ihn als Held, als Märtyrer. Nachdem er „Schmuddel" Schulz erstochen hatte, klebten Neonazis in Dortmund Plakate: „Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben", war darauf zu lesen. Und Aufkleber warnten: „Antifaschismus ist ein Ritt auf des Messers Schneide".

Eine günstige Sozialprognose hatte man Sven K. vor seiner Entlassung bescheinigt. Weitere Straftaten seien nicht zu erwarten. Doch der Gewalttäter war rasch wieder mit den alten Kameraden unterwegs. Offenbar auch nachts, wenn es um Randale ging: Er soll zu den Beteiligten an einem Überfall auf eine linke Kneipe in der Innenstadt gehört haben. Einem Gastwirt in Dorstfeld verpasste der 24-Jährige einen Faustschlag ins Gesicht. Das Vergehen des Wirts: Er wollte keine Neonazis in seiner Kneipe haben. Sven K., auf Bewährung auf freiem Fuß, wurde lediglich zu einer weiteren Bewährungsstrafe verurteilt. Der Schlag ins Gesicht des Wirtes sei nicht politisch motiviert gewesen, befanden Staatsanwaltschaft und Gericht. Erst nach dem Angriff beim Weihnachtsmarkt wanderte Sven K. wieder in Haft.



Neonazis: „Dortmund ist unsere Stadt"

„Dortmund ist unsere Stadt", behaupten die Neonazis in der Ruhrgebietsmetropole. Das hat zwar wenig mit der Realität zu tun, doch Dortmund ist die Stadt in Nordrhein-Westfalen mit der größten und aktivsten Neonazi-Szene. Das zeigt sich zum einen in ‚legalen' Aktivitäten wie Demonstrationen, Saalveranstaltungen oder Infoständen, äußert sich aber ebenso in Angriffen auf tatsächliche oder vermeintliche Neonazi-Gegner, in Attacken auf ‚linke' Kneipen oder auf Parteibüros.

Überregional machte der Fall einer Familie Schlagzeilen, die nach handfesten Übergriffen und Psychoterror – bis hin zu ‚Fahndungsplakaten' im Stadtteil – schließlich aus Dortmund ‚flüchtete' und umziehen musste. Die Dortmunder Rechts-‚Autonomen' triumphierten. Noch im Herbst 2011 riefen sie auf ihrer Internetseite der Familie zynisch hinterher, sie habe „offensichtlich den selbst aufgebauten nachbarschaftlichen Druck nicht mehr vertragen". Und: Sie sei „freiwillig aus dem Stadtteil Dortmund-Dorstfeld verzogen, da ihre fragwürdige Lebensweise zu nachbarschaftlichen Interventionen führte". Vermutlich ist es diese Dreistigkeit, die Dortmund abhebt von anderen Schwerpunkten rechter Gewalt in NRW.

Angriff auf Gewerkschafter

Eine Dreistigkeit, die sich auch am 1. Mai 2009 offenbarte. Mehr als 300 Neonazis hatten sich vormittags am Hauptbahnhof getroffen – angeblich, um zu einer Demo in Siegen zu fahren. Plötzlich stürmten die Neonazis in Richtung Innenstadt. Mit Feuerwerkskörpern und Steinen warfen sie auf Polizeibeamte und griffen mit Holzstangen Teilnehmer der DGB-Veranstaltung zum ‚Tag der Arbeit' an. Nachdem Verstärkung gerufen worden war, nahm die Polizei rund 300 Neonazis fest. Die Beamten fanden bei ihnen unter anderem Hieb- und Stichwaffen, Reizgas und Pfefferspraydosen, Quarzhandschuhe, Schießbecher für Signalmunition sowie selbst gebaute pyrotechnische Rauchkörper.

Es habe sich um eine „Spontandemonstration" gehandelt, die sich „plötzlich" entwickelt habe, behaupteten die Neonazis. Dieter Wehe, Inspekteur der NRW-Polizei, stellte vor dem Innenausschuss des Landtages jedoch fest, dass die gewalttätigen Aktionen keineswegs spontane Handlungen gewesen seien, sondern „eine – wenn auch nur kurzfristig – koordinierte und verabredete Tat". Mehr als 400 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, gefährlicher Körperverletzung. „Ich bin schon länger Polizist. So einen Hass, so eine Gewalt habe ich noch nie erlebt", sagte ein Polizeibeamter in einem Gerichtsverfahren.

Der Prozess gegen die zwei mutmaßlichen Drahtzieher soll im Frühjahr 2012 vor dem Schöffengericht beginnen – rund drei Jahre nach dem Überfall. Dortmunds vormaliger DGB-Vorsitzender Eberhard Weber beklagte sich im Sommer 2011: Dass die mutmaßlichen Rädelsführer der Aktion immer noch nicht vor Gericht gestanden hätten, komme „einem Stillstand der Rechtspflege" und „einer Ermutigung der Täter" gleich. Vor Gericht verantworten müssen sich mit Dennis G. und Alexander D. zwei Führungskräfte der ‚Autonomen Nationalisten' im östlichen Ruhrgebiet. Wie zum Hohn meldeten Dortmunder Rechts-‚Autonome' für den 1. Mai 2012 eine Demonstration in der Ruhrgebietsstadt an.

Im Visier der Kameradschaft Aachener Land

Aachen steht Dortmund in Sachen extrem rechts motivierte Gewalt kaum nach. Menschen werden hier von der ***Kameradschaft Aachener Land*** (KAL) terrorisiert, einer der ältesten und stabilsten militanten Neonazi-Vereinigungen in NRW. Mit den Folgen monatelangen Psychoterrors hat eine Familie bis heute zu kämpfen, wie Mutter Evelyn R. berichtet. Weil ihr Sohn Marvin (damals 16) im Oktober 2009 auf eine Demo gegen Rechts gegangen war, klebten Neonazis wenig später Aufkleber auf Laternen und den Briefkasten der Familie und hinterließen Drohungen. „Marvin R. das Maul stopfen. Nie wieder Kommunismus. Gruß KAL", schmierten sie auf eine Mauer in großen Buchstaben, wenige Meter vom Haus entfernt. Evelyn R. erstattete Anzeige, es folgten Vernehmungen. Evelyn R. verdächtigte ihren Arbeitskollegen Falko W., einen KAL-Anhänger und notorischen Gewalttäter. Doch es mangelte an Beweisen.

Das Leben hatte sich verändert. „Ich konnte nicht mehr ruhig schlafen, ich weinte nur noch, fühlte mich verfolgt", erzählt die Mutter heute noch aufgebracht. In ihrem Haus ließ sieeine aufwändige Überwachungsanlage anbringen.

Es folgten Schmierereien, Diffamierungen im Internet, Sachbeschädigung. Im Juni 2010 schossen Unbekannte mit Steinschleudern auf die Fenster des Einfamilienhauses und sprühten „Kommunisten töten" auf das Pflaster der Einfahrt. Die Familie war nervlich am Ende. Evelyn R. wagte den Schritt in die Öffentlichkeit. Das half. Nach einem TV-Beitrag und einer Verurteilung Falko W.s wegen Körperverletzung in einem anderen Fall kam es zu keinen weiteren Vorfällen.

Mit wem die Familie es zu tun hatte, zeigte sich erst im Februar 2011: Falko W. wurde mit einem ‚Kameraden' vom Landgericht Aachen zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er soll mit Glassplittern gespickte Sprengkörper gebaut haben, die wohl am 1. Mai 2010 in Berlin bei einem

Neonazi-Aufmarsch gegen Polizisten und Gegendemonstranten eingesetzt werden sollten.

Rechtliche Konsequenzen bekamen Anfang Dezember 2011 auch zwei KAL-Führungskader zu spüren: In zweiter Instanz wurden Joachim G. und Denis U. vom Landgericht verurteilt. Die beiden sollen beteiligt gewesen sein, als eine Gruppe Rechtsextremisten im März 2008 Neonazi-Gegner angegriffen hatten. Zudem wurde Denis U. erneut wegen Körperverletzung verurteilt, weil er 2009 einen Polizisten ohnmächtig geschlagen haben soll. Das Urteil: Ein Jahr und zehn Monate Haft für Denis U. – unter Berücksichtigung einer weiteren Haftstrafe wegen einer Gewalttat gegenüber einer Studentin.

Euskirchen: 16-Jährige will aus Angst Schule wechseln

Rund 100 Kilometer weiter in Euskirchen lebt eine Person, die sich an Denis U. erinnert. Der Neonazi habe damals gerne mit Kameraden alternativ gekleidete Jugendliche durch die Innenstadt von Düren gehetzt, sagt Jan (19, Name geändert). Auch auf ihn habe Denis U. Jagd gemacht. Mit einem Schlagstock. Das erzählt der aus Düren stammende junge Mann beiläufig. Denn Jan bereitet eine andere Sache größere Sorge.

Jans Sorge gilt seiner Freundin Sarah F. (16), die Mitglied im Kreisvorstand der Partei ***Die Linke*** ist. Am 18. November 2011 sollen Neonazis die 16-Jährige auf offener Straße bedroht haben. Das Foto einer Kameradin solle innerhalb von 72 Stunden von der Internetseite der ***Antifa Euskirchen*** verschwinden, verlangte ein Mann, der sich als einer der Anführer der ***Freien Nationalisten Euskirchen*** (FNE) bezeichnete. „Sonst würde er sich meinen Bruder und Vater vornehmen und unser Haus würde in Brand gesetzt", erzählt Sarah F. „Ich hatte Angst um mein Leben." Sie erstattete Anzeige.

Dann folgten Drohungen von einer Mitschülerin, die mit einem Neonazi zusammen sei. „Sie sagte, es wird der Tag kommen, dass ich bekomme, was ich verdient habe." Sie sei eine „Antifa-Hure" – obwohl sie zur Antifa keine Kontakte habe. Aus Angst ließ sich Sarah F. beurlauben und geht nicht mehr zur Schule. „Ich gehe nicht mehr alleine aus dem Haus." Die junge Frau, die sich als ehrgeizige Schülerin beschreibt und Hilfe bei einem Kinder- und Jugendpsychiater erfährt, hofft, in einer anderen Stadt ihren Abschluss machen zu können. Denn beide Realschulen in Euskirchen teilten sich einen Schulhof. Die Schulleitung habe Bedauern geäußert, erzählt Sarah F. Aber Mitgefühl allein helfe nicht.

Auch nach einer telefonischen Anfrage ist zweifelhaft, dass die Schule nach einer Lösung sucht. Mit dem Neonazi-Problem „hat die Schule nix am Hut", erklärte der stellvertretende Schulleiter. „Ich weiß nicht, wovon Sie reden." Später hieß es, die Presse solle sich an die Bezirksregierung wenden.

Sarah F. wünscht sich indes, dass Öffentlichkeit und Behörden ihre Situation ernst nehmen. Sie wünscht sich, dass die Neonazis „ihre Strafe bekommen, dass das aufhört – und ich wieder alleine auf die Straße gehen kann".

Lilian Muscutt ist freie Journalistin und schreibt unter anderem für den Freitag und das Solinger Tageblatt.
Tomas Sager ist freier Journalist und schreibt unter anderem für den Blick nach Rechts.

Ab durch die Mitte! Rechtsextremismus und die Diskurse der Mitte

Anne Broden

Die Diskurse um Migration und Integration in der ‚Mitte der Gesellschaft' sind in der Bundesrepublik Deutschland teilweise nationalistisch und/oder rassistisch aufgeladen. Wie diese Diskurse der extremen Rechten in die Hände spielen, soll in diesem Beitrag beleuchtet werden.

Alltäglicher Rassismus am Beispiel Sprache

„Sprache ist verräterisch, und im Fall der sogenannten Döner-Morde war sie es gleich mehrmals: Denn nicht nur die Morde (...) werden mit der Metapher vom Imbissstand gleichzeitig verniedlicht und unsichtbar gemacht. Schließlich richten sich die Taten nicht gegen Mittagssnacks, sondern gegen Menschen. (...) Was da geschieht, ist eine symbolische Ausbürgerung. Die ‚Döner'-Toten gehören nicht ‚zu uns'. Sie sind die Anderen, die Fremden." Q1

Soweit ein selbstkritischer Zeitungskommentar zum Sprachgebrauch (auch) der Medien in der aktuellen Debatte um Rechtsterrorismus. Besonders interessant ist der Hinweis auf die „symbolische Ausbürgerung". Diese Interpretation ist zutreffend und ein weiteres Beispiel einer solchen ‚rhetorischer Ausbürgerung' macht dies vielleicht deutlich. Es sind die so genannten Herkunftsdialoge:

„Woher kommst Du?"
„Aus Essen."
„Nein, ich meine, ursprünglich?"
„Ich bin in Essen geboren."
„Aber Deine Eltern?"
„Meine Mutter kommt auch aus Essen."
„Aber Dein Vater?"
„Mein Vater ist Italiener."
„Aha ..".

Menschen mit einer ‚anderen' äußerlichen Erscheinung, vielleicht mit einem leichten Akzent oder einem für den deutschen Sprachraum untypischen Namen kennen diese oftmals freundlich gemeinte, neugierige, aber eben in ihrer unterschwelligen Konnotation durchaus ausgrenzende und verletzende Frage. Sie ist nur möglich, weil ‚wir' auf ein ‚Wissen' über Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit zurückgreifen, auf eine diesem Wissen zugrunde liegende Aufteilung der Gesellschaft in ein dazugehöriges ‚Wir' und ein nicht-dazugehöriges ‚Sie'. Die Herkunftsfrage schließt an Rassekonstruktionen an, nämlich an Konstruktionen, in denen Menschen aufgrund ihrer (vermeintlichen) nationalen, ethnischen und/oder kulturellen Herkunft zu Gruppen zusammengefasst werden. Ihnen werden Eigenschaften zugewiesen, die sie als ‚fremd', ‚unzugehörig' oder gar ‚minderwertig' markieren.

Eine Postkartenaktion des Antidiskriminierungsbüros Sachsen verdeutlicht die problematischen Anteile des Herkunftsdialogs:

Q1 Zeit-online: 21.11.2011

Die Frage „Woher kommst du?“ ist eine Frage, die versucht, eine bestimmte Ordnung zu beschwören, in der eindeutig ist, wohin die Menschen gehören. Wichtig ist: Um diese Ordnung herzustellen, ist kein böser Wille erforderlich. Die Frage „Woher kommst du?“ steht zunächst nicht in Verdacht, rassistisch zu sein. Es handelt sich hier vielmehr um einen bestimmten gesellschaftlichen Wissensbestand und um eine machtvolle Kultur derer, die die Definitionsmacht haben. Indem ‚wir' Fragen stellen, indem ‚wir' Wahrnehmungen haben, indem ‚wir' Dinge sagen und andere Dinge nicht sagen, reproduzieren und wiederholen ‚wir' die rassistischen Wissensbestände, die auf die Kategorien von ‚dazugehörig' und ‚nicht-dazugehörig' abheben. ‚Wir' reproduzieren die rhetorische Ausbürgerung und teilen sie dem Gegenüber mit, denn ‚wir' ‚wissen', dass „Deutsche“ ein bestimmtes Spektrum von Haut-, Augen- und Haarfarbe aufweisen. ‚Wir' ‚wissen' zwar auch, dass in Deutschland seit über 50 Jahren so genannte GastarbeiterInnen, die ‚wir' später AusländerInnen, dann ausländische MitbürgerInnen und heute Menschen mit Migrationshintergrund genannt haben beziehungsweise nennen, leben, aber so richtig gehören ‚sie' eben doch nicht dazu. Die gesellschaftlichen Diskurse, die Reden in Parlamenten und an Stammtischen, die Berichterstattung in den Medien, die Familiengespräche, die Schulbücher, ‚unser' Liedergut und Kinderspiele sagen ‚uns', dass ‚sie' einer anderen Kultur angehören, dass ‚sie' eigentlich nicht hierher gehören.

Eine zweite Postkarte des Antidiskriminierungsbüros Sachsen problematisiert eine andere Form rassistischer Sprache und rassistischer Zuschreibung. Eine junge Frau, die physiognomisch als ‚Migrationsandere' gekennzeichnet ist, sagt darauf „‚Sie sprechen aber gut Deutsch!' ist kein Kompliment für mich“.

Es wird ersichtlich, dass Rassismus nicht auf äußerliche Unterscheidungen beschränkt ist. Rassismus ist eine Ordnung, in der dem Kulturbegriff ein wichtiger Platz zukommt. Rassismus beantwortet die Frage, wer zugehörig ist und wer nicht, sowohl im Hinblick auf äußerliche Merkmale als auch mit Bezug auf ‚Kultur'. Die zweite Postkarte ruft in Erinnerung, dass die Zuschreibungen bestimmter kulturelle Fertigkeiten als machtvolle Zuschreibungen beschrieben und gesehen werden können: Indem die angesprochene Frau vermeintlich gelobt wird, findet zugleich ihre rhetorische Ausbürgerung statt, denn die Aussage „Sie sprechen aber gut Deutsch“ ist nur mit dem nicht ausgesprochenen, aber für beide GesprächspartnerInnen implizierten und verstandenen Zusatz „…wo Sie doch keine Deutsche sind“ zu verstehen. Ohne diesen mitgedachten Aspekt, dass die angesprochene Person ‚eigentlich' nicht nach Deutschland gehört, machte dieses vermeintliche Lob ja gar keinen Sinn.

Diese rhetorische Ausbürgerung mutet auch vor dem Hintergrund der ständig geforderten Integration der hier lebenden MigrantInnen so bizarr, ja zynisch an. Viele der von dieser Ausbürgerung Betroffenen haben für diesen Widerspruch ein feines Gespür und wissen um die Vergeblichkeit ihrer Integrationsbemühungen. Santina Battaglia verdeutlicht dies folgendermaßen: „In Deutschland wird ein fraglos Deutscher im Alltagsgespräch in der Regel nicht als Deutscher haftbar gemacht. Man sagt nicht: ‚Rechtsradikale haben ein Asylbewerberheim angegriffen, was sagst denn du als Deutscher dazu?' Der ‚Andere' jedoch wird für seine natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit belangt – sei sie auch noch so prekär. ‚Der Iraner' soll als Repräsentant aller Iraner die Handlungen selbst eines einzelnen anderen Iraners vertreten.“ Q2

Q2 Battaglia 2007: S. 186

Menschen iranischer Abstammung erleben mitunter, dass sie zur Atombombe, zu Mahmud Ahmadinedschad (Präsident der islamischen Republik Iran) oder zur iranischen Kultur befragt werden. Es wird ihnen selbstverständlich unterstellt, persisch zu sprechen. Wenn sie stattdessen aber die verschiedenen Fragen nicht adäquat beantwortet können, wird das oftmals als Verunsicherung oder Scham empfunden. Denn der oder die Befragte wird durch die Fragen deplaziert, ausgebürgert und kann gleichzeitig auf Fragen über das Land, das ihm oder ihr zugewiesen wird, nicht angemessen antworten. Dass die Person vielleicht eine dezidierte Position zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland hat, die Debatte über den Atomausstieg hier im Land intensiv verfolgt und Sauerbraten mit Rosinen, Rotkohl und Knödel liebt, erscheint bedeutungslos. Das Spiel um Herkunft kann sie (fast) nur verlieren.

Sprache und Alltagskonversation fördern also die Konstruktionen zutage, die uns wissen lassen, wer ‚fremd' ist und wer nicht und verraten dabei den mindestens latenten Rassismus, der diesen Konstruktionen zugrunde liegt. Wie weit verbreitet rassistisch aufgeladene Diskurse in der Gesellschaft tatsächlich sind, darüber gibt die Studie „Die Mitte in der Krise“ von Oliver Decker et al. Auskunft.

Die Diskurse der Mitte

Die ForscherInnen hinter dieser Studie haben nicht nur nach Rassismus, Antisemitismus und der Verleugnung des Holocausts gefragt, sondern auch nach der Einstellung gegenüber einer Diktatur als politischem System, nach sozialdarwinistischen Einstellungen und Chauvinismus Q3. So befürworten 35,6 Prozent der Befragten die Aussage „die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ 34,3 Prozent sind der Überzeugung, „die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und 31,7 Prozent sind der Meinung, „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ Q4. Antisemitischen Äußerungen wie „auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ stimmen 17,2 Prozent der Befragten zu und immerhin noch 14,8 Prozent waren der Auffassung, „die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“. Q5

Auch in Bezug auf Chauvinismus zeigen sich problematische Einstellungen, so stimmen 30,6 Prozent der Befragten der folgenden Aussage zu: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ Q7. 26,8 Prozent waren der Meinung, „das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ Q7.

Diese Zahlen gehen weit über das hinaus, was in der Rechtsextremismusforschung als rechtsextreme Einstellungen benannt wird. Das heißt, die Anzahl der Menschen in der Bundesrepublik, die rassistischen, antisemitischen und/oder chauvinistischen Äußerungen zustimmt, ist weit größer als die Gruppe derjenigen, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertritt.

Die ForscherInnen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld kommen in der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ zu einem weiteren beunruhigenden Ergebnis: „Vor allem in den höheren Einkommensgruppen steigt die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.“ Q8 Weiter heißt es in der Studie, dass die Islamfeindlichkeit sowie auch Antisemitismus in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen seien. Auch die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Menschen mit Behinderungen sei seit dem Jahr 2005 gleichbleibend weit verbreitet. Zudem wird für das Jahr 2010 festgehalten, dass mit 49Prozent fast die Hälfte der Bevölkerung der Aussage zustimmen: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“ Q9 Ein empirisches Fazit dieser Studie besagt, dass sowohl die zunehmende Islamfeindlichkeit als auch rechtspopulistische Einstellungen sich vor allem bei höheren Einkommensgruppen zeigen, insbesondere in den Jahren 2009 und 2010. Der tendenziell höhere Bildungsgrad besser verdienender Bevölkerungsgruppen wirkt dem in diesem Fall nicht entgegen: „Islamfeindlichkeit ist konsensfähig, auch bei jenen, bei denen es bislang nicht zu erwarten war. […] Rechtspopulistische Einstellungen verbinden sich mit Islamfeindlichkeit und sind aggressiv aufgeladen.“ Q10

Die Studie macht deutlich: Die Mitte der Gesellschaft reicht den RechtspopulistInnen z. B.

Q3 vgl. Decker et al. 2010: S. 23
Q4 ebd.: S. 78
Q5 ebd.: S. 79
Q7 ebd.: S. 77
Q8 IKG 2010: S. 4
Q9 ebd.: S. 6, Hervorhebungen i. Original
Q10 ebd.: S. 15, Hervorhebungen i. Original

in Bezug auf Islamfeindlichkeit die Hand. Oder anders formuliert: Die menschenverachtenden Positionen der Rechtsextremen und RechtspopulistInnen sind anschlussfähig an weit verbreitete antiislamische Ressentiments in der gesellschaftlichen Mitte.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die in den letzten Jahren den öffentlichen Diskurs bestimmende Extremismusdebatte in vielerlei Hinsicht die gesellschaftliche Realität ignoriert(e), womöglich sogar zu bagatellisieren sucht(e).

Probleme der Extremismusdebatte

Zahlreiche Bundesprogramme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus waren aufgelegt worden, nachdem zu Beginn des neuen Jahrtausends einmal mehr eine Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt (Drohungen gegen und Ermordungen von MigrantInnen, Schwarzen Deutschen und Obdachlosen sowie Anschläge auf Synagogen und Friedhöfe) in der Öffentlichkeit wahrgenommen und problematisiert worden war. Doch in den darauf folgenden Jahren erlahmte die Sensibilität für diese menschenverachtende Ideologie wieder. Seit einigen Jahren wird nun stattdessen zunehmend vor der Gewalt „von Links" gewarnt. Die öffentliche Auseinandersetzung um Rechtsextremismus und Rassismus ist der Extremismusdebatte gewichen. Dabei wird die Gewalt von Linken und Rechten in eins gesetzt.

Neben dieser unakzeptablen Gleichsetzung verschiedener Gewaltphänome liegt ein möglicherweise weitaus größerer blinder Fleck der aktuellen Debatte um Extremismus jedoch in der Darstellung von Gewalt und Rassismus als Probleme des gesellschaftlichen Randes und damit als Phänomene, die in der Mitte der Gesellschaft nicht vorhanden seien. Dies steht, wie wir oben gesehen haben, im Widerspruch zu den Ergebnissen empirischer Studien und negiert gesellschaftliche Realitäten. Notwendige Diskussionen über Rassismus in der Mitte der Gesellschaft als Nährboden für extrem rechte Gewalt fallen dadurch unter den Tisch.

Und noch einmal: Thilo Sarrazin

Auch der Politikwissenschaftler Roland Roth widmete sich bei einer Tagung im Herbst 2010 dem Rassismus in der Mitte der Gesellschaft. Er ging dabei auf den ‚Schock' vom Sommer 2010 ein, als Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab" große öffentliche Aufmerksamkeit erregte und der Autor als Held, gar als Tabubrecher gefeiert wurde. Der Schock habe nicht in der Erkenntnis bestanden, dass auch die Mitte der Gesellschaft sowie deren Eliten anfällig für Rassismen seien. Verstörend sei vielmehr die öffentliche Inszenierung gewesen. Der Politikwissenschaftler bewertete es als einen grundlegenden Fehler, Rassismus als Phänomen des rechtsextremen Randes zu interpretieren. Verantwortlich für das Erstarken rassistischer und nationalistischer Einstellungen seien soziale Umbrüche und die damit einhergehende soziale Ungleichheit. Deren Rechtfertigung bestehe in der Behauptung der Ungleichwertigkeit der Menschen. Gegenüber scheinbar selbstverständlich gewordenen rassistisch legitimierten Ungleichheitsideologien beschrieb sich Roth als „hoffnungslosen Geisterfahrer", der soziale Ungerechtigkeit nach wie vor nicht akzeptieren könne.

Das Bild vom Geisterfahrer ist insofern nicht ganz stimmig, als Geisterfahrer eine große Gefahr für diejenigen darstellen, die in die ‚richtige' Richtung fahren; aber das selbstironische Bild ist wohl als ein Indiz für die von Roth wahrgenommenen herrschenden Mehrheitsverhältnisse anzusehen: Die Einteilung der Menschen nach Kriterien der ökonomischen Verwertbarkeit oder Nicht-Verwertbarkeit erscheint sakrosankt und wird vom Gros der Bevölkerung geteilt. Dem Rassismus kommt somit eine bedeutsame Funktion innerhalb der Wirtschaft zu: Sie braucht Rassismus, um die bestehenden und sich vertiefenden Ungleichheiten zu legitimieren. Damit schließt sich der Kreis: Das ehemalige Vorstandsmitglied der Bundesbank, Thilo Sarrazin, hat ausgesprochen, was viele in der Wirtschaft denken.

Rassismus als Normalität

Der Befund ist nicht neu. Max Horkheimer schrieb in seinem Aufsatz „Die Juden und Europa" bereits 1939: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." Q11; Seit Jahren belegt der Bielefelder Professor für Pädagogik Wilhelm Heitmeyer mit seinem Team, dass Wettbewerb, Ökonomisierung, Konkurrenzdenken und Konsumorientierung eigennutzorientiertes Verhalten fördern Q12. Und die bereits erwähnte Studie „Die Mitte in der Krise" Q13 führt aus: „Zusammenfassend ergaben die ‚Mitte'-Studien, dass die rechtsextreme Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersgruppen sowie im Westen und Osten zu finden ist – eben bis in die Mitte der Gesellschaft hinein." Q14

Diese Verankerung von Rassismus und Nationalismus in der viel zitierten Mitte der Gesellschaft ist eine Realität, die gerne verdrängt wird. Sie passt nicht ins Bild, passt nicht in die Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik Deutschland. Rassismus wird nach wie vor als Phänomen des Nationalsozialismus oder als Problem des rechtsextremen Randes interpretiert. Aber Rassismus und Antisemitismus stellen keine Pathologie unserer Gesellschaft dar, vielmehr gehören diese menschenverachtenden Ideologien zur Normalität Q15. Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, darf dies nicht außer Acht lassen.

Anne Broden ist Projektleiterin des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW).

Kleiner Exkurs zum Rechtsextremismus

Dem Rechtsextremismusforscher Richard Stöss zufolge muss beim Rechtsextremismus zwischen Verhalten und Einstellungen unterschieden werden (vgl. Stöss 2010, S. 22). Nationalismus, Sozialdarwinismus („Survival of the fittest"), Antisemitismus, Rassismus sowie die Verharmlosung des Holocausts zählen demnach zu den Einstellungen oder ideologischen Kernelementen des Rechtsextremismus. Werden von einer Person drei dieser Einstellungen vertreten, so spricht man von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Dieses Weltbild ist dem Verhalten vorgelagert. Aufgrund der rechtsextremen Einstellung(en) werden bestimmte Verhaltensweisen an den Tag gelegt. Ein Mensch, der keine der als rechtsextrem gekennzeichneten Positionen vertritt, wird sich nicht an einem rechtsextremen Aufmarsch beteiligen, wird keine jüdischen Friedhöfe schänden oder eine Schwarze Person aufgrund ihrer Hautfarbe ermorden.

Zu den rechtsextremen Verhaltensweisen zählen das Wählen von entsprechenden Parteien, die Teilnahme an Aufmärschen und öffentlichem Protest, die Mitgliedschaft in entsprechenden Cliquen, Kameradschaften oder Parteien sowie Propagandadelikte und Gewalt. Laut Richard Stöss vertreten zehn Prozent der BundesbürgerInnen rechtsextreme Einstellungen (vgl. ebd., S. 85).

Quellen

Battaglia, Santina (2007): Die Repräsentation des Anderen im Alltagsgespräch: Akte der natio-ethno-kulturellen Belangung im Kontext prekärer Zugehörigkeit, in: Anne Broden/Paul Mecheril: Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft, S. 181-201.

Decker, Oliver et al. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010 (herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus"), Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm u. a. (21993): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim/München .

Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 8, Doppelheft 1/2, S. 115-137.

IDA-NRW (Hg.): Überblick 3/2007 http://www.ida-nrw.de/html/Fueberblick.htm.

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) (Hg.) (2010): Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, 3.12.2010.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel (herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus"), Berlin.

Q11 Horkheimer 1939: S. 115
Q12 vgl. etwa Heitmeyer 1993
Q13 Decker et al. 2010
Q14 ebd.: S. 24
Q15 vgl. IDA-NRW 2007

Ausflüge // Einblicke in die Praxis

48 Unterstützung vor Ort mit Traditionen und Standards // Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder
Mobile Beratung in Nordrhein-Westfalen
Heiko Klare & Michael Sturm (mobim)

55 Von der Krisenintervention zur nachhaltigen Auseinandersetzung. // Mobile Beratung in Radevormwald
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln
Hendrik Puls & Hans-Peter Killguss

60 Netzwerke und breite Bündnisse // Stadtteilarbeit gegen rechtsextreme Gruppen in Wuppertal
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Düsseldorf
Marat Trusov & Nina Bramkamp

66 „Eine Gemeinschaft gegen Rassismus“ // Zum Umgang mit einer „Hitlergruß-Affäre“ in der Gladbecker Jugendfeuerwehr
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster
Heiko Klare & Michael Sturm (mobim)

72 Ein weites Feld... // Mobile Beratung im ländlichen Raum
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Detmold
Karsten Wilke

76 Auch „zwischen den Demos“ aktiv bleiben – politische Bildung und Mobile Beratung
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg
Dieter Frohloff

Unterstützung vor Ort mit Traditionen und Standards

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder

Heiko Klare & Michael Sturm

In der Kleinstadt Warendorf im Münsterland wurde die örtliche evangelische Kirchengemeinde im Frühjahr 2011 wiederholt zur Zielscheibe extrem rechter Propaganda: Unbekannte hatten am Schaukasten der Gemeinde mehrfach neonazistische Aufkleber angebracht. Ein Einbahnstraßenschild vor der Kirche wurde mit den Worten „nur für Deutsche“ und einem Hakenkreuz verunstaltet. Auch in der Fußgängerzone hatten Neonazis versucht, ihre Botschaften zu hinterlassen. An vielen Laternenpfählen, Ampelmasten und Verkehrsschildern prangten Aufkleber und Schmierereien mit rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Parolen. Das war auch dem katholischen Kaplan aufgefallen. Gemeinsam mit dem Jugendpfleger der Stadt und dem Kreisjugendamt organisierten die beiden Kirchengemeinden eine Infoveranstaltung: „Rechtsextremismus in Warendorf? Gibt es sowas?“

Zumindest die etwa 40 BürgerInnen – darunter viele Jugendliche und junge Erwachsene aus den Vereinen der Stadt, aber auch VertreterInnen aus Politik und Verwaltung – die am Abend der Veranstaltung den Weg ins evangelische Gemeindehaus gefunden hatten, bekamen eine deutliche Antwort. Knapp zwanzig Neonazis aus dem Spektrum der ‚Autonomen Nationalisten‘, unter ihnen eine Reihe einschlägig bekannter Führungskader aus dem Münsterland und dem nördlichen Ruhrgebiet, nahmen ebenfalls als BesucherInnen teil, einige weitere positionierten sich demonstrativ vor der Tür. Im Saal versuchten die AktivistInnen, die Diskussion mit ihren rassistischen Beiträgen zu dominieren und die anderen TeilnehmerInnen einzuschüchtern. Viele BürgerInnen empfanden besonders das Ende des Abends als bedrohlich: Vor dem Gemeindehaus sammelten sich die feixenden Neonazis und sorgten auf diese Weise für eine einschüchternde Atmosphäre. Die Veranstaltung blieb nicht ohne Folgen: Obgleich die Neonazis mit ihren Parolen bei den meisten TeilnehmerInnen auf entschiedene Ablehnung gestoßen waren, hatten sie mit ihrem Auftreten viele der Anwesenden nachhaltig verunsichert. Gleichzeitig äußerten unter dem Eindruck des Geschehenen zahlreiche BürgerInnen noch am selben Abend ihre Absicht, gegen die Verbreitung von Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit aktiv werden zu wollen. Doch wie könnte ein derartiges Engagement aussehen? Welche Möglichkeiten gibt es, sich in der Schule, in den Jugendverbänden, in der Stadtverwaltung oder in der Kirchengemeinde gegen ausgrenzende und diskriminierende Haltungen einzusetzen? Die Forderung, ‚Zivilcourage‘ zu zeigen, ist schnell erhoben – doch was bedeutet das eigentlich im Alltag? Im Nachgang des Abends setzten sich daher die VeranstalterInnen erneut mit den beiden Mitarbeitern der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster zusammen, um gemeinsam weitere Schritte in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort zu planen.

Komplexe Problemlagen und vielfältige Konflikte

Solche und ähnliche Fälle machen deutlich: Längst nicht mehr ist die extreme Rechte nur ein Thema in Ostdeutschland oder in einzelnen großstädtischen Ballungszentren wie Aachen oder Dortmund. Die Mobile Beratung in NRW (MB) ist gleichermaßen im ländlichen Raum gefragt. Wenn organisierte Gruppen wie die oben beschriebenen „Autonomen Nationalisten“ engagierte Menschen vor Herausforderungen stellen, wenn Betriebe sich mit extrem rechten MitarbeiterInnen auseinander setzen müssen, wenn rechtspopulistische Parteien lokale Moscheebauvorhaben skandalisieren und instrumentalisieren, kann unser Angebot Hilfe zur Selbsthilfe bieten.

All diese Fälle eint ein Umstand: Engagierte AkteurInnen sind handlungsunsicher im Umgang mit einem Phänomen, das für sie unter Umständen neu und schwer einzuordnen ist. Zudem spielen oftmals Angst- und Ohnmachtsgefühle eine große Rolle. Die Bereitschaft zum Engagement ist häufig vorhanden, allerdings fehlt es an Konzepten, Strategien und Ideen, wie dieses über eine reine Abgrenzung gegen ‚die Nazis‘ hinaus umzusetzen ist. Auf der anderen Seite gibt es jedoch eine breite Palette an teils langjähriger lokaler und regionaler Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, Antisemitismus und Rassismus in Bündnissen, Initiativen, Präventionsprojekten, Vereinen und Verbänden. Hier besteht vielfach der Wunsch nach Weiterbildung und Vernetzung. Oftmals gehört zum Erfahrungsschatz vieler Aktiver aber auch der Umgang mit frustrierenden Erlebnissen, wenn etwa die gute Arbeit nicht wertgeschätzt oder die Hinweise zur lokalen rechten Szene nicht ernst genommen werden.

Durch den über das Bundesprogramm ***kompetent. für Demokratie*** finanzierten Ausbau von Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus gibt es in allen Bundesländern seit spätestens 2009, in Ostdeutschland teilweise seit über zehn Jahren, Strukturen für die Unterstützung und Beratung von Fachkräften, MultiplikatorInnen, Initiativen, (Fach-)Netzwerken, Institutionen und anderen Menschen, die sich in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten engagieren beziehungsweise mit konkreten Herausforderungen wie den oben beschriebenen konfrontiert sind. In vielen Bundesländern, darunter auch in NRW, sind dabei auf regionaler Ebene „Mobile Beratungsteams“ Q1 etabliert worden, die niedrigschwellig ansprechbar und in der jeweiligen Region verankert sind.

Im Verlauf von Beratungsprozessen versuchen wir, die jeweiligen AkteurInnen zu stärken, Handlungssicherheit gemeinsam (wieder) zu erlangen und langfristig tragfähige Strategien zu entwickeln, die den Beteiligten über den konkreten Anlass hinaus Hilfestellung leisten. Wir verstehen uns dabei im Einvernehmen mit den anderen TrägerInnen und Projekten, die Mobile Beratung in den Bundesländern anbieten, als „ein Beratungsangebot mit dem Anliegen, demokratisch bürgerschaftliches Engagement zugunsten einer zivilen Menschenrechtskultur im Gemeinwesen zu stärken. […] [Mobile Beratung] bietet ihre externe Fachkompetenz im Rahmen professioneller Dienstleistungen an, unterstützt ergebnisoffene Prozesse kritischer Reflexion sowie die demokratische Auseinandersetzung mit widerstreitenden Positionen. Durch das Prinzip ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ werden dabei die vorhandenen Ressourcen aktiviert und die Akquirierung neuer Ressourcen unterstützt. Wegen der komplexen Problemlagen und den vielfältigen Konflikten im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Mobilität und systemische Perspektive wichtige Merkmale der Arbeitsweise Mobiler Beratungsteams.“ Q2

Q1: In NRW konnten durch die Träger aufgrund der prekären finanziellen Ausstattung nicht in allen Regierungsbezirken Teams aufgestellt werden. In den Regierungsbezirken Detmold und Arnsberg arbeiten einzelne Kollegen teils mit Honorarkräften, bleiben aber „Einzelkämpfer“. Deshalb sprechen wir im Folgenden von „Mobiler Beratung“ (MB) und nicht von „Mobilen Beratungsteams“ (MBTs).

Q2: vgl. Koordination Mobiler Beratung in Ostdeutschland 2005.

Stärkung einer „demokratischen gemeinwesenorientierten Kultur" – Zielsetzungen Mobiler Beratung

Der Ansatz der Mobilen Beratung entwickelte sich seit dem Ende der 1990er Jahre in den Neuen Bundesländern. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Propagandabegriff der ‚national befreiten Zonen'" zu einer in der Öffentlichkeit vielfach zitierten Formel, um die raumgreifenden, oftmals äußerst gewalttätigen Aktivitäten neonazistischer Gruppen in manchen Regionen Ostdeutschlands zu beschreiben. Obgleich derartige Einschätzungen bisweilen der Dramaturgie kurzfristiger medialer Skandalisierungen geschuldet waren, die zudem oftmals die Selbstdarstellungen extrem rechter ProtagonistInnen ungebrochen reproduzierten, ließ sich dennoch vor allem in ländlichen Gebieten eine breite Verankerung rechtsextrem geprägter Jugendkulturen beobachten. Deren Präsenz im öffentlichen Raum förderte an vielen Orten das Entstehen so genannter Angstzonen, die von potentiellen Opfern rechter und rassistischer Gewalt gemieden wurden. Als besorgniserregend erwies sich aber nicht nur das Erstarken der Neonaziszene. Deutlich wurde auch, dass ein vielfach gering ausgeprägter zivilgesellschaftlicher Organisationsgrad in Ostdeutschland sowie eine zunehmende, bis weit in die ‚Mitte der Gesellschaft' reichende Skepsis gegenüber der Demokratie, ein wirkungsvolles und langfristig angelegtes Engagement gegen rechtsextreme Tendenzen erheblich erschwerten Q3.

Die bis dahin dominierende Sichtweise, Rechtsextremismus vor allem als ein jugendkulturelles Phänomen zu begreifen, wurde nun allmählich hinterfragt. In diesem Kontext geriet auch der in zahlreichen Jugendeinrichtungen unreflektiert praktizierte Ansatz der akzeptierenden Arbeit mit extrem rechts eingestellten Jugendlichen in die Kritik, der entgegen seiner ursprünglichen Intention in einigen Fällen rechte Szenen und die Veralltäglichung ausgrenzender Verhaltensweisen eher gefördert hatte. Demgegenüber vollzog das im Jahr 2001 erstmals aufgelegte Bundesprogramm ***Civitas – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern*** (CIVITAS) einen grundsätzlichen Perspektivwechsel. Im Zentrum dieses zeitlich befristeten Programms stand hier nicht mehr die (täterInnenorientierte) Arbeit mit Jugendlichen. Vielmehr war es in erster Linie auf die langfristige Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen in Ostdeutschland ausgerichtet. Das erklärte Ziel lautete, „eine demokratische gemeinwesensorientierte Kultur in den neuen Bundesländern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen" Q4.

Eine entscheidende Rolle in diesem Prozess wurde den Mobilen Beratungsteams zugeschrieben, die lokale AkteurInnen – Initiativen, Jugendeinrichtungen, Vereine und Verbände ebenso wie kommunale Politik, Behörden und Verwaltungen – in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen und Strukturen vor Ort unterstützen sollten. Diese Aufgabenstellung hat sich im Kern bis heute nicht verändert. Obgleich die Arbeit der MB seither durch befristete Förderzeiträume und wechselnde programmatische Leitlinien immer wieder mit erheblichen strukturellen und inhaltlichen Problemen konfrontiert war, haben sich in den vergangenen zehn Jahren verbindliche Qualitätsstandards und ein spezifisches professionelles Selbstverständnis herausgebildet, die das besondere Profil und die Angebote Mobiler Beratung kennzeichnen. Sie verknüpft dabei klassische Konzepte und Methoden der Gemeinwesenarbeit mit fachlichen Kompetenzen und Kenntnissen in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung. In den vergangenen Jahren haben sich alle in Ostdeutschland tätigen MBTs und eine Reihe der seit Ende 2007 neu entstandenen Teams in den alten Bundesländern – darunter auch die Mobile Beratung in NRW – auf folgende grundlegenden Arbeitsweisen und Qualitätsstandards verständigt Q5.

Q3 MBR Berlin 2004: 7f.
Q4 zitiert nach MBR Berlin/MBT Sachsen 2004: S. 8
Q5 vgl. MBT 2.0 2009 sowie Rahmenpapier Juni 2010

Methoden und Arbeitsweisen Mobiler Beratung

Ein zentraler Pfeiler Mobiler Beratung stellt die ***Dokumentation*** und ***Analyse*** extrem rechter Strukturen und Dominanzverhältnisse in jenen Gegenden und Orten dar, in denen wir tätig werden. Wir nehmen aber auch die zivilgesellschaftlichen und demokratischen AkteurInnen in den Blick, um mögliche, vor allem realistische Handlungsoptionen auszuloten. Diese ***ressourcenorientierte*** Vorgehensweise ist Ausdruck eines ***systemischen Ansatzes***. Demnach wird Rechtsextremismus nicht individualisierend als das Problem einzelner Personen oder ‚extremer', randständiger Gruppen gefasst, sondern als ein Aspekt der gesamten politischen Kultur in einer Kommune. Für die systemische und sozialräumlich orientierte Beratungsarbeit ist Mobilität eine unabdingbare Voraussetzung. In diesem Zusammenhang enthält der Begriff ‚Mobilität' unterschiedliche Facetten. Zum einen verweist er auf den ***aufsuchenden Charakter*** der Beratung, die sinnvoller Weise den AkteurInnen vor Ort gilt und auf Veränderungen im Gemeinwesen abzielt. Zum anderen sind mit ‚Mobilität' aber auch die sozialen und kommunikativen Kompetenzen der BeraterInnen gemeint, die sich auf bisweilen sehr unterschiedliche politische beziehungsweise soziokulturelle Rahmenbedingungen ebenso einstellen müssen, wie auf jeweils spezifischen Erfahrungen, Hintergründe und Erwartungshaltungen ihrer AnsprechpartnerInnen.

Auch wenn wir im Rahmen eines Beratungsfalls mit zahlreichen Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen im sozialen Nahraum enge Kontakte unterhalten und die lokalen Kräftefelder sehr gut kennen, verstehen wir uns in der Regel nicht als AkteurInnen innerhalb eines Gemeinwesens, die eigenständige Projekte wie beispielsweise die Anmeldung und Durchführung von Demonstrationen gegen ‚rechts' verfolgen. Wir blicken vielmehr ***von außen*** auf die Problemkonstellationen und versuchen auf diese Weise passgenaue, die jeweils spezifische Situation berücksichtigende Lösungsansätze vorzuschlagen. Kennzeichnend für Mobile Beratung ist somit nicht der Rückgriff auf starre Theorien, die auf ein Gemeinwesen heruntergebrochen werden. Vielmehr ist von einer ***induktiven Herangehensweise*** zu sprechen, die vom konkreten Fall ausgehend gemeinsam mit den betroffenen AkteurInnen Handlungsschritte und Konzepte entwickelt, die sich über den unmittelbaren Anlass hinaus als tragfähig erweisen. In diesem Kontext greift Mobile Beratung auf bereits bestehender Methoden der ***politischen Bildungsarbeit*** zurück, mit denen die AkteurInnen vor Ort befähigt werden sollen, mittel- beziehungsweise langfristig eigenständig Inhalte und Konzepte zu bestimmen und umzusetzen.

Prozessorientierung und ein grundsätzlich transparenter, wertschätzender Zugang ‚auf Augenhöhe' zu den BeratungsnehmerInnen bilden die zentralen Komponenten unseres Beratungsverständnisses. Freilich ist dieser Anspruch in der Praxis nicht immer einfach umzusetzen. Einerseits ist es für die Beratenden unverzichtbar zu den AkteurInnen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, andererseits gilt es jedoch eine für den analytischen Blick auf das Gemeinwesen notwendige professionelle Distanz zu wahren.

Trotz der unterschiedlichen Hintergründe der Träger in den Regionen NRWs sowie der Vielschichtigkeit der Problemlagen und Anfragen, mit denen wir uns auseinandersetzen, strukturieren die hier skizzierten Eckpunkte unserer Methoden und Arbeitsweisen grundsätzlich die jeweiligen Beratungsprozesse. Ein modellhafter Beratungsablauf enthält demnach fünf Schritte.

1 Am Beginn steht zunächst eine ***Problemanzeige*** durch Einzelpersonen, Initiativen, Vereine oder Einrichtungen, die sich im Umgang mit rechtsextremen oder rassistischen Vorfällen handlungsunsicher und überfordert fühlen. Hierbei kann es sich um BesucherInnen einer von Neonazis gestörten Informationsveranstaltung ebenso handeln wie um BetreuerInnen einer Jugendfeuerwehr, die mit extrem rechten Äußerungen einiger ihrer Mitglieder konfrontiert sind.

2 In einem zweiten Schritt folgt dann eine gemeinsame ***Problemanalyse***: Welche extrem rechten Aktivitäten und Strukturen gibt es vor Ort? Wie positionieren sich Politik, Verwaltung und andere deutungsmächtige AkteurInnen zu den konkreten Problemlagen? Wer engagiert sich im lokalen Umfeld für Demokratie und Menschenrechte? In dieser Phase sammelt die Mobile Beratung vor allem Informationen aus unterschiedlichen Perspektiven und knüpft Kontakte zu AkteurInnen, die für den Beratungsverlauf und mögliche Lösungsansätze von Bedeutung sein könnten.

3 Auf Grundlage der vorangegangenen Recherchen entwickeln die BeraterInnen gemeinsam mit den BeratungsnehmerInnen in einem dritten Schritt ein spezifisches ***Handlungskonzept***, das vor allem durch drei Aspekte gekennzeichnet sein sollte: Es muss umsetzbare Ziele formulieren, sich an den Möglichkeiten und Ressourcen der betroffenen AkteurInnen vor Ort orientieren und deren Handlungskompetenz im Umgang mit extrem rechten Vorfällen nachhaltig stärken.

Die ***Begleitung bei der Konzeptumsetzung*** vor Ort ist schließlich der vierte Schritt in einem Beratungsprozess. Hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass die Mobile Beratung hier nicht die Rolle einer eigenständigen Akteurin wahrnimmt, sondern eher in moderierender und begleitender Funktion auftritt.

5 Mit der erfolgreichen (oder möglicherweise auch an Widerständen gescheiterten) Konzeptumsetzung ist der Beratungsprozess jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen. Große Bedeutung kommt abschließend der ***Reflexion der Beratung*** innerhalb des Beratungsteams vor allem aber der gemeinsamen Auswertung mit den BeratungsnehmerInnen zu.

Grenzen Mobiler Beratung

Mobile Beratung blickt also auf ein System, in dem verschiedene Menschen und Institutionen mit unterschiedlichen Interessen zusammen wirken. Ziel ist es, in diesem Feld milieuaktivierend und unterstützend zu wirken. Wir treten dabei in der Regel mit überparteilichem Anspruch auf. Unsere Rolle ist häufig die einer Moderatorin oder einer Vermittlerin. In Verbindung mit unserer Arbeit gibt es jedoch eine Reihe von Feldern, in denen wir nicht oder lediglich sporadisch tätig sind. Dies betrifft vor allem die sozialtherapeutische beziehungsweise sozialpsychologische Arbeit mit individuell Betroffenen und ihren spezifischen Problemlagen.

Wir übernehmen in der Regel weder die Betreuung von AussteigerInnen aus der rechten Szene, noch arbeiten wir pädagogisch mit manifest rechtsextrem eingestellten Jugendlichen beziehungsweise Jugendcliquen. Für die Betreuung und Beratung von Ausstiegswilligen bestehen in NRW neben dem von der Landesregierung im Jahr 2001 aufgelegten Programm ***HelpLine – Aktiv gegen Rechts*** die beim Jugendamt der Stadt Witten angesiedelte AussteigerInnenberatung ***Ausstieg statt Einstieg*** sowie die Initiative ***Neue Wege in Ausbildung und Arbeit*** (NinA), die vor allem in der Emscher-Lippe-Region als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht. Eltern von Jugendlichen, die in die rechte Szene abzurutschen drohen oder dort bereits aktiv sind, finden Unterstützung beim Netzwerk ***Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher in NRW,*** das von IDA-NRW koordiniert wird.

Seit Ende 2011 wurden zudem im Rheinland und in Westfalen zwei Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt geschaffen. Ähnliche Einrichtungen existieren in Ostdeutschland bereits seit rund zehn Jahren. Die zahlreichen gewalttätigen Übergriffe von Neonazis Q6 haben jedoch deutlich gemacht, dass

Q6 vgl. den Beitrag von Lilian Muscutt und Tomas Sager in dieser Broschüre

deren Opfer auch in NRW spezifische Beratungsangebote dringlich benötigen. Die Opferberatungsteams sind ebenfalls mobil. Im Gegensatz zur gemeinwesensorientierten Arbeit der Mobilen Beratungsteams treten sie aber eindeutig parteinehmend auf. Sie begleiten BeratungsnehmerInnen zu Polizei oder anderen Behörden und vermitteln juristische Unterstützung. Sie organisieren, wenn notwendig, ärztliche und psychotherapeutische Hilfe. Zudem versuchen die Opferberatungsteams durch Öffentlichkeitsarbeit den gesellschaftlichen Diskurs zu „Rechtsextremismus und rechtsmotivierter Gewalt um die Perspektive der Betroffenen zu erweitern." Q7

Die inhaltliche und organisatorische Trennung der gemeinwesensorientierten Mobilen Beratung von den genannten betreuungsintensiven individuellen Beratungsangeboten erscheint aus verschiedenen Gründen sinnvoll. Gleichwohl ist in der Praxis festzustellen, dass sich die unterschiedlichen Ansätze produktiv ergänzen. So können etwa AussteigerInneninitiativen die Kenntnisse der Mobilen Beratung über rechtsextreme Strukturen in einem bestimmten Sozialraum nutzen, um einzuschätzen, welchen möglichen Anfeindungen, aber auch nach wie vor bestehenden szeneimmanenten sozialen Bindekräften potentiell Ausstiegswillige ausgesetzt sind. In ähnlicher Weise greifen die Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt auf die Expertisen der MB zurück. Neben diesen spezifischen fachlichen Kompetenzen erfüllen wir durch unsere Kenntnisse der Sozialräume oftmals auch die Funktion, Netzwerke zwischen den dort bestehenden unterschiedlichen, nicht nur auf das Themenfeld Rechtsextremismus bezogenen Beratungseinrichtungen zu knüpfen.

Mobile Beratung in NRW – Zwischenbilanz und Perspektiven

Seit Ende 2008 hat sich die Mobile Beratung in NRW als wichtige Akteurin in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus etabliert. Dabei konnten wir zum einen an die hier bereits bestehenden Netzwerke, Initiativen und Einrichtungen anknüpfen, die teilweise schon seit Jahren erfolgreiche und gute Arbeit in diesem Bereich leisten. Zum anderen orientierten wir uns an den Konzepten und Erfahrungen der Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland, die sich freilich nicht immer deckungsgleich auf die Verhältnisse und die spezifischen Herausforderungen in NRW übertragen ließen. Um nur einen Aspekt zu nennen: Sollten die Mobilen Beratungsteams in den neuen Ländern dazu beitragen, eine in manchen Regionen nur schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft zu stärken, haben wir es in NRW mit einem anderen Problem zu tun. Im bevölkerungsreichsten Bundesland existieren nämlich durchaus vielfältige zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich in einem ausgeprägten Vereinswesen ebenso spiegeln wie in kirchlichen oder gewerkschaftlichen Netzwerken. An vielen Orten beobachten wir allerdings eine Verkrustung dieser Strukturen, die in normativer Hinsicht kaum mehr durch Gemeinsinn, Solidarität und Kooperationsbereitschaft gekennzeichnet, sondern vielmehr in über lange Zeiträume entstandenen Routinen erstarrt sind. Eine auf breiter Ebene geführte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus wird dadurch oftmals erheblich erschwert. Demnach bestand ein wesentliches Arbeitsfeld Mobiler Beratung in NRW in den vergangenen drei Jahren nicht nur in der kurzfristigen ‚Krisenintervention' im Falle extrem rechter Aktivitäten, sondern auch in langfristig angelegten Bemühungen, demokratische Kulturen und Partizipationsstrukturen vor Ort wiederzubeleben und zu fördern. In diesem Kontext haben wir eine vielschichtige und ausdifferenzierte Angebotspalette entwickelt Q8.

Q7 vgl. Selbstdarstellung der Beratungsstelle Opferperspektive Potsdam, online unter http://www.opferperspektive.de/Beratung/1067.html

Q8 vgl. Trube 2009: S. 3ff.

Sie umfasst:

- *Aufbereitung von Informationen über die extreme Rechte und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gegenstrategien*
- *Bereitstellung von vielfältigem Informationsmaterial*
- *Erstellung von spezifischen Analysen und Arbeitsmaterialien*
- *Durchführung von Projekttagen, Workshops und Informationsveranstaltungen mit verschiedenen Zielgruppen und MultiplikatorInnen*
- *Vermittlung von AnsprechpartnerInnen im Bereich der Eltern- und Opferberatung*
- *Vermittlung von Informationen und KontaktpartnerInnen zum pädagogischen Umgang mit extrem rechten Jugendlichen*
- *Ermöglichung von fach-/regionalüberschreitendem Erfahrungsaustausch*
- *Hilfe bei der Gründung, (Re-)Aktivierung und Verstetigung lokaler Netzwerkarbeit*
- *Moderation und Vermittlung bei konfliktbehafteten Situationen vor Ort*
- *Unterstützung bei konkreten Interventionen vor Ort, beispielsweise anlässlich von Gegenaktivitäten zu Veranstaltungen der extremen Rechten*
- *Entwicklung langfristig tragfähiger Strukturen und Strategien zu Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und der extremen Rechten vor Ort.*

Wie die hier kurz umrissenen Arbeitsfelder und Angebote der Mobilen Beratung in der Praxis mit Leben gefüllt werden, zeigen die folgenden Beispielfälle aus den unterschiedlichen Regionen Nordrhein-Westfalens.

Die Arbeit Mobiler Beratungsteams in Ost- und Westdeutschland fußt auf gemeinsam erarbeiteten Grundsätzen und Qualitätsstandards, die in den folgenden grundlegenden Texten beschrieben sind:

MBR Berlin/MBT Sachsen (Hg.) (2004): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen – Analysen – Beispiele, Berlin.

In einer ersten Broschüre mit Fallbeispielen aus der konkreten Beratungsarbeit haben die ***Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin*** und das ***Mobile Beratungsteam des Kulturbüros Sachsen*** ein umfassendes „Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur" vorgelegt.

Koordination Mobile Beratung in Ostdeutschland (Hg.) (2005): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus. Ein Profil der Arbeit Mobiler Beratungsteams in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen, Berlin.

Im Jahr 2005 haben die in Ostdeutschland tätigen Beratungsteams gemeinsam das Profil ihrer Arbeit umfangreich beschrieben und gehen dabei auf die Ziele, Angebote und Zielgruppen, aber auch auf Methoden, Arbeitsweisen und notwendige Rahmenbedingungen sowie die Evaluation ihrer Arbeit ein. Bis heute ist diese Beschreibung auch für die Teams handlungsleitend, die ihre Arbeit später begonnen haben.

„MBT 2.0 – Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie langfristig sichern" (2009).

Im Jahr 2009 wurde in Zusammenarbeit der etablierten ostdeutschen Beratungsteams und der im Aufbau befindlichen westdeutschen Strukturen ein Positionspapier erarbeitet und im Konsens verabschiedet, das neben der Festschreibung von Standards für die Arbeit auch gemeinsame politische Forderungen nach langfristiger Perspektive sowie Unterstützung und Weiterentwicklung der Qualität der Beratungsarbeit stellt.

Trube, Michael (2009): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Ein Zwischenbericht

Ebenfalls 2009 legte die ***Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus*** in Köln als Trägerin eines Mobilen Beratungsteams eine Zwischenbilanz für die Arbeit in Nordrhein-Westfalen vor. Neben Einblicken in die praktische Beratungsarbeit in NRW und vor allem im Regierungsbezirk Köln werden hier erstmals die in Ostdeutschland erarbeiteten und im Ost-West-Kontext weiterentwickelten Arbeitsweisen und Standards für NRW spezifiziert.

„Rahmenpapier zu Professionalität und Qualitätsstandards für die Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus zur Stärkung demokratischer Kultur" (2010).

In Kooperation von Arbeits-, Leitungs- und Steuerungsebene haben MitarbeiterInnen von Beratungsteams, Trägern und Landes- sowie Bundesministerien 2010 im Rahmen des Bundesprogramms ***„kompetent. für Demokratie"*** „Qualitätsstandards für die Mobile Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus zur Stärkung demokratischer Kultur" erarbeitet, die auch einige der Forderungen der Mobilen Beratungsteams aufgreifen.

Alle Texte sind online abrufbar unter www.mobile-beratung-nrw.de.

Von der Krisenintervention zur nachhaltigen Auseinandersetzung.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Radevormwald

Hendrik Puls & Hans-Peter Killguss

Neun Monate sind seit dem Angriff einer Gruppe Neonazis vergangen, aber Amin Maalouf F1 ist noch immer fassungslos. Seit über 20 Jahren betreibt er mit seiner Frau einen Kiosk am Eingang des Örtchens Dahlhausen, einem etwas abseits an der Wupper gelegenen Vorort von Radevormwald im Oberbergischen Kreis. Nie zuvor war er einer solchen Attacke ausgesetzt gewesen wie in der Nacht des 28. Februars 2011. Zuerst versuchten zwei Personen in den Kiosk einzudringen und beschädigten dabei die Eingangstür. Auf den Scheiben brachten sie Aufkleber mit der Parole „Rader Jugend gegen Multi-Kulti!!!" an. Als der 44-jährige Kioskbesitzer und sein Sohn, aufgeschreckt durch den Lärm, den beiden Tätern mit dem Auto nachsetzen wollten, gerieten sie in einen Hinterhalt: Zehn vermummte und mit Knüppeln bewaffnete Neonazis griffen die beiden Radevormwalder an und verletzten sie. Sie konnten sich schließlich in ihr Auto retten, das Fahrzeug aber wurde weiter traktiert. Als die herbeigerufene Polizei eintraf, hatten die Neonazis die Zufahrtsstraße zu dem Gelände einer ehemaligen Tuchfabrik verbarrikadiert. Nur wenige mutmaßliche Täter konnten ermittelt werden.

Problemanzeige und Unterstützungsangebot

Der brutale Überfall hatte die Radevormwalder Öffentlichkeit aufgeschreckt. Vor allem die Mitglieder des ***Runden Tisches gegen Rechts***, der sich 2007 als parteiübergreifender offener Arbeitskreis verschiedener engagierter BürgerInnen gegründet hatte, machten den rassistisch motivierten Angriff bekannt und forderten Solidarität mit den Betroffenen ein. In der Kritik stand anfangs die Polizei. Diese sei bereits eine Stunde vor der Gewalttat alarmiert worden, da sich die AnwohnerInnen durch lärmend feiernde Neonazis belästigt fühlten, habe aber keinen akuten Handlungsbedarf gesehen. In den Gesprächen mit den Mitarbeitern der ***Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln*** (MBR Köln), die vom ***Runden Tisch*** um Unterstützung gebeten worden war, wurde deutlich, dass die rechte Gewalttat in diesem Ausmaß für die örtlichen Verhältnisse ein Novum darstellte, es aber schon seit einiger Zeit große Probleme mit rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen gab. Einige hatten als ihren Treffpunkt das Gelände einer ehemaligen Tuchfabrik an der Wupper gewählt, weil der verantwortliche Hausmeister ihr Treiben tolerierte. In der Diskussion um das weitere Vorgehen wurde als erstes Ziel benannt, den rechten Treffpunkt aufzulösen und die Polizei für die Problematik zu sensibilisieren. Gespräche mit dem zuständigen Bezirksbeamten brachten hier erste Erfolge.

Dabei konnte es jedoch nicht bleiben. Ein gemeinsames strategisches Handeln bedarf der Einbindung von AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik. Im Gegensatz zu anderen Regionen, wo die Reaktionsmuster auf rassistische Übergriffe oder die Präsenz neonazistischer Szenen von Indifferenz, Ignoranz oder Apathie bestimmt sind, gibt es in Radevormwald eine große Handlungsbereitschaft. Die politische Öffentlichkeit setzte mit einer Resolution des Rates, die im März 2011 als Reaktion auf die Vorfälle verabschiedet wurde, ein wichtiges Zeichen. In der von Bürgermeister Dr. Korsten verfassten Erklärung heißt es unter anderem: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in unserer Stadt offensichtlich Personen aktiv sind, die nicht nur rechtsextrem denken, sondern auch bereit sind, auf dem Hintergrund ihrer Ideologie gewalttätig zu handeln. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten diesen Leuten und ihrer menschenverachtenden

F1 Name geändert.

Weltanschauung entgegen stellen." Zukünftig solle dem Problem aktiver begegnet werden. „Wir stehen für Werte ein, die in diametralem Gegensatz zur ‚braunen Ideologie' der Rechtsextremisten stehen. Wir stehen für Demokratie, Meinungsfreiheit, Toleranz und Menschenwürde. Und für diese Überzeugungen werden wir in unserer politischen Arbeit zukünftig noch stärker eintreten – innerhalb und außerhalb des Stadtrates." Die Erklärung wurde von allen Mitgliedern des Stadtrates getragen – nur die Fraktion der extrem rechten ***Bürgerbewegung pro NRW*** stimmte dagegen. Zugleich beauftragte der Rat die Stadtverwaltung offiziell „mit der ‚Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln' Kontakt aufzunehmen und mit dieser zu erörtern, welche von dieser angebotenen Maßnahmen für die Stadt Radevormwald sinnvoll nutzbar wären". Fortan beriet die MBR Köln, die an die ***Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus*** (ibs) angegliedert und damit Teil des ***NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln*** ist, die Stadtverwaltung, vor allem den Bürgermeister, sowie das Jugend- und das Ordnungsamt. Darüber hinaus wurden mit vielen weiteren PartnerInnen vor Ort Handlungsmöglichkeiten ausgelotet, die in eine Gesamtstrategie eingebunden werden sollten.

Am Anfang allerdings standen Dokumentation und Recherche als unabdingbarer Bestandteil eines Beratungsprozesses. Denn nur bei genauer Kenntnis der lokalen Gegebenheiten und Zusammenhänge können situationsbezogene Präventions- und Interventionskonzepte entwickelt werden Q1.

Problemanalyse: Die extrem rechte Szene in Radevormwald

Seit 2009 ist die Bürgerbewegung ***pro NRW*** in Fraktionsstärke (zwei Mandate) im Stadtrat von Radevormwald (kurz: Rade) vertreten. Nach einem wahrnehmbaren Kommunalwahlkampf, der auch eine Kundgebung auf dem Marktplatz beinhaltete, erzielte die extrem rechte Partei ein im landesweiten Vergleich überdurchschnittliches Ergebnis von 5,1 Prozent. Fraktionsvorsitzender ist der 22-jährige Tobias Ronsdorf, dem es gelang, auch einige Gleichaltrige für ***pro NRW*** zu begeistern. So verfügt seine Partei über einen aktiven Ableger für Jugendliche, die ***pro Jugend Bergisches Land***, die ein gewachsenes und mobilisierbares Umfeld darstellt – eine Ausnahmeerscheinung in NRW.

Daneben gab es in den letzten Jahren immer wieder Schmierereien von NS-Symbolen oder extrem rechten Parolen. Seit Beginn des Jahres 2011 ist allerdings eine deutliche Zunahme neonazistischer Aktivitäten festzustellen. Die im Zusammenhang mit dem Angriff auf den Dahlhausener Kioskbesitzer verklebten Aufkleber wurden von einer Gruppe namens „Bergische Jugend" verantwortet. Zuvor waren bereits Graffitis mit den Gruppennamen ***„NS Rade"*** oder ***„Anti-Antifa Rade"*** aufgetaucht, so zum Beispiel Anfang Januar an der Moschee in der Nachbarstadt Wipperfürth. Seit April 2011 nennt sich die Gruppe ***Freundeskreis Radevormwald*** und verfügt mittlerweile über einen eigenen Internetauftritt – Ausdruck eines wachsenden Organisationsgrades, der auch mit einer zunehmenden Ideologisierung einhergeht. Aus rechtsorientierten Cliquen ist eine neonazistische Kameradschaft entstanden, die immer stärker in die landesweiten Netzwerke des Neonazismus eingebunden ist. Besonders deutlich wurde das am 14. Mai 2011: In weniger als 15 Stunden gelang es dem ***Freundeskreis Radevormwald*** rund 45 Neonazis zu einer spontanen Kundgebung auf dem Rader Markplatz zu versammeln. Unter den Anwesenden befanden sich führende Kader aus Hamm, Düsseldorf und Wuppertal. Besonders zur Szene um die ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** bestehen aufgrund der geografischen Nähe enge Kontakte. Zugleich orientieren sich die Radevormwalder zunehmend in Richtung ***AG Rheinland*** (AGR), einer Art regionalen Koordinationsstruktur der Freien Kameradschaften. Der ***Freundeskreis*** macht aus seinen Zielen kein Geheimnis. Als Losung gibt er aus: „Unser Ziel ist die Volksgemeinschaft". Am 21. April 2011 veröffentlichte man auf der Internetseite einen Geburtstagsgruß an Adolf Hitler. Auf dem Kopf der Internetseite sind seit einiger Zeit Vermummte vor einem Graffiti zu sehen und der Spruch „Werden die Zeiten härter, gehen wir in den Untergrund" zu lesen – auch nachdem die Mordserie des ***Nationalsozialistischen Untergrunds*** intensive Diskussionen über die Gefahr des Rechtsterrorismus in Deutschland ausgelöst hatten, blieb der Slogan im Netz. Auf einem weiteren Foto werden Schlagstöcke gezückt.

Doch es bleibt nicht bei der virtuellen Inszenierung: Neben dem Angriff auf den Kioskbesitzer waren Personen aus dem Umfeld des ***Freundeskreises*** im Jahr 2011 in eine Reihe brutaler Gewalttaten verwickelt. Am 20. April (!) wurden aus einer Gruppe, die am Ufer der Wupper feierte, drei vorbeikommende Jugendliche attackiert, bei denen es sich in den Augen der AngreiferInnen um „Linke" handelte. Wenige Tage später, am frühen Morgen des 1. Mai, verletzten Neonazis am Rande eines Festes einen 18-jährigen Radevormwalder mit türkischem Migrationshintergrund. Dabei wurden rassistische Beleidigungen und Nazi-Parolen gerufen. Im Juli und August wurden eine Moschee in Radevormwald beschädigt und Hakenkreuze an das Amtsgericht Wipperfürth gesprüht. Die Tatverdächtigen stammen zum großen Teil aus Rade selbst, einige wohnen auch in benachbarten Stadtteilen von Wuppertal oder im angrenzenden Remscheid.

Die neonazistische Szene in Radevormwald, die aus einem harten Kern von etwa 15 Personen und einem größeren sympathisierenden Umfeld besteht, agiert mit wachsendem Selbstbewusstsein. Besonders in den abseits des Stadtkerns gelegenen Wupperorten wähnt man sich in einer Position der Stärke. Tatsächlich sind viele nicht-rechte Jugendliche verunsichert, es fehlt an geschützten Räumen.

Obwohl der ***Freundeskreis Radevormwald*** als gewaltbereite neonazistische Kameradschaft bezeichnet werden kann, gibt es keine in diesem Spektrum sonst üblichen Abgrenzungsversuche zu den als „populistische System-Kasper" verhöhnten ***pro NRW***-Mitgliedern. In Radevormwald tauchen AktivistInnen, die noch vor wenigen Jahren unter dem Label der ***pro Jugend Bergisches Land*** auftraten, nun im Umfeld des Freundeskreises auf und beteiligen sich an überregionalen Neonaziaufmärschen. Zugleich nehmen einige dieser jungen Erwachsenen weiterhin an ***pro NRW***-Veranstaltungen teil oder sind sogar als Vertreter der rechtspopulistischen Partei in Ausschüssen des Stadtrates vertreten.

Q1 Kulturbüro 2008: S. 5

Beratung der Stadtverwaltung

Seit der „Gründung“ des ***Freundeskreis Radevormwald*** kam es auch zu einer Häufung von Propagandadelikten in Form von Graffitis, Aufklebern und von der Gruppe selbst gestalteter Plakate. Das Ordnungsamt der Stadt bemüht sich um eine zeitnahe Entfernung. So soll zum einen ein Werbeeffekt vermindert werden, zum anderen ist durch die schnelle Reaktion eine Signalwirkung an die VerursacherInnen intendiert. Es soll deutlich werden, dass sich die Mühe nächtlicher Sachbeschädigungen nicht lohnt.

Obgleich Rechtsextremismus auch in Radevormwald kein ausschließliches Jugendproblem ist, wurde aufgrund der drängendsten Problemlage (Neonazi-Gruppe übt Einfluss auf anderen Jugendliche aus) im Beratungsverlauf mit der Stadtverwaltung ein besonderer Fokus auf diejenigen Institutionen gelegt, die mit Jugendlichen arbeiten: Schulen, Jugendamt und Jugendsozialarbeit sowie Vereine mit Jugendarbeit.

Der Bürgermeister betätigte sich als „Türöffner“ zu den weiterführenden Schulen, die sich im Rahmen von LehrerInnenkonferenzen oder öffentlichen Vorträgen verstärkt mit dem Thema auseinanderzusetzen begannen. Alle Schulen wollen im Laufe des Jahres 2012 eigene Aktivitäten entwickeln. Der ***Freundeskreis Radevormwald*** reagierte auf die Initiativen der Schulen mit deutlicher Gewaltandrohung: Auf Plakaten, die bei Nacht am Schulzentrum geklebt wurden, wurde beispielsweise das Porträt eines Schulleiters in einem Fadenkreuz unter dem Schriftzug „Wanted“ abgebildet. Fast zeitgleich berichteten die Internetseiten des ***Freundeskreises*** und von ***pro NRW Radevormwald*** über die angebliche „linksextreme Indoktrination“ durch die MBR. Solche Aktionen ließen im Beratungsprozess nochmals den Sicherheitsaspekt hervortreten.

Es gibt keinen Ansatz, der für sich allein in Anspruch nehmen könnte, demokratiefördernd gewirkt zu haben; entscheidend sind vielmehr die Entwicklungen und die Lern- und Entscheidungsprozesse sozialer Systeme (wie dem Gemeinwesen Radevormwald als Ganzes), die durch Methoden gestützt werden können Q2. Bei den LehrerInnen und den hauptamtlichen MitarbeiterInnen des Jugendamtes ging es vornehmlich um den Transfer von Fachwissen über Strukturen und Inhalte der örtlichen rechten Szene. Zugleich sollte eine Sensibilisierung und eine Erweiterung der Handlungskompetenzen der AkteurInnen erreicht werden. Mit Jugendspielern eines örtlichen Fußballvereins wurde eine Präventionsveranstaltung mit interaktiven fußballbezogenen Zugängen durchgeführt. Der Kinder- und Jugendring suchte Unterstützung bei der Konzipierung einer Jugendveranstaltung und Hilfestellung im Umgang mit befürchteten Störungen durch die extreme Rechte. Handlungskonzepte, die den rechten Jugendcliquen keine Räume bei öffentlichen Festveranstaltungen gewähren und so weitere Gewalttaten wie im Mai zu verhindern helfen, standen im Mittelpunkt weiterer Beratungen mit dem Jugendamt sowie privater VeranstalterInnen.

Q2 Postel 2010: S. 15

Stadtteilbezogene Maßnahmen und zivilgesellschaftliches Engagement

Ein zweiter Fokus möglicher Gegenmaßnahmen wurde auf die an der Wupper gelegenen Vororte gelegt, wo einige Szenemitglieder wohnen und daher eine Häufung neonazistischer Aktivitäten zu verzeichnen ist. Die idyllisch gelegenen Ortschaften sind zugleich infrastrukturell benachteiligt. Für Jugendliche existierten kaum Freizeitangebote, zumal der Offene Jugendtreff seit 2010 wegen Personalmangel nicht oder nur unzureichend geöffnet hatte. Die Stadt stellte zum August 2011 eine neue Sozialarbeiterin an. Seit Beginn des Schuljahres hat der Treff wieder regelmäßig geöffnet und wird von den örtlichen Jugendlichen gut angenommen. Die MBR beriet die neue Mitarbeiterin bei der Konzeption des Treffs. Vor allem sollte so verhindert werden, dass rechte Cliquen den Jugendtreff (unbemerkt) nutzen und so ein Raum, in dem sich nicht-rechte Jugendliche entfalten können, wieder zerstört wird.

In Zusammenarbeit mit dem Jugendtreff und dem Familienzentrum Wupper wurde zudem eine Informationsveranstaltung konzipiert, die sich an die BewohnerInnen der Wupperorte richtet. Die Mobile Beratung arbeitet hier mit dem Netzwerk ***Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher in NRW***, ein Projekt des ***Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen*** (IDA-NRW), zusammen, um den besonderen Beratungsbedarf von Eltern zu berücksichtigen, deren Kinder sich in der extrem rechten Szene bewegen.

Der zweite wichtige Beratungsnehmer in Rade ist die zivilgesellschaftliche Initiative ***Runder Tisch gegen Rechts***. Im Vorstand der sich mittlerweile als Verein konsolidierten Bürgerinitiative arbeiten auch Mitglieder von CDU, den ***Grünen*** und der Partei ***Die Linke*** zusammen. Der Verein dokumentiert extrem rechte Vorfälle, versucht diese zur Anzeige zu bringen und informiert mittels Pressemitteilungen und Veranstaltungen die Öffentlichkeit über das Problem. Der ***Runde Tisch*** organisiert niedrigschwellige Aktionen, die sich gegen die Aktivitäten der extremen Rechten vor Ort richten. So wurde Anfang März 2011 eine Mahnwache vor dem Kiosk in Dahlhausen initiiert, um sich solidarisch mit den Opfern zu zeigen. Im November trafen sich die Mitglieder des Runden Tisches auf dem Marktplatz um die Innenstadt im Rahmen einer „Picobello“-Aktion von extrem rechter Propaganda zu reinigen. Nicht nur das Interesse der Medien war groß: Auch die Neonazis hatte ihr Kommen angekündigt. Zwar gab es keine körperlichen Auseinandersetzungen, die Drohkulisse, die von einer größeren Gruppe von SympathisantInnen der Kameradschaft ausging war jedoch deutlich. Zwei Tage später veröffentlichten sie zusätzlich Fotos der engagierten BürgerInnen und beschimpften diese als „Demenz erkranktes Gutmenschenpack“.

Fazit und Ausblick

Sich von diesen Einschüchterungsversuchen der extremen Rechten nicht entmutigen zu lassen, ist eine der größten Herausforderungen in Radevormwald. Dies gelingt dann, wenn die begonnene lokale Vernetzung ein stabiles System zur gegenseitigen Unterstützung auf der Basis respektvollen Miteinanders darstellt. Wer die sofortige Unterbindung extrem rechter Aktivitäten als unmittelbares Ergebnis erwartet, missversteht oder überfordert die Mobile Beratung. Dabei wurde schon vieles in gemeinsamer Arbeit erreicht: Die Wahrnehmung extrem rechter Erscheinungsformen und die Sensibilität für deren Gefahren ist gestiegen. Das Thema ist in der öffentlichen Diskussion präsent. Es gibt Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung; die AkteurInnen haben an Kompetenz gewonnen und entwickeln Maßnahmen und Aktivitäten.

Aus einer krisenbedingten Intervention entwickelte sich im Laufe des Jahres 2011 ein langfristig angelegter Beratungsprozess. Dessen Verlauf ist nach wie vor offen. Die Basis für eine nachhaltige Veränderung ist jedoch gegeben.

Quellen

Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2008): Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, Dresden, S. 5.

Postel, Frauke (2010): Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilen Beratungsteams, in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hg.): Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam, S. 15.

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln

Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln // Hans-Peter Killguss und Hendrik Puls // Appellhofplatz 23-25 // 50667 Köln // 0221-221-27162 // ibs@stadt-koeln.de // www.mbr-koeln.de

ibs
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Netzwerke und breite Bündnisse

Stadtteilarbeit gegen rechtsextreme Gruppen in Wuppertal

Marat Trusov & Nina Bramkamp

Das Thema Rechtsextremismus betrifft nicht nur engagierte AntifaschistInnen oder Opfer und ZeugInnen rechter Gewalt, die in sehr direkter Weise mit der Problematik konfrontiert sind, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen, alle BürgerInnen einer Stadt. Dies zeigt sich spätestens dann, wenn rechte Gruppen sich bereits aktiv in einer Kommune präsentieren, ganze Stadtteile zu dominieren versuchen und so das Leben für die BewohnerInnen des Quartiers negativ beeinflussen.

Bei eingehender Betrachtung der bundesweiten Entwicklung der rechten Szene ist schnell erkennbar, dass sich nicht nur die Argumentationsstrategien und das optische Erscheinungsbild von RechtsextremistInnen verändert haben, sondern auch ihre Aktionsformen: Die bewusste ‚Besetzung' von Stadtteilen durch verstärkte Präsenz im öffentlichen Raum wird als effektives Mittel genutzt, um Drohszenarien aufzubauen. In Städten wie Dortmund, Aachen und Wuppertal ist dies bereits Realität.

Am Beispiel der Stadt Wuppertal lassen sich Entstehung und Entwicklung solcher Dominanzbestrebungen der rechten Szene mit Blick auf die dort aktiven ‚Autonomen Nationalisten' deutlich machen. Die Gruppe entstand Mitte 2008 und umfasste zunächst weniger als zehn Personen, die primär im Wuppertaler Stadtteil Vohwinkel aktiv waren. Innerhalb von drei Jahren entwickelten sich die ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** dann zu einer der aktivsten Neonazi-Gruppierungen in ganz NRW.

Betrachtet man alle Faktoren, die Einfluss auf diese Entwicklung genommen haben, so ist insbesondere die Frage interessant, welche Aktivitäten und Maßnahmen ergriffen wurden, um dem Neonazi-Problem in Wuppertal entgegen zu wirken und wodurch diese Aktivitäten erschwert wurden.

Wer sind die „Nationalen Sozialisten Wuppertal"?

Bei der Frage nach der Entstehung und der zeitweise starken Präsenz der ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** im Stadtteil Vohwinkel reicht es nicht aus, nur die Gruppe an sich zu betrachten, vielmehr muss auch das Verhalten der Zivilgesellschaft, der Lokal- und Kommunalpolitik, der städtischen Verwaltung und der Polizei in den Blick genommen werden, da die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen den Prozess stark beeinflusst haben.

Erstmals aufgefallen ist die Vohwinkeler Neonazi-Gruppe Mitte des Jahres 2008. Damals machte die Clique durch rechtsgerichtete Parolen und Sprüche auf sich aufmerksam und vertrieb an verschiedenen Stellen im Stadtteil immer wieder Jugendliche und Kinder von Spielplätzen oder aus anderen öffentlichen Bereichen.

Seit 2009 positioniert sich die Gruppe deutlich offensiver nach außen. Es gibt eine intensive Vernetzung mit benachbarten und einflussreichen Gruppierungen anderer aktiver ‚Autonomer Nationalisten' sowie mit radikalen NPD-Mitgliedern. Die NPD ist im Wuppertaler Stadtrat mit einem Sitz vertreten. Die ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** betreiben seit Mitte 2009 eine eigene Internetseite. Einige der dort veröffentlichten Beiträge erscheinen auch auf der Internet-Plattform der ***Aktionsgruppe Rheinland***, einem überregionalen Zusammenschluss rechtsextremer Gruppierungen, dem auch die Wuppertaler Neonazis angehören. Zudem arbeiten AktivistInnen aus Wuppertal für die Nazi-Internetplattform ***medinet/west***, auf der sie beispielsweise Videoclips oder Fotodokumentationen von Demonstrationen und Kundgebungen veröffentlichen.

Auch häufen sich seit 2009 immer gewalttätiger werdende Übergriffe auf antifaschistische AkteurInnen und Menschen mit Migrationshintergrund. So werden Menschen auf der Straße bedroht und beleidigt. Es kam sogar zu schweren Übergriffen unter Einsatz von Pfefferspray oder Schlagstöcken. Die Zahl der aktiven Mitglieder der ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** ist seither stetig gestiegen: Die Gruppe findet ihre AnhängerInnen im persönlichen und familiären Umfeld, an Schulen und anderen Treffpunkten sowie im Internet. Durch ihre wachsenden Aktivitäten und die offensive öffentliche Präsenz gewannen die ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** im Laufe der Zeit immer mehr an Gewicht und Rückhalt innerhalb der regionalen Neonazi-Szene. Sie werden von etablierten Neonazis aus der Region unterstützt und engagieren sich bundesweit bei Demonstrationen. Wuppertal ist dadurch für Personen aus dem rechten Spektrum attraktiv geworden. Neonazis aus anderen Regionen NRWs verlagern ihre Aktivitäten in die Stadt oder ziehen sogar dorthin.

Ende 2010 spitzte sich die Situation erstmalig so zu, dass auch die breite Öffentlichkeit die ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** wahrnahm: Durch intensive Unterstützung bei der Organisation und Durchführung einer Neonazi-Demonstration in der Wuppertaler Nachbarstadt Velbert am 30. Oktober 2010 profilierte sich die Gruppe als wichtige Akteurin in der Szene. Dies zeigte sich auch am 29. Januar 2011: Seinerzeit meldete der Kölner Neonazi Axel Reitz in Wuppertal eine rechte Demonstration mit dem Motto „Gegen Antifaschismus und linke Gewalt! – Weg mit dem Autonomen Zentrum!" an. Die Organisation vor Ort sowie die Bewerbung und die Durchführung des Aufmarsches wurde in erster Linie von den ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** übernommen.

Ein weiterer Vorfall, der öffentliche Wahrnehmung fand, war der Überfall auf Wuppertals größtes Kino ***Cinemaxx*** am 30. November 2010. Grund war die Vorführung eines Aufklärungsfilms über Rechtsextremismus des ***Medienprojekts Wuppertal***. Die KinobesucherInnen wurden mit Pfefferspray attackiert und die Glasaußenfront des Kinos mit Steinen beworfen. Die im Anschluss von der Polizei festgenommenen Personen kamen aus Wuppertal, Essen, dem Kölner Raum und Koblenz. Diese geografische Verteilung zeigt die intensive überregionale Vernetzung der Gruppe, der Ablauf des ‚***Cinemaxx***-Angriffes' das Ausmaß ihrer klaren Gewaltbereitschaft.

Durch die enorme Zuspitzung der Lage wuchs jedoch im Laufe der Zeit das Bewusstsein in der Bevölkerung und in den Medien für das Problem Rechtsextremismus im Stadtteil Vohwinkel.

Werden Probleme nicht ernst genommen, verschärft sich die Situation

Das immer offenere und brutalere Auftreten der ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** im Stadtteil Vohwinkel ist nicht unwesentlich der Tatsache geschuldet, dass das Problem lange Zeit nicht ernst genommen wurde. Bei ersten Gesprächen im Jahr 2008 zeigte sich, dass sowohl Polizei als auch Jugendamt und Bezirkssozialdienste die Neonazis unterschätzten und deren Aktionen lediglich als Provokationen ohne nennenswerten politischen Hintergrund deuteten. Trotz merklich wachsenden Organisationsgrades der Gruppe und Warnungen von Jugendeinrichtungen, politisch engagierten Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gab es seitens der Polizei kein konsequentes Vorgehen gegen die Aktivitäten der ***Nationalen Sozialisten Wuppertal***. Folge war die Zunahme von Übergriffen und deren steigende Brutalität. Die Angst der Bevölkerung im Stadtteil Vohwinkel wuchs.

In der öffentlichen Diskussion wurde das Vohwinkler Neonaziproblem in eine allgemein gehaltene Debatte über ‚Extremismus' Q1 eingebettet. Es handle sich hier lediglich um Auseinandersetzungen zwischen politischen GegnerInnen unterschiedlicher extremistischer Lager, so der Tenor von Presse, Polizei und Teilen der Politik. Die rechtsextremen Gewalttaten wurden auf diese Weise relativiert, die Gefahr

Q1 vgl. „Ab durch die Mitte" von Anne Broden in dieser Broschüre

verkannt. Dies gipfelte in der öffentlichen Aussage eines Beamten der Vohwinkeler Polizeiwache: Im Stadtteil gebe es kein Problem mit RechtsextremistInnen – wohl aber mit Linken. Die Relativierung beziehungsweise Negierung der Sachlage erwies sich als unverantwortliche Fehleinschätzung und verhinderte ein frühzeitiges Handeln gegen die Entwicklung und Verfestigung der rechtsextremen Strukturen. Die Diskussion um Extremismus bremste ganz eindeutig die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich in das bereits bestehende Engagement antifaschistischer AkteurInnen einzuklinken und so ein breites Bündnis gegen Rechts auf die Beine zu stellen. Viele BürgerInnen befürchteten wohl, durch Protest und Aktivitäten gegen Neonazis selbst in die Nähe vermeintlicher ‚LinksextremistInnen' gerückt zu werden.

Die Angst geht um…

Die Verschärfung der Situation in Wuppertal und die Beeinträchtigung des Alltags im Stadtteil Vohwinkel durch Neonazis wirkt sich auf verschiedenen Ebenen aus: Deren dominante Präsenz im öffentlichen Raum, Gewalttaten und Propaganda versetzten Teile der Vohwinkler Bevölkerung zunehmend in einen Zustand massiver Verunsicherung. Wer sich öffentlich gegen Rechtsextremismus positionierte, lief im Zweifelsfall Gefahr, zu dessen Zielscheibe zu werden. Die Angst ging mitunter so weit, dass Opfer und ZeugInnen rechtsextremer Gewalttaten sich nicht trauten, Strafanzeigen zu stellen. Mütter, vor allem solche mit Migrationshintergrund, hatten Angst um ihre Kinder und wollten sie nicht mehr unbeaufsichtigt in die Schule oder auf Spielplätze gehen lassen. Es gab bereits Forderungen von Familien an Jugendeinrichtungen, die Aufsicht auf den Spielplätzen zu verstärken. Eine Familie sah sich sogar gezwungen umzuziehen, da sie wegen ihres Engagements gegen Rechts von Mitgliedern der ***Nationalen Sozialisten Wuppertal*** massiv bedroht wurde.

Durch die enorme Zuspitzung der Lage wuchs jedoch im Laufe der Zeit das Bewusstsein in der Bevölkerung für das Problem Rechtsextremismus im Stadtteil Vohwinkel. Die Zahl der Berichterstattungen in lokalen und überregionalen Medien nahm zu und das Engagement in größer werdenden Teilen der Bevölkerung nahm zu.

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Stadtteil

Erste aufklärende Gegenaktivitäten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Auftauchen neonazistischer Gruppierungen in Wuppertal-Vohwinkel standen, gab es bereits 2009. Seit der Entstehung der rechten Szene in Wuppertal beobachtet unter anderem die ***Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz*** deren Entwicklung und unterstützt verschiedene AkteurInnen in ihrem Engagement gegen Rechts. Teile der Projekte wurden zum Beispiel durch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf beratend begleitet und aus den Mitteln der Lokalen Aktionspläne gefördert. Dabei bleibt es Aufgabe der Mobilen Beratung, verschiedene Gruppen im Quartier moderierend und weitgehend neutral zu begleiten. Die Mobile Beratung ist hier allerdings ein Teil der Wuppertaler Initiative und damit der Stadtverwaltung Wuppertal – in diesem Fall entsteht also ein Rollenkonflikt, der intern reflektiert und extern kommuniziert werden musste.

Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN"

Im Rahmen des beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelten Programms „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" werden nicht nur die Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, sondern auch Modellprojekte und Lokale Aktionspläne (LAP) gefördert. In Modellprojekten sollen innovative Ansätze konzipiert und erprobt werden, die langfristig in Regelstrukturen übernommen werden können. Problematisch ist hier allerdings, dass Träger die Projekte mit 50 Prozent Eigenanteil finanzieren müssen und nach der Modellphase von drei Jahren wegen fehlender Finanzierung die Fortführung in anderen Strukturen in der Regel nicht gelingt. Mit den LAP können Städte, Gemeinden und Landkreise über ebenfalls drei Jahre Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, Toleranz und Vielfalt fördern. Dazu stehen bis zu 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung, die über einen Begleitausschuss an örtliche Projektträger nach Antrag vergeben werden. Dieses Instrument kann gut genutzt werden, um die angesprochenen Themen auch in breite Kreise der städtischen Gesellschaft zu tragen – aufgrund der Verteilung der Gelder durch die Kommune wird aber auch die Kritik laut, dass ‚unbequeme' AntragsstellerInnen eher nicht bedacht werden und auch hier die Laufzeit der Projekte (in der Regel ein Jahr) nicht zu einer nachhaltigen Verankerung beiträgt.

In NRW gibt es momentan elf LAP (Aachen, Dinslaken, Dortmund, Duisburg, Geilenkirchen, Hagen, Hamm, Minden, Siegen, Witten, Wuppertal) und sieben Modellprojekte (unter anderem in Lünen, Solingen und Bielefeld).

Das Projekt Stolpersteine

Seit 1995 verlegt der Künstler Gunter Demnig bundesweit so genannte Stolpersteine, die vor den ehemaligen Wohnhäusern an die deportierten, ermordeten oder in den Suizid getriebenen Opfer des Nationalsozialismus erinnern sollen. Auf einem Betonstein mit 10 Zentimeter Kantenlänge werden auf Messingplatten Name, Geburtsjahr sowie in der Regel das Deportationsjahr und der (vermutliche) Todestag und -ort benannt. Die Steine werden in das Pflaster vor den Häusern eingelassen und fungieren so in doppelten Sinne als Stolperstein. Nachdem es in vielen Kommunen erbitterte Diskussionen um die Verlegung der Steine gegeben hatte, ist das Projekt mittlerweile eine feste Größe in der Erinnerungskultur und für viele Gruppen ein Anlass, sich aktiv mit der NS-Vergangenheit und der Geschichte der jüdischen und anderer Opfer in der eigenen Stadt auseinander zu setzen. Stolpersteine sind in NRW in über 130 Städten zu finden, darunter Großstädte wie Köln und Bielefeld, aber auch kleinere Gemeinden wie Beelen im Kreis Warendorf oder Weilerswist im Kreis Euskirchen. Die Finanzierung liegt in der Regel in den Händen örtlicher PatInnen – von der engagierten Jugendgruppe bis zu örtlichen Kaufleuten setzen sich dabei ganz unterschiedliche Initiativen für die Verlegung ein.

Um die Problematik extrem rechter Dominanzbestrebungen für die breite Öffentlichkeit im Stadtteil sichtbar zu machen und auf die damit verbundenen Gefahren hinzuweisen, wurden Schulungen und Informationsveranstaltungen organisiert. Diese richteten sich an unterschiedliche Zielgruppen wie etwa SchülerInnen, LehrerInnen, MultiplikatorInnen, Eltern und interessierte BürgerInnen. Es gab seitdem von unterschiedlichen lokalen AkteurInnen getragene Stadtteilprojekte, Ausstellungen, mehrere Plakataktionen, ein antifaschistisches Stadtteilfest sowie die öffentliche Verlegung von „Stolpersteinen".

Am 9. November 2011 organisierte die ***Wuppertaler Initiative*** in Vohwinkel eine Gedenkveranstaltung, um an die Opfer der Pogrome des 9. November 1938 zu erinnern und die Menschen auf die aktuelle Gefahr durch RechtsextremistInnen aufmerksam zu machen. Die Veranstaltung sowie eine anschließende Demonstration fanden in Kooperation mit unter anderem dem DGB, der Evangelischen und der Katholischen Kirchengemeinde statt. Mehr als 2.000 Menschen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Spektren nahmen teil. Die große Resonanz zeigte, dass es in der Wuppertaler Bevölkerung eine erkennbare Bereitschaft gibt, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Die ***Wuppertaler Initiative*** hat mittlerweile als Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus verschiedene lokale Gremien wie die Bezirksvertretung sowie Arbeitskreise und Netzwerke beraten, die im Themenbereich aktiv sind, beispielsweise den ***Arbeitskreis Schule-Jugendhilfe-Polizei***.

Um die Anwerbung von Jugendlichen und Kindern durch die rechten Gruppierungen zu verhindern, entwickelte die Mobile Beratung in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Wuppertal ein präventives Handlungskonzept. Zentrales Ziel dieses Konzept ist es, die Jugendlichen in ihrem Selbstvertrauen zu stärken und demokratische Werte zu vermitteln. Gleichzeitig sollen verschiedene Projekte durchgeführt werden, die friedliches und von Toleranz geprägtes Zusammenleben im Stadtteil fördern.

Auch im Vorfeld der Neonazi-Demonstration am 29. Januar 2011, hatte sich ein breit aufgestelltes bürgerliches Bündnis gebildet das die Gegenkundgebung sowie zivilgesellschaftlichen Protest gegen den Nazi-Aufmarsch auf die Straße trug. Unter den TeilnehmerInnen des Bündnisses fanden sich sämtliche demokratischen Parteien Wuppertals, antifaschistische Initiativen, soziale und kulturelle Vereine, Gewerkschaften, MigrantInnen-Selbstorganisationen, Glaubensgemeinschaften, und zahlreiche engagierte Einzelpersonen. Auch die ***Wuppertaler Initiative*** unterstützte das Bündnis aktiv. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen PartnerInnen des Bündnisses erwies sich hier als positiv und äußerst wirksam.

Mittlerweile beteiligen sich an der Arbeit gegen Rechtsextremismus sowie für Demokratie und Toleranz die unterschiedlichsten AkteurInnen. Das Problembewusstsein ist durch die extreme Zuspitzung der Situation in Wuppertal, aber auch angesichts der aktuellen bundesweiten Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus, in der breiten Wuppertaler Öffentlichkeit angekommen. Damit wurde einer der Grundsteine für erfolgreiches und nachhaltiges Handeln gegen Neonazis gelegt: Die Gesamtgesellschaft für die Problematik zu sensibilisieren – und möglichst breite Bevölkerungsschichten für den Kampf gegen Rechtsextremismus zu gewinnen.

Was tun gegen rechtsextreme Gruppen in Stadtteilen?

Mit den im Rahmen der Arbeit der ***Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz*** und der ***Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf*** gesammelten Erfahrungen und den daraus resultierenden Erkenntnissen können folgende Aspekte als zentrale und wichtige Punkte in der Arbeit gegen rechtsextreme Gruppierungen in Stadtteilen genannt werden:

- ***Die Präsenz rechtsextremer Gruppierungen muss als Problem anerkannt werden. Eine frühe Reaktion auf das Auftauchen solcher Gruppen ist sehr wichtig, um die Szene gar nicht erst erstarken zu lassen.***
- ***Auch wenn sich bereits rechtsextreme Gruppierungen etabliert haben, muss das Problem öffentlich thematisiert werden. Dabei bedarf es der Information und Aufklärung der verantwortlichen Institutionen und möglichst vieler relevanter AkteurInnen im Stadtteil.***
- ***Wichtig ist, dass die unterschiedlichen AkteurInnen vor Ort zusammenarbeiten. Jedes Konkurrenzverhalten erschwert die Kommunikation und bremst dadurch Aktivitäten gegen Rechtsextremismus aus.***
- ***Rechtsextremen AkteurInnen müssen ihre öffentlichen Räume streitig gemacht werden. Wichtig ist hierbei auch, dass die Polizei das Problem ernst nimmt. Die konsequente Strafverfolgung rechtsextremistisch motivierter Aktivitäten sowie kontinuierliche Wachsamkeit der Polizei in diesem Zusammenhang sind unabdingbar.***
- ***Schutz und Hilfe für die Opfer von rechtsextrem motivierten Übergriffen und Bedrohungen müssen gewährleistet werden, um Ängste in der Bevölkerung abzubauen.***
- ***Mitglieder rechter Gruppierungen, die aus der Szene ernsthaft ‚aussteigen' wollen, sollten nach Möglichkeit unterstützt werden.***
- ***Präventive Maßnahmen und Projekte für Kinder und Jugendliche müssen gefördert werden, um Möglichkeiten der Rekrutierung durch RechtsextremistInnen zu verringern sowie ihr Abrutschen in die rechte Szene zu verhindern.***
- ***Stadtweite interkulturelle Gemeinschaftsprojekte und breitgefächerte Angebote zur Stärkung von Zivilcourage und Toleranz müssen gefördert werden.***

Schulung und Fortbildung von Fachleuten aus den Bereichen Jugendarbeit und Polizei sind unverzichtbar, um eine adäquate Reaktion auf die Problematik zu gewährleisten – beispielsweise die Weitervermittlung an die entsprechenden Beratungsstellen wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungsstellen, AussteigerInnenberatung oder die Elternberatung (siehe „Navigation" in dieser Broschüre).

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Düsseldorf

Stadt Wuppertal/Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz // Sebastian Goecke und Marat Trusov // An der Bergbahn 33 // 42289 Wuppertal // 0202-5632759 sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de // marat.trusov@stadt.wuppertal.de // www.wuppertal.de bzw. www.wuppertaler-initiative.de

„Eine Gemeinschaft gegen Rassismus“

Zum Umgang mit einer „Hitlergruß-Affäre“ in der Gladbecker Jugendfeuerwehr

Heiko Klare & Michael Sturm

„Das ist ein absoluter Schock, diese eindeutigen Fotos erschüttern mich. Die Bilder sind eine Katastrophe für uns. Solch ein Gedankengut gehört hier nie und nimmer hin.“ Kurz vor Weihnachten 2010 musste der Leiter der Gladbecker Feuerwehr – zuständig für die freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehrleute – vor die Presse treten und Position beziehen. Der Lokalzeitung war ein Foto zugespielt worden, auf dem TeilnehmerInnen einer Ferienfreizeit der örtlichen Jugendfeuerwehr in Österreich den Hitlergruß zeigen. Die Existenz einer zweiten Aufnahme mit Betreuern in der gleichen Pose bei einem „Biwak“ in Coesfeld wurde einige Tage später bekannt.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung waren die Bilder zwar schon zwei Jahre alt, trotzdem war das Echo auf die Fotos groß. Die ***Bild-Zeitung*** titelte „Hat die Feuerwehr Gladbeck ein Nazi-Problem?“ und veröffentlichte beide Aufnahmen, die Lokalzeitung berichtete ausführlich, verzichtete aber auf den Abdruck, „vor allem, um die Gladbecker Jugendlichen zu schützen“. Die Staatsanwaltschaft Essen ermittelte, auch der polizeiliche Staatsschutz schaltete sich ein. Die Feuerwehr war – auch aufgrund schon vorher öffentlich ausgetragener Streitigkeiten – zum Jahreswechsel in aller Munde und die „Hitlergruß-Affäre“ weit über Gladbeck hinaus bekannt.

Gladbeck liegt im nördlichen Ruhrgebiet zwischen Bottrop und Gelsenkirchen. Die Stadt gehört zum Kreis Recklinghausen und hat rund 75.000 EinwohnerInnen. In der Feuerwehr sind circa 225 Mitglieder aktiv, davon 75 Hauptamtliche. Es gibt zwei Jugendgruppen mit je 20 Mitgliedern, die zur ***Deutschen Jugendfeuerwehr*** (DJF) und damit zu einem der größten Jugendverbände Deutschlands gehören. Die DJF ist in Kreis- und Landesverbänden organisiert und hat deutschlandweit über 260.000 Mitglieder in knapp 18.000 Jugendfeuerwehren. Die Mitglieder werden für den Einstieg in die Freiwillige Feuerwehr vorbereitet, die DJF versteht sich aber ebenso als Jugendverband, der gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, pädagogische Angebote macht und kulturelles und soziales Leben fördert.

Feuerwehr und Rechtsextremismus – Unterwanderung, Ostdeutschland, Kameradschaften?

Immer wieder kommt die Feuerwehr in Verbindung mit extrem rechten Vorfällen in die Schlagzeilen. Dabei handelt es sich häufig um tatsächliche oder befürchtete Fälle von „Unterwanderungen“ von Freiwilligen Feuerwehren in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands. Aber auch in NRW fallen Feuerwehrleute durch Verbindungen in die rechte Szene auf. So hatte der ehemalige Leiter der Dortmunder Feuerwehr, Klaus Schäfer, mehrfach an Demonstrationen der militanten Neonaziszene teilgenommen, etwa in Dresden oder im Umfeld des ‚Nationalen Antikriegstags‘ in Dortmund 2009. Zudem war er nach eigener Aussage regelmäßig bei „politischen Diskussionen“ in einer Kneipe anwesend. Schäfer amtierte als Leiter des ***Instituts für Feuerwehr- und Rettungstechnologie*** und gilt somit nach wie vor als gefragter Experte über die Stadt Dortmund hinaus. Ein internes Ermittlungsverfahren ist zwar in Verbindung mit einer Suspendierung vom Dienst im Sommer 2010 eingeleitet worden, jedoch zieht sich die Entscheidung offenbar bis heute in die Länge.

Auch in Ostwestfalen war ein Mitglied der Feuerwehr 2008 aufgefallen, weil er in den Vorjahren an mehreren Demonstrationen und Aktionen der Neonaziszene teilgenommen hatte. Der Leiter der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr einer 80.000 EinwohnerInnen zählenden Kreisstadt positionierte sich zwar klar gegen Rechtsextremismus und leitete ein Anhörungsverfahren ein – der dem Spektrum der ‚Autonomen Nationalisten‘ zuzurechnende Feuerwehrmann ist aber offensichtlich im Dienst verblieben.

Auch im Rheinland gibt es immer wieder Hinweise auf aktive Neonazis, die in der Freiwilligen Feuerwehr Jugendgruppen betreuen und Einsätze fahren. Die offene Thematisierung innerhalb des Verbandes und konsequente Reaktionen fallen den Verantwortlichen aber schwer, oft wird auf interne Verfahren verwiesen oder der entsprechende Feuerwehrmann als Kamerad und „einer von uns“ in Schutz genommen.

Ein so großer (Jugend-)Verband wie die Feuerwehr ist zwangsläufig mit vielen Phänomenen und Herausforderungen konfrontiert, die sich in der gesamten Gesellschaft zeigen. Die Betonung von Gemeinschaft sowie die häufig noch deutlich männlich und „deutsch“ geprägten Feuerwehren können zudem auch attraktiv auf Menschen wirken, die extrem rechte Einstellungen teilen und sich durch feste Hierarchien oder einen missverstandenen Begriff von Kameradschaft angezogen fühlen. Das bedeutet im Umkehrschluss aber ebenso, dass sich die Feuerwehr gesellschaftlichen Querschnittsthemen stellen muss und gegen aktive Neonazis, aber auch gegen Rassismus und Diskriminierung in den eigenen Reihen konsequent vorgehen sowie Aufklärung und Prävention betreiben sollte.

Wahrnehmen und den richtigen Umgang finden

Im Gegensatz zu den oben genannten Beispielen hat die Gladbecker Feuerwehr schnell und konsequent gehandelt. Direkt nach Bekanntwerden der Fotos fanden erste Gespräche mit den betroffenen Jugendlichen und ihren Eltern statt – sofern sie noch in der Feuerwehr aktiv waren. Zudem hat sich die Leitungsebene der Wehr gemeinsam mit der Stadtspitze deutlich positioniert. Die zwei Betreuer sind suspendiert worden. Sie hatten sich selbst zu dem Foto geäußert: „Das hätte nie passieren dürfen und ist durch nichts zu entschuldigen“.

Vor dem Jahreswechsel 2010/11 wurde von Bürgermeister Ulrich Roland eine Kommission eingesetzt, die hochkarätig besetzt war: geleitet vom Beigeordneten und für die Feuerwehr zuständigen Dezernenten der Stadt gehörten ihr der Leiter der Feuerwehr sowie der Leiter des Rechtsamtes an, die vom ehemaligen ersten Beigeordneten sowie dem ehemaligen städtischen Verwaltungsdirektor als unabhängige Berater unterstützt wurden. In Gesprächen mit den betroffenen Jugendlichen und Betreuern sowie vielen weiteren Mitgliedern der Feuerwehr versuchte die Kommission herauszufinden, ob es sich bei den Fotos um „Einzelfälle“ handelt, oder ob es Anhaltspunkte für rechtsextreme Strukturen in der (Jugend-)Feuerwehr Gladbeck gibt. Im März stellten die Mitglieder einen 20-seitigen Abschlussbericht vor, der zeigte, dass es keine „Anhaltspunkte gibt, die auf rechtsradikale Tendenzen innerhalb der Feuerwehr, inklusive der Gladbecker Jugendfeuerwehr, schließen lassen“. Auch die Ermittlungen des Staatsschutzes entlasteten die Feuerwehr: keiner der Jugendlichen war polizeibekannt oder gehörte der Szene an – die es in Gladbeck und Umgebung durchaus gibt.

Die Fotos als „Dumme-Jungen-Streiche“ abzutun und zur Tagesordnung über zu gehen, war für Stadt und Feuerwehr keine Option. Parallel zu den ersten stadtinternen Gesprächen wurde ein Termin mit ***Mobile Beratung gegen Rechts im Münsterland*** (mobim) vereinbart, um über die weitere Strategie zu beraten.

Mediale Hysterie und „geschlossene Systeme“

Vorwürfe, überregionales Medieninteresse, zeitlicher und moralischer Druck – die Herausforderungen für die BeratungsnehmerInnen, in diesem Fall die Stadt Gladbeck und im Besonderen der Leiter der Feuerwehr, liegen auf der Hand. Ad hoc, aber sorgfältig und ohne hektische Schnellschüsse müssen verschiedenste Dinge gleichzeitig erledigt und bedacht werden. Die Kommunikation gegenüber der Presse, aber auch „nach innen“, also Gespräche mit der Stadtspitze, den Gremien und Mitgliedern der Feuerwehr, muss strategisch geplant werden, Zuständigkeiten wollen abgesprochen und geklärt sein, Dienstwege müssen beachtet werden. Der drohende Verlust von Vertrauen in die eigene Institution und der eingetretene Imageschaden sorgen zusätzlich für Druck. Im konkreten Fall empfanden die VertreterInnen der Stadt zudem eine große Verantwortung und Fürsorgepflicht gegenüber allen Mitgliedern der Jugendfeuerwehr – den beteiligten wie den unbeteiligten.

Auch für die Mobile Beratung galt es, in einer komplexen Situation mögliche Hemmnisse und Konflikte zu erkennen und damit umzugehen. Wir wurden Anfang 2011 vom Ersten Beigeordneten der Stadt gebeten, in die Beratung einzusteigen. Im weiteren Verlauf des Beratungsprozesses wurde aber klar, dass der Beratungsnehmer vor allem der Leiter der Feuerwehr sein würde. Es bestand damit durchaus die Gefahr, von den Feuerwehrleuten als Teil einer „Bestrafung“ wahrgenommen zu werden. Auf der anderen Seite kann es in Fällen, die im Fokus der Öffentlichkeit und vor allem der (lokalen und überregionalen) Presse stehen, geschehen, dass die Mobile Beratung in die Rolle eines „Feigenblatts“ gerät. Wenn aber von den maßgeblich Beteiligten der Prozess der Beratung und mögliche Veränderungsschritte nicht ernst genommen oder vereinbarte Schritte nur vordergründig und zur Beruhigung der Öffentlichkeit gegangen werden, ist mit nachhaltigen Fortschritten nicht zu rechnen.

Die (Freiwillige) Feuerwehr steht ferner beispielhaft für viele andere Verbände, Vereine und Institutionen: mit eigenen Regeln, Ritualen, Abläufen, Strukturen sowie Aufgaben und letztendlich auch mit einer eigenen Sprache bilden sie ein „geschlossenes System“, in das Unbeteiligte von außen nur schwer vordringen können. In der Regel gehört daher das Werben um und der Aufbau von Vertrauen zu den grundlegenden Voraussetzungen gelingender Beratung. Hierfür ist ein „Türöffner“ hilfreich, der aus dem System kommt und bereit ist, von innen am Veränderungsprozess mitzuwirken. Im Feuerwehrchef der Stadt Gladbeck haben wir einen solchen „Türöffner“ gefunden.

Gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die Beratung von ***mobim*** wurde vor allem für den weiteren Umgang innerhalb der Feuerwehr angefragt. Im Vorfeld analysierten wir im Team, wie in jedem umfangreicheren Beratungsfall, den Sozialraum, in diesem Fall die Feuerwehr beziehungsweise die Stadt Gladbeck, sowie die beteiligten AkteurInnen. Die Stadt selbst war uns aus früheren Kontakten bekannt, sowohl aufgrund der Aktivitäten einer kleinen und in der Region gut vernetzten Szene ‚Autonomer Nationalisten’ als auch aufgrund bestehender Zusammenarbeit etwa mit dem ***Jugendrat Gladbeck***. Grundlage für die Erkundung lokaler Zusammenhänge sind in der Regel die Erkenntnisse aus Dokumentation und Recherche der Beratungsteams, natürlich aber immer ebenso die Kontakte mit den Menschen vor Ort.

Nach mehreren telefonischen Vorgesprächen kam es Anfang Januar 2011 zu einem ersten persönlichen Termin in Gladbeck, an dem der Erste Beigeordnete, der für die Feuerwehr zuständige Dezernent, der Leiter der Feuerwehr und die Leiterin des Stadtarchivs teilnahmen. Eine erste Idee aus dieser Gruppe, im Gespräch mit der Jugendfeuerwehr vor allem auf den historischen Nationalsozialismus einzugehen und die Geschichte der Feuerwehr aufzuarbeiten, wurde jedoch schnell verworfen. Die ersten Einschätzungen durch die Polizei und ***mobim*** sowie die Gespräche mit den betroffenen Jugendlichen verwiesen eher darauf, dass es in der Jugendfeuerwehr keine Verbindungen zur organisierten extremen Rechten gab. Es wurden aber Leerstellen im Bereich der Demokratieerziehung und Sensibilität der Jugendlichen für die Wirkung von NS-Symbolik herausgearbeitet. Zudem wurde schnell klar, dass die aktuellen Mitglieder der Jugendfeuerwehr, aber auch die erwachsenen Freiwilligen und Hauptamtlichen durch das große Medienecho verunsichert und besorgt waren. Das Image der Feuerwehr, aber auch ihre persönliche Situation am Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplatz und in der Schule erschien ihnen beeinträchtigt.

Für die Jugendfeuerwehr sollten daher Strategien entwickelt werden, wie zum einen dieser Verunsicherung unter den Mitgliedern entgegnet, zum anderen langfristig für den Umgang mit Diskriminierungen und Rassismus sensibilisiert werden kann. Der Fokus sollte dabei auf aktuellen Problemen im Zusammenleben, auch in Bezug auf den Feuerwehralltag, liegen. Die historischen Bezüge traten in den Hintergrund. Die BetreuerInnen sollten in ihrer pädagogischen Arbeit gestärkt werden.

Ziel der Beratung war also einerseits, einen produktiven und in die Zukunft gerichteten Umgang mit der Verunsicherung, den demokratischen Leerstellen und pädagogischen Herausforderungen in der Feuerwehr durch die Erarbeitung und Durchführung von Gesprächen, Workshops und Schulungen zu ermöglichen. Andererseits stand die strukturell angelegte Entwicklung von Strategien für das institutionelle Vorgehen im Fokus. Ausgehend von der Frage, warum die beschriebenen Fotos überhaupt in einer Institution wie der Feuerwehr entstehen und so lange nicht thematisiert/skandalisiert werden konnten, stellten sich die Fragen: Wie kann in Zukunft mit rassistischen oder extrem rechten Vorfällen umgegangen werden? Wie kann die Feuerwehr als Institution mögliche Defizite und Probleme in Zukunft besser wahrnehmen? Wie können gerade im Bereich der Jugendfeuerwehr Partizipation und Engagement für die eigene Institution gestärkt werden? Welche positiven Bezugs- und Identifikationspunkte bietet der Feuerwehralltag, damit Inszenierungen wie im Fall der Ferienfreizeit für die Jugendlichen nicht mehr nötig/attraktiv sind?

„Demokratie steckt an!“ – Konkrete Umsetzung

„Jugendfeuerwehr Gladbeck – eine Gemeinschaft gegen Rassismus“ oder „Jugendfeuerwehr meistert große Übung beim Berufsfeuerwehrtag“ lauteten zwei der Schlagzeilen, die die Mitglieder der Jugendfeuerwehrgruppen gerne anstelle der Überschriften zur „Hitlergrußaffäre“ über sich in der Zeitung lesen wollten. Während zwei in Zusammenarbeit mit der Feuerwehrleitung entwickelten Workshops, die vor allem als Gesprächsangebot gedacht waren, konnten die Mitglieder der Jugendfeuerwehrgruppen über die Geschehnisse reflektieren, ihrer eigenen Enttäuschung und ihrem Schock Ausdruck verleihen und überlegen, wie sie sich die zukünftige Mitarbeit und -gestaltung in der Feuerwehr wünschen würden. Zentraler Bestandteil der Workshops war eine Einheit zur Reflexion der aktuellen Situation, die viele Jugendliche als ärgerlich, stressig oder frustrierend beschrieben, weil die für sie positiven Seiten des Feuerwehralltags nicht in der öffentlichen Diskussion vorkamen und sie sich in Schule oder Betrieb mit Anschuldigungen konfrontiert sahen. Ein weiterer Teil beschäftigte sich mit der Arbeit am Thema Demokratie und Rechtsextremismus – allerdings nicht entlang sonst üblicher Konzepte, in denen etwa Codes und Symbole vorgestellt werden, sondern vielmehr orientiert an den Einstellungen und Ideen der TeilnehmerInnen und der Frage, was Demokratie eigentlich für die Jugendlichen bedeutet.

Abschließend konnten die jungen Feuerwehrleute in einer Art „Zukunftswerkstatt“ formulieren, wie sie sich das Bild der Feuerwehr Gladbeck in der Zukunft wünschen und welche Ideen und Möglichkeiten sie sehen, positive Aspekte – wichtig war hier das Engagement im Stadtteil oder die Betonung von Gemeinschaft und Zusammenhalt – wieder in den Vordergrund zu rücken. Dabei wurde klar, dass vor allem Anlässe zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Jugendlichen und Erfahrungsräume für positive Wertschätzung, so etwa das jährliche „Florianifest“, bei dem sich die Gruppenmitglieder für „ihr“ Viertel engagieren und öffentlich in Erscheinung treten, positive Auswirkungen haben.

Um diese Ansätze zu stärken und die Jugendlichen durch partizipative Momente und Demokratielernen zu unterstützen, wurde auch mit den BetreuerInnen im Rahmen eines Seminars die „Hitlergrußaffäre“ thematisiert, vor allem sollten aber ihre Kompetenzen im pädagogischen Umgang gestärkt werden. Hilfreiche Grundlage war hier ein Projekt aus der Feuerwehr selbst: die

Deutsche Jugendfeuerwehr hat im Jahr 2010 eine Broschüre mit dem Titel „Demokratie steckt an. Trainingshandbuch für die JuLeiCa-Ausbildung und den Jugendfeuerwehralltag“ herausgebracht, Anhand von konkreten Fallbeispielen aus der Jugendfeuerwehr will die Broschüre den BetreuerInnen „kurz und knapp Informationen, Module, Methoden und Diskussionshilfen an die Hand geben“, damit sie in ihrer Feuerwehr „etwas für Demokratie tun“ können. Neben der Bereitschaft der Leitungsebene der Feuerwehr und der generellen Aufgeschlossenheit der TeilnehmerInnen – mit der wir ehrlicherweise in dieser Deutlichkeit gar nicht gerechnet hatten – waren solche Beispiele „aus dem Verband für den Verband“ ebenfalls „Türöffner“ für uns, die die Arbeit erleichterten. Es existieren mittlerweile aus vielen Dachverbänden, von Sportvereinen über kirchliche Jugendverbände bis zu den Wohlfahrtsverbänden, unterschiedliche Handreichungen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Demokratie, Resolutionen gegen Rechts oder Handreichungen für den institutionellen Umgang. Die Arbeit mit verbandseigenen Materialien empfiehlt sich für die Beratung, weil sie den Mitgliedern klar macht, dass sie in ihren Systemen nicht allein stehen und es schon gute Ideen gibt, die in ihren Zusammenhängen funktionieren und nicht neu erfunden werden müssen.

„Demokratie steckt an“ ist vor allem als Trainingshandbuch für die Ausbildung zu JugendleiterInnen gedacht, die nach erfolgreich absolvierter Ausbildung die JuLeiCa (Jugend LeiterInnen Card) erhalten. Inhaltlich beschäftigt sie sich in fünf Kapiteln mit den Hintergründen des Projekts „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“, in dem unter anderem die Broschüre entstanden ist, mit der Frage, warum Demokratie und Rechtsextremismus überhaupt Themen für die Feuerwehr sind, mit Praxisbeispielen und möglichen Formen des Umgangs sowie mit „Handwerkszeug“ in Form einer Methodensammlung, Hinweisen zur Projektplanung und der möglichen Integration der Inhalte in die JuLeiCa-Ausbildung.

Neben diesem Modellprojekt gibt es aus der Feuerwehr und ihrem Jugendverband verschiedene Resolutionen und Leitbilder, die in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie genutzt werden können. In einer Resolution der Jugendfeuerwehr aus dem Jahr 2010 heißt es etwa „Einer für alle – Alle für einen! als ein Leitspruch der (Jugend-)Feuerwehren heißt, offensiv Themen der Mitte der Gesellschaft wie Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus, rechtsextreme Ideologien und Rechtsextremismus zu bearbeiten und sich klar zu positionieren“.

Langfristig und Nachhaltig? Die Arbeit ist nicht zu Ende…

Im Nachgang der praktischen Umsetzung der oben beschriebenen Module haben wir in einem ausführlichen Auswertungsgespräch mit Erstem Beigeordnetem, Dezernent und dem Leiter der Feuerwehr – mit dem es auch während des Prozesses immer wieder enge Absprachen und Planungen gab – Thesen formuliert und konstruktiv diskutiert, die sich aus den Gesprächen mit Jugendlichen und BetreuerInnen ergeben hatten. Als besonders wichtig empfanden dabei alle TeilnehmerInnen die weitere Schaffung von Erfahrungsräumen für positive Bestärkung und Partizipation sowie die regelmäßige Schulung und Unterstützung der BetreuerInnen, um Demokratie, Vielfalt und Toleranz im Rahmen der Dienstabende neben „typischen“ Aspekten der Feuerwehrarbeit zu thematisieren. Zudem sollen die schon jetzt vorhandenen und praktizierten demokratischen und „bunten“ Anteile des Feuerwehralltags weiter in den Mittelpunkt der eigenen, aber auch der Öffentlichkeitsarbeit gestellt werden.

Einigkeit bestand auch im langfristigen Ziel, die älteren Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sowie die Hauptamtlichen in den Prozess mit einzubeziehen. Hierzu sind sowohl Schulungen als auch die Entwicklung eines eigenen Leitbilds geplant, mit dem das Engagement für Toleranz und Demokratie festgeschrieben sowie der Umgang mit Diskriminierungen, Rassismus und Rechtsextremismus in der Feuerwehr auch offiziell geregelt wird.

Wie wichtig die nachhaltige Auseinandersetzung bleibt, haben die Verantwortlichen ein Jahr nach dem Beginn der „Hitlergrußaffäre“ sehen müssen: Aufgrund von rassistischen Äußerungen eines Feuerwehrmanns in einer Facebook-Diskussion Anfang Dezember 2011 musste der Feuerwehrchef sich erneut öffentlich erklären und wieder um Vertrauen für seine Feuerwehrleute werben. Aber auch in diesem Fall reagierten Stadt und Feuerwehrspitze konsequent und transparent: Die Betroffenen wurden suspendiert und ein Disziplinarverfahren eingeleitet, die Stadt stellte Strafanzeige (die Ermittlungen wurden von Seiten der Staatsanwaltschaft bereits eingestellt, das interne Verfahren läuft aber davon unbenommen weiter). Die Stadtspitze hat mit der Feuerwehr zusammen umgehend ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, zu dem unter anderem die bereits geplante Implementierung präventiver Module in die Ausbildung der Feuerwehr, die regelmäßige Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung auch für die älteren Mitglieder der Löschzüge sowie eine persönliche Erklärung aller Mitglieder der Feuerwehr, die den kritischen Umgang mit solchen Vorfällen stärken soll, gehören. ***mobim*** wird die Gladbecker Feuerwehr auch weiterhin auf diesem Weg unterstützen und vor allem die Leitbildentwicklung begleiten.

Die Gladbecker Feuerwehr hat kein Naziproblem – aber:

Trotz der erneuten Vorfälle kann der Umgang der Verantwortlichen, aber auch der Mitglieder der Feuerwehr in Gladbeck mit der „Hitlergrußaffäre“ und den rassistischen Äußerungen auf Facebook als gutes Beispiel für andere Vereine und Verbände gelten. Sicherlich auch aufgrund des hohen Drucks, vor allem aber auch durch sensibilisierte AkteurInnen und eine für notwendige Veränderungen offene Stadtspitze konnten im vergangenen Jahr die oben beschriebenen Schritte umgesetzt und weitere geplant werden. Zudem wurde klar, dass die Gladbecker Feuerwehr kein „Nazi-Problem“ hat – aber: die Arbeit an demokratischen Einstellungen bleibt eine langfristige Herausforderung. Hier helfen keine kurzfristigen Einsätze, sondern nur die kontinuierliche Auseinandersetzung im Verband. In Gladbeck, das zeigt der Umgang mit den Äußerungen einiger Mitglieder auf Facebook, werden rassistische Äußerungen und Diskriminierungen wahrgenommen und nicht toleriert, sondern thematisiert und behandelt. Die Feuerwehr stellt sich so ihrer gesellschaftlichen Aufgabe, Rassismus zu ächten und für gelebte Demokratie einzustehen. Mobile Beratung kann hierzu im konkreten Fall vor Ort Unterstützung anbieten, die die AkteurInnen nachhaltig stärkt und handlungsfähig macht.

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster

mobim (Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie) // Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster // Heiko Klare und Michael Sturm // Kaiser-Wilhelm-Ring 28 // 48145 Münster // 0251-492-7109 // kontakt@mobim.info // www.mobim.info

Ein weites Feld...

Mobile Beratung im ländlichen Raum am Beispiel des Regierungsbezirks Detmold

Karsten Wilke

Im Sommer 2011 entdeckte eine Schülerin in einer Kommune im Regierungsbezirk Detmold Flugblätter mit antiislamischem Inhalt. Sie fühlte sich belästigt, war empört und wütend über die rassistische Propaganda. Über familiäre Beziehungen zu einem regionalen Bündnis für Demokratie erfuhr sie von der ***Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold*** und nahm telefonisch Kontakt zu der Beratungsstelle auf, um etwas gegen die diffamierenden Pamphlete zu unternehmen. In den folgenden zehn Tagen kam es zu drei längeren Gesprächen mit der Mobilen Beratung. Es wurden Ziele vereinbart und das weitere gemeinsame Vorgehen besprochen. Die Strategie, für die man sich entschied, hieß schließlich: Öffentlichkeit schaffen. Mit einer Pressekampagne sollte das Auftauchen der Flugblätter öffentlich thematisiert und über deren als ‚Islamkritik' getarnte, letztlich aber unreflektiert islamfeindlichen Inhalte aufgeklärt werden.

Das Vorgehen bei der Kampagnenarbeit war arbeitsteilig: Die Beratungsstelle verfasste eine Expertise, in der Hintergründe zu dem Propagandatext sowie eine Stellungnahme zusammengefasst wurden. In der Zwischenzeit nahm die Beratungsnehmerin Kontakt zur Lokalpresse auf. Mit Verweis auf ihre Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung schlug sie dort vor, einen größeren Bericht zu den antimuslimisch motivierten Vorkommnissen zu veröffentlichen. Ein gut über die Arbeit der Mobilen Beratung informierter Redakteur nahm sich der Sache schließlich an. Unter Zuhilfenahme der Expertise verfasste er eine ausführliche Reportage. Kurz darauf zog eine weitere Lokalzeitung nach und brachte ebenfalls einen Bericht über die Verbreitung rechter Propagandaschriften in der betreffenden Kleinstadt.

Dieser Beratungsfall zeigt ein gelungenes Beispiel für Mobile Beratung. Drei wichtige Ziele wurden erreicht: Die Beratungsnehmerin wurde in die Lage versetzt, selbst aktiv zu handeln, um so die Empörung und ihre empfundene Ohnmacht zu überwinden. Das zweite Ziel bestand darin, die rassistischen und menschenverachtenden Aussagen öffentlich zu brandmarken. Die lokale Öffentlichkeit hat sich entschieden positioniert und deutlich gemacht, dass derartige Verunglimpfungen nicht unkommentiert hingenommen werden. Drittens ist es gelungen, dass in diesem Prozess die Mobile Beratung als wichtige Akteurin in der Arbeit gegen Rassismus und extrem rechtes Gedankengut wahrgenommen wurde. Die Verankerung in der Region und die öffentliche Sichtbarkeit der Mobilen Beratung ist immens wichtig, um von etwaigen BeratungsnehmerInnen im Bedarfsfall als Ansprechpartnerin gesehen zu werden. Dies gilt ganz besonders für den ländlichen Raum. Die Realisierung dieser drei Ziele ist mit Hilfe der örtlichen Zeitungsredaktionen hervorragend gelungen. Hier zeigt sich, dass Vernetzung mit den Kommunen und öffentlichen Stellen sowie persönliche Kontakte zur lokalen Presse, wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beratungstätigkeit im ländlichen Raum darstellen können.

On the Road: Mobile Beratung zwischen Warburg und Rhaden

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold im Nordosten des Landes Nordrhein-Westfalen ist beim ***AKE-Bildungswerk*** (Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk) in Vlotho im Kreis Herford angesiedelt. Das ***AKE-Bildungswerk*** wurde 1978 als Einrichtung der alternativen Entwicklungshilfe gegründet, hat inzwischen aber seine Arbeitsschwerpunkte auf die Bereiche Migration, interkulturelle Pädagogik und antirassistische Bildungsarbeit verlagert. Mit der Gründung des überregionalen ***Arbeitskreises Ökofaschismus*** Anfang der 1990er Jahre begann das AKE damit, sich vermehrt gegen rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft zu engagieren. Unter anderem initiierte und koordinierte das Bildungswerk die Aktivitäten des Vlothoer Bündnisses ***Gemeinsam gegen das Collegium Humanum*** Q1. Nach dem Verbot dieser rechtsextremen Bildungsstätte im Jahre 2008 übernahm das AKE die Trägerschaft der Mobilen Beratung.

Es ist offensichtlich, dass die jeweilige Raumstruktur die Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus wesentlich beeinflusst. Die Siedlungsstruktur im Regierungsbezirk Detmold gestaltet sich sehr unterschiedlich. So gibt es verhältnismäßig dicht besiedelte Regionen, wie beispielsweise den nördlich von Bielefeld gelegenen Kreis Herford: Auf 459 Quadratkilometer kommen hier immerhin 250.000 Einwohner. Zum Vergleich jedoch: Der im Südosten des Regierungsbezirks liegende Kreis Höxter weist die geringste Bevölkerungsdichte in ganz NRW auf. Mit lediglich 150.000 Menschen auf 1.200 Quadratkilometer ist diese Region ausgesprochen ländlich geprägt. Zwar gibt es im Regierungsbezirk Detmold mit Städten wie Herford, Minden, Paderborn oder der kreisfreien Stadt Bielefeld durchaus auch bevölkerungsreiche, urban geprägte Gebiete. Sie sind jedoch umgeben von sehr ausgedehnten ländlichen Regionen. Charakteristisch für den Regierungsbezirk sind die großen räumlichen Distanzen. Zwischen Rhaden im Norden und Warburg im Süden liegen ungefähr 140 Straßenkilometer, zwischen Rheda-Wiedenbrück im Westen und Höxter im Osten etwa 90. Insgesamt kann Ostwestfalen-Lippe daher trotz einiger städtischer Ballungszentren durchaus als ‚ländlicher Raum' bezeichnet werden.

Die Beratungstätigkeit in solchen Regionen, stellt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus oft genug vor Herausforderungen. Neben logistischen Problemen wie langen Fahrtzeiten zu etwaigen BeratungsnehmerInnen erschwert sie beispielsweise ganz wesentlich die Recherche. Denn es ist nicht einfach, die Aktivitäten der rechten Szene flächendeckend und systematisch im Blick zu behalten. Schließlich sind für eine wirksame Beobachtung gleichermaßen enge Kontakte zu NetzwerkpartnerInnen in alle Teile des Regierungsbezirks erforderlich. Entsprechend herausfordernd gestaltet sich auch eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit. Zu unterschiedlich scheinen oft die lokalen und regionalen Diskussionen und Interessen.

‚Hermannsland' – Die extreme Rechte in Ostwestfalen

Im Regierungsbezirk Detmold gibt es schätzungsweise etwa 200-300 Angehörige der sich selbst als Freie Kameradschaften bezeichnenden neonazistischen Kleingruppen, so etwa in Höxter, Paderborn, Bad Salzuflen, Detmold, Gütersloh und im Raum Minden, dem Grenzbereich zum niedersächsischen Bückeburg, wo ebenfalls eine sehr aktive Kameradschaftsszene existiert. Rechtsextreme Parteien hingegen, zum Beispiel die NPD, sind hier weitgehend marginalisiert. Abzuwarten bleibt allerdings, ob und wie sich die RechtspopulistInnen von ***pro NRW*** entwickeln. Eine Besonderheit der Region besteht indessen darin, dass hier gleich mehrere Orte der extremen Rechten als regelrechte ‚Kultstätten' dienen. Hierzu zählen beispielsweise die Externsteine in Horn-Bad Meinberg. Schon von den Nationalsozialisten wurde dieses Naturdenkmal für sich in Anspruch genommen. In Anlehnung an die Theorie, die Steine seien schon von germanischen Stämmen als Stätte für heidnische Kulte und Bräuche genutzt worden, stellten die Externsteine im mystisch verklärten völkischen Weltbild der Nationalsozialisten letzte Verbindungsstücke zu einem vermeintlichen ‚Ur-Germanentum' dar, in dessen Tradition sie sich beziehungsweise das ‚deutsche Volk' sahen. Daher werden derartig mythenumwobene Stätten auch heute noch gern von der extremen Rechten für sich vereinnahmt. Auch das Hermannsdenkmal und die Wewelsburg gehören zu diesen von Neonazis immer wieder aufgesuchten ‚Kult'- und Gedenkstätten. Der extrem rechten Klientel gilt Ostwestfalen-Lippe daher als ‚Mythenregion' und wird als ‚Hermannsland' überhöht.

Das führt nicht zuletzt dazu, dass – auch wenn die rechte Szene im Vergleich zu anderen Regionen hier eher klein ist – im Regierungsbezirk Detmold regelmäßig rechtsextreme Propaganda auftaucht. So werden von extrem rechten Gruppen immer wieder Aufkleber angebracht oder Flyer verteilt, um beispielsweise auf Demonstrationen aufmerksam zu machen. Mal werden Flugblätter systematisch in Hausbriefkästen verteilt, wie etwa im Juli 2011 im Bielefeld, mal stehen NeonaziaktivistInnen vor Schulen, Sportanlagen oder Supermärkten, um ihr Material an möglichst viele (junge) Menschen verteilen zu können.

Q1 Vgl. die lesenswerte Broschüre des Vlothoer Bündnisses: „Collegium Humanum". Von der NS-Reichsleitung zum Zentrum der Holocaustleugner, Vlotho 2006

Wewelsburg

Zur Zeit des Nationalsozialismus nutze die SS die im 17. Jahrhundert errichtete Burg im heutigen Kreis Paderborn und gestaltete seit 1938 das frühere Residenzschloss nach ihren größenwahnsinnigen Vorstellungen. Ihre vorgesehene Funktion als Repräsentationsort der SS erfüllte die Burg jedoch nicht. 1943 wurden die Baumaßnahmen eingestellt. Seit 1982 informiert das Kreismuseum Wewelsburg über die Geschichte des Ortes. In den Jahrzehnten nach 1945 entwickelte er sich aber auch zu einer Pilgerstätte für die extreme Rechte. Obgleich das Kreismuseum im Jahr 2006 eine entsprechende Hausordnung erlassen hat, zieht die Wewelsburg nach wie vor Neonazis, aber auch AnhängerInnen extrem rechter Strömungen der Esoterikszene an.

Hermannsdenkmal

Das im August 1875 von Kaiser Wilhelm I eingeweihte 54 Meter hohe Hermannsdenkmal in der Nähe von Detmold am Rande des Teutoburger Waldes sollte zum einen den Machtanspruch des Kaiserreichs repräsentieren. Zum anderen sollte die Varusschlacht als zur „Geburtsstunde der Deutschen" überhöhter Gründungsmythos des Nationalstaats zum Ausdruck gebracht werden. Im Verlauf der Schlacht wurde der römische Statthalter Varus im Jahre 9 n.Chr. von den Truppen des Cheruskerführers Arminius (der Name „Hermann" kam erst im 16. Jahrhundert auf) vernichtend geschlagen. In den folgenden Jahrzehnten, aber auch in der frühen Bundesrepublik wurde das Hermannsdenkmal als Ort nationaler Selbstvergewisserung genutzt. In der extremen Rechten gibt es nach wie vor vielfältige Bezüge auf den „Hermannmythos".

Während des Jahres 2011 ist es auch zu mitunter großflächigen Schmierereien mit rechtsextremen Inhalten gekommen. So wurden etwa an verschiedenen Orten Hakenkreuze und andere NS-Symbole sowie neonazistische und rassistische Wandparolen angebracht. Im November und im Dezember 2011 wurden beispielsweise in Detmold Gedenkorte für jüdische NS-Opfer geschändet.

In einem weiteren Fall kam es zu rechtsextrem motivierten Sachbeschädigungen an einer Sportanlage. Die Beratungsstelle hatte über diesen Vorfall aus der regionalen Presse erfahren und sich daraufhin telefonisch erst mit der Aufsicht, dann mit dem örtlichen Sportverein und schließlich mit einem städtischen Verwaltungsmitarbeiter in Verbindung gesetzt. Die Mobile Beratung schlug eine Übermal-Aktion durch Auszubildende vor, die von Stadt, Sportverein und Mobiler Beratung gemeinsam getragen werden sollte. Nachdem der städtische Mitarbeiter zunächst interessiert und wohlwollend reagiert hatte, konnte ein derartiges Vorgehen jedoch nicht realisiert werden, da der Kontakt wenig später abgebrochen wurde. Der Sportverein hatte in Absprache mit der Stadtverwaltung die Parolen bereits größtenteils entfernt. Es ist zu vermuten, dass in diesem Fall das geschlossene System ‚Verein' nicht bereit war eine Intervention von außen durch die Mobile Beratung zuzulassen. Damit war nicht nur eine gute Möglichkeit vertan, Jugendliche über eine praktische Tätigkeit für das Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren; es ging auch ein Anknüpfungspunkt für nachhaltiges Engagement in der Kommune verloren.

Die Mobile Beratung ist im ländlichen Raum immer wieder gefordert, proaktiv die Initiative zu ergreifen und sich als unterstützende Akteurin bemerkbar zu machen. Denn häufig ist in Kommunen die Tendenz zu beobachten, Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund herunterzuspielen. Eine notwendige nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Problemfeld Rechtsextremismus und die Entwicklung tragfähiger und langfristig angelegter Lösungen bleibt so allerdings aus.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der vergleichsweise schlechten Sichtbarkeit des Beratungsangebots. Viele Behörden, Verwaltungen, Vereine oder Organisationen sind offenbar nicht ausreichend über das landesweite Beratungsnetzwerk und die regionale Kontaktstelle beim AKE-Bildungswerk informiert. Grundsätzlich lässt sich feststellen: Je größer die räumliche Distanz zu Vlotho, desto unerlässlicher scheint es, sich initiativ um Kontakte zu bemühen und desto schwerer fällt es, bereits hergestellte Verbindungen aufrechtzuerhalten. Daher ist es ein wichtiges Ziel, die Sichtbarkeit der Mobilen Beratung über verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern – eine große Herausforderung angesichts äußerst knapper Ressourcen. Die erheblichen räumlichen Distanzen haben noch eine andere Auswirkung: Sie erzeugen Skepsis hinsichtlich einer kontinuierlichen und langfristigen Unterstützung. Das führt mitunter dazu, dass die AkteurInnen vor Ort zwar durchaus die Mobile Beratung ansprechen, letztendlich aber oftmals doch auf deren Expertise verzichten.

Die folgende Situation beschreibt eine andere für den ländlichen Raum charakteristische Herausforderung: Die Mobile Beratung hatte auch hier über einen Pressebericht von einer großflächigen Wandschmiererei an einer Moschee erfahren. Da weder eine Internetseite noch eine Telefonnummer der dörflich verorteten türkischen Moscheegemeinde in Erfahrung zu bringen waren, wurde der Ort des Geschehens kurzerhand persönlich aufgesucht, um Kontakt herzustellen. Aufgrund von Sprachproblemen war es jedoch nicht möglich, ihn zu vertiefen. Der allgemeine Hinweis auf das Beratungsangebot ohne nähere Erklärung und längeren Austausch – ein Informationsflyer in türkischer Sprache lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor – reichte offenbar allein nicht aus, um mit der Moscheegemeinde ein Beratungsverhältnis einzugehen. Die Episode zeigt, dass der Zugang zu migrantischen Gruppen und Vereinigungen auf dem Land ohne ausreichende Fremdsprachenkenntnisse noch weitaus schwerer gelingt als im urbanen Raum. Hinzu kommt, dass das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus insgesamt immer noch vorwiegend mehrheitsdeutsch geprägt ist. Beides, die Aneignung von Sprachkenntnissen und die Aktivierung migrantischer Selbstorganisation im Rahmen von Bündnisarbeit stellen wichtige Herausforderung für die zukünftige Arbeit der Mobilen Beratung dar.

Ausblick

Insgesamt hat sich die ***Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold*** in weiten Teilen Ostwestfalen-Lippes erfolgreich etablieren können, trotz aller raumspezifischen Herausforderungen und knapper finanzieller und personeller Ausstattung – es steht lediglich eine feste Arbeitsstelle mit einem Umfang von 25 Wochenstunden zur Verfügung. In den kommenden beiden Jahren wird es darum gehen die Öffentlichkeitsarbeit deutlich auszuweiten. In diesem Rahmen sollen Veranstaltungen und Maßnahmen vor allem in den bisher nur wenig durch die Beratungsarbeit abgedeckten Teilen des Regierungsbezirks stattfinden, so beispielsweise in den Kreisen Gütersloh, Paderborn und Höxter.

Außerdem sollen zukünftig gezielt Kontakte in migrantische Milieus geknüpft werden, um das Angebot auch und besonders jenen gesellschaftlichen Gruppen bekannt zu machen, die bisher noch nicht von der Mobilen Beratung erreicht werden konnten – und die gleichzeitig immer wieder Opfer rassistisch motivierter Vorfälle oder Gewalt werden. Zudem ist für das Jahr 2012 die Veröffentlichung von zwei Informationsbroschüren geplant: Eine Broschüre wird sich der rechten Szene in Ostwestfalen-Lippe widmen, eine zweite demokratische zivilgesellschaftliche Initiativen aus der Region vorstellen. Die Bevölkerung über Ausmaß sowie Art und Weise neonazistischer Aktivitäten in ländlichen Regionen zu informieren, scheint ausgesprochen wichtig. Es ist notwendig, dafür zu sensibilisieren, dass es sich bei extrem rechtem Denken und Handeln um ein gesellschaftliches Problem handelt, denn nur so wird deutlich, dass es auch gesamtgesellschaftlichen Engagements bedarf, um extrem rechten Tendenzen entgegenzuwirken. Politischer Bildungsarbeit vor allem mit Jugendlichen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu Q2. Die Mobile Beratung engagiert sich daher verstärkt im SchülerInnennetzwerk ***Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*** (SoR – SmC). Sie unterstützt bereits seit einigen Monaten die in Bielefeld ansässige OWL-Regionalkoordination bei der Betreuung der SoR – SmC-Schulen in Herford sowie bei der Organisation eines für April 2012 geplanten Regionaltreffens.

Um diese wichtigen Ziele – intensive Öffentlichkeitsarbeit, gezielter Kontakt zu migrantischen Gruppen und das verstärkte Engagement in der politischen Bildungsarbeit – umsetzen zu können, erscheint als vielleicht dringlichstes Anliegen die Erhöhung der Anzahl der potentiellen BeraterInnen. Zurzeit steht nur eine ausgesprochen kleine Personengruppe zur Verfügung.

Q2 vgl. den Beitrag von Dieter Frohloff in dieser Broschüre

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Detmold
AKE Bildungswerk e.V. Vlotho // Karsten Wilke // Südfeldstr. 4 // 32602 Vlotho // 05733-95737 oder -8712904 // karsten.wilke@ake-bildungswerk.de // www.ake-bildungswerk.de

VERÄNDERN LERNEN AKE

Auch „zwischen den Demos“ aktiv bleiben – politische Bildung und Mobile Beratung

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg

Dieter Frohloff

„Hamm erwache!“ – „Alles für Volk, Rasse und Nation!“ – „Nationaler Sozialismus jetzt!“: So schallte es am Mittag des 1. Oktober 2011 durch die Straßen des Hammer Vororts Heessen. Knapp 300 Neonazis marschierten unter dem Motto „Den Volkstod stoppen – Wir lassen uns nicht BRDigen“ durch ein Wohngebiet. Viele TeilnehmerInnen kommen zwar aus dem Spektrum der ‚Autonomen Nationalisten‘ Q1, doch entgegen ihres zeitgemäßen Erscheinungsbildes geben sich die Redner „traditionell“, beschwören den „Straßenkampf“ und beziehen sich immer wieder auf den historischen Nationalsozialismus. Schon in den Jahren zuvor hatte die örtliche ***Nationale und Sozialistische Kameradschaft Hamm*** Demonstrationen in Hamm organisiert, immer wieder sind die Neonazis auch in der Region aktiv und unterstützen die regionale Szene, etwa im Münsterland. In den Monaten zuvor sind wiederholt Fensterscheiben von Parteibüros der SPD und der Partei ***Die Linke*** zerstört oder beschädigt worden. Breit wahrnehmbaren Protest gab es in Hamm in den letzten Jahren nur vereinzelt.

Zwei Stunden vorher: Reisende werden von einem bunten Fahnenmeer auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof Hamm empfangen. Ein Bündnis aus Parteijugendorganisationen, DGB-Jugend, antifaschistischen Gruppen und der BezirksschülerInnenvertretung hatte – u.a. mit Unterstützung der zweiten Bürgermeisterin und dem 1991 vom Stadtrat initiierten und gesellschaftlich breit aufgestellten „Hammer Appell“ – zu einer Demonstration „Gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung“ aufgerufen. Doppelt so viele TeilnehmerInnen wie vom Bündnis ***Haekelclub 590*** Q2 erwartet sind diesem Aufruf gefolgt. Darüber hinaus feierten ebenfalls mehrere hundert Hammer BürgerInnen an der ***Ulu-Moschee*** ein „Internationales Suppenfest“. Auch der Hammer Oberbürgermeister nahm an den Veranstaltungen teil, in der Lokalzeitung hieß es danach: „Mehr als 600 Menschen marschierten friedlich durch die Innenstadt. Neben den Jungs und Mädels vom schwarzen Block gingen auch Senioren, Familien und Jugendliche mit. Gewerkschaften, Parteien, Jugendorganisationen, Kirchen und viele andere setzten mit Plakaten und Spruchbändern Zeichen. Die Stimmung war entspannt, das gemeinsame Ziel einte die Menschen: Hamm ist bunt.“

Sowohl die VertreterInnen der Stadt als auch des Bündnisses betonten, dass vor allem die Solidarisierung unterschiedlichster Initiativen, Bündnisse, Vereine und Menschen, die friedlich ein Zeichen gegen Neonazis in ihrer Stadt gesetzt hatten, als Erfolg zu werten sei: Das Vorhaben, wirklich „gemeinsam“ zu Demonstrieren – zentrales Thema der Mobilisierung – hatte Erfolg. Im Nachgang der erfolgreichen Gegendemonstration war den Aktiven vom ***Haekelclub 590*** klar, dass sie weiter machen wollten. Im Fokus ihrer Arbeit steht nun vor allem Bildung und Aufklärung: „Alle Initiativen betreiben heute schon vielfältige Aktionen gegen Rechts. Wir gehen von nun an auch gemeinsam gegen rechte Strukturen in Hamm vor. Unser Weg ist ein konsequentes Eintreten gegen Rechts und eine kontinuierliche Bildungsarbeit. Diese umfasst das Aufklären über rechtes Gedankengut, Lifestyle und Geschichte. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf lokaler Ebene; wir werden vor der eigenen Haustür aktiv“. Dass sie schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens damit erfolgreich sind, beweist nicht zuletzt die Auszeichnung mit dem „Kommunalfuchs“ der (SPD-nahen) bundesweiten ***Monatszeitschrift für Kommunalpolitik DEMO*** in der Kategorie „Kommunales Engagement junger Menschen“, die der ***Haekelclub 590*** im November beim Kommunalkongress 2011 in Essen vor knapp 400 KommunalpolitikerInnen aus ganz Deutschland entgegen nehmen konnte.

Q1 vgl. den Beitrag von Jan Schedler in dieser Broschüre
Q2 Das Bündnis beschreibt sich wie eine „Nadel mit Haken an der Spitze“, die immer wieder in die Maschen der Gesellschaft dringt und auf Rassismus und Ausgrenzung aufmerksam macht. Die Zahl 590 steht für die ersten drei Ziffern der Postleitzahlen in Hamm

Agieren statt Reagieren – Langfristige und kontinuierliche Bildungsarbeit

Mit ihrem Augenmerk auf Bildung und Aufklärung reagiert das Bündnis auf die Herausforderungen in seiner Stadt: Regelmäßige Aufmärsche binden häufig die Aufmerksamkeit und die Kraft der Zivilgesellschaft. Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten findet dann öffentlichkeitswirksam und oft auf der Straße statt. Das führt aber immer wieder dazu, dass „zwischen den Demos“ das Engagement einschläft oder die Thematisierung von Neonazismus und Rassismus in der lokalen Politik, der örtlichen Zeitung oder schlichtweg in Diskussionen am Gartenzaun oder Arbeitsplatz schwierig ist.

Auch in Dortmund kennt man dieses Problem: Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft konzentrierten sich in den vergangenen Jahren oft auf die Proteste zum sogenannten Nationalen Antikriegstag, mit dem die militante rechte Szene einen wichtigen Termin im bundesweiten Demonstrationskalender etablieren konnte. Bis zu 1.800 Rechtsextreme kamen zu diesem „Event“, im letzten Jahr waren es noch über 750 TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland. Dass aber sowohl in Hamm als auch in Dortmund eine sehr aktive, teilweise gewaltbereite und in der Region tonangebende Gruppe von Neonazis auch dann zum Thema gemacht werden sollte, wenn gerade kein großer Aufmarsch angekündigt ist, setzt sich zunehmend als Erkenntnis bei denjenigen durch, die sich vor Ort für Demokratie und gegen die extreme Rechte einsetzen.

An der Schnittstelle von anlassbezogener Reaktion, etwa durch Proteste gegen Naziaufmärsche, und langfristiger Prävention kann Mobile Beratung mit Angeboten aus dem Bereich der politischen Bildungsarbeit die AkteurInnen vor Ort unterstützen. Im Regierungsbezirk Arnsberg wird die Mobile Beratung von der ***Gewalt Akademie Villigst*** (GAV) übernommen – einer Untergliederung des ***Amtes für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen***. Die GAV ist seit mehr als zehn Jahren in der Antirassismus-, Konfliktbearbeitungs- und Deeskalationsarbeit tätig, ihre Mitglieder entwickeln Konzeptionen und Strategien für die Arbeit von über 1.200 ausgebildeten ***Villigster DeeskalationstrainerInnen*** und ausgebildeten Fachkräften im Themenfeld Rechtsextremismus. Die Mobile Beratung greift auf ein Team von Experten aus der GAV zurück, die neben der Mitarbeit im Rahmen von Prozessen der unterstützenden und moderierenden Beratung vor allem auch wichtige Bildungsaufgaben übernehmen können. Ausgehend von Beratungsanfragen und der grundlegenden Überlegung, wie auch abseits von spektakulären „Szeneevents“, Demonstrationen oder Gewalttaten Rassismus, Diskriminierung und die extreme Rechte im lokalen Nahraum thematisiert werden können, hat die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg verschiedene Projekte umgesetzt beziehungsweise begleitet.

„Gewalt sehen und helfen“ – Sensibilisierung durch Zivilcourage-Trainings

Der ***Runde Tisch gegen Gewalt und Rassismus der Kreisstadt Unna***, einer 66.000-EinwohnerInnen-Stadt in direkter Nachbarschaft von Dortmund, sah sich etwa nicht nur mit den wiederkehrenden Demonstrationen der bundesweiten Neonaziszene „vor der Haustür“ konfrontiert, sondern immer wieder auch mit Aktivitäten rechter KameradInnen in der eigenen Stadt und im Kreisgebiet, zum Beispiel in Kamen oder Lünen. Diese Alltäglichkeit extrem rechter Agitation wahrzunehmen, fällt unserer Erfahrung nach auch in NRW den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden immer noch schwer – beispielsweise aus Sorge um das Image der Stadt. Gemeinsam mit der Mobilen Beratung sollte daher ein Konzept entwickelt werden, um die Menschen der Stadt Unna im Umgang mit Rassismus zu sensibilisieren und zu stärken. Im Fokus stand dabei die Frage, wie gegenseitiger Respekt und Interesse an Mitmenschen als Grundlage für die Prävention von Rechtsextremismus vermittelt und gelebt werden können. Am örtlichen Gymnasium konnten im Frühjahr 2011 in Kooperation mit der Volkshochschule, der GAV und dem ***Runden Tisch*** Zivilcourage-Trainings zur Deeskalation von Gewalt, Unterstützung von (tatsächlichen und potentiellen) Opfern und zur Reflexion von Rassismus konzipiert und durchgeführt werden. Nach einem „Impulstraining“ für alle interessierten

LehrerInnen im Februar, das neben der nötigen Theorie auch praktische Sequenzen aus dem Training enthält, folgten Klassentrainings in den vier achten Klassen zwischen März und Mai 2011. Das „Zivilcourage-Training“ umfasste zwei Tage pro Klasse sowie, nach einer praktischen Erprobung des Gelernten durch die TeilnehmerInnen, einen dritten Tag mit einer Nachbereitung und einem Feedback. Bei Trainings ganzer Klassen eines Jahrgangs einer Schule liegt der Schlüssel zum Erfolg oft in der Zeit der praktischen Erprobung nach den ersten beiden Trainingstagen. Zivilcouragiertes Eingreifen in Konfliktsituationen erfordert neben den nötigen Deeskalationsmethoden vor allem eine persönliche Haltung und freiwillige Teilnahme an Angeboten der Gewaltprävention – die SchülerInnen und LehrerInnen aus Unna haben hier den ersten Schritt gemacht, um in der Stadt eine langfristige Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Rassismus zum Thema machen – Ein Schulnetzwerk als Chance

Wie kann aber über einmalige Projekte hinaus Demokratieentwicklung und Rechtsextremismusprävention nachhaltig in der Bildungsarbeit verankert werden? Das Mitte der 1990er Jahre von der GAV mit angestoßene Schulnetzwerk ***Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*** (SoR-SmC), dem mittlerweile bundesweit gut 1.000 und in NRW über 250 Schulen angehören, bietet eine solche Möglichkeit. Es ist ein Projekt von und für SchülerInnen, die gegen alle Formen der Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Die Schulen verpflichten sich, das Thema Rassismus im Rahmen von Projekttagen, vor allem aber im Schulalltag zu behandeln – gemeinsam mit PatInnen, die das Vorgehen der Schulen unterstützen und begleiten. In Dortmund sind fast 30 Schulen Mitglied im Netzwerk, im Kreis Unna etwa organisieren sich 15 Schulen in einem Arbeitskreis unter dem Dach der Regionalvertretung und Koordination durch die ***Regionale Servicestelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien*** (RAA Kreis Unna). Es finden regelmäßige Regionaltreffen statt mit dem Ziel, gemeinsame Aktionen zu initiieren und Schulen, die sich auf den Weg zur „Schule ohne Rassismus“ begeben, zu helfen. Die Regionaltreffen werden mit Unterstützung der Mobilen Beratung durchgeführt. Das Ziel, ist neben dem gegenseitigen Kennenlernen die Vereinbarung über die kreisweite Durchführung gemeinsamer Projekte. 2011 entschieden sich die SchülerInnen mit großer Mehrheit für das Projekt SoR-SmCreaCourage. Dabei erstellen die beteiligten Schulen wahlweise ein Musikstück, einen Text oder einen Kurzfilm. Die Beiträge werden bei einer gemeinsamen Veranstaltung am Schuljahresende präsentiert. Die Zusammenarbeit zwischen Mobiler Beratung und den Netzwerkschulen ermöglicht darüber hinaus einen engen Kontakt in die Region, einen fortwährenden Informationstransfer und lässt Kommunikationsräume entstehen. Denn gerade die Jugendlichen verfügen häufig über ein profundes Wissen über extrem rechte Szenen in ihren Sozialräumen. Die Angebote der Mobilen Beratung werden im schulischen Bereich bekannter, Vertrauen bei LehrerInnen und Schulleitungen wird aufgebaut und die Hemmschwelle, Beratung anzunehmen, sinkt merklich – das zeigen die Erfahrungen auch in den anderen Regierungsbezirken NRWs, wo es ebenfalls eine enge Zusammenarbeit zwischen „Schule ohne Rassismus“ und der Mobilen Beratungsstellen gibt, die oft als regionale Ansprechpartner für die Schulen fungieren.

Rechtsextremismus und Fußball als Lernanlass

In Nordrhein-Westfalen und speziell im Ruhrgebiet mit seiner großen Dichte an erfolgreichen Fußballvereinen und Traditionsclubs wird die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch in den Fußballstadien geführt. Viele Fangruppen engagieren sich antirassistisch und organisieren selbst Bildungs-, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen. Denn immer wieder versuchen Neonazis, die jugendlich-subkulturellen Inszenierungsformen in der Kurve für sich zu nutzen und über den Fußball andere Jugendliche anzusprechen. Auch hier steht Dortmund mit dem BVB im Fokus des Interesses. Dass Fußball aber ein Lernanlass sein kann, um sich positiv mit Rassismus und der extremen Rechten auseinander zu setzen, zeigen die Angebote des BVB-Lernzentrums, das eng mit der GAV und der Mobilen Beratung zusammenarbeitet. Direkt im Westfalenstadion des BVB gelegen, stellt es ein breit gefächertes Jugendbildungsangebot zur Verfügung und kommt damit der gesellschaftlichen Verantwortung des Massenphänomens Fußball nach. Dabei nutzen die MitarbeiterInnen die besondere Faszination des außerschulischen „Lernorts Stadion“ zur Steigerung der Lernmotivation bei der jugendlichen Zielgruppe. Die praktiziert kooperative Lernatmosphäre ohne Druck und Leistungsbewertung erhöht zusätzlich die Bereitschaft, sich aktiv am Programm zu beteiligen. Durch die direkte Ansprache und den Bezug zur Alltagsrealität der Teilnehmenden werden ihre Erfahrungen stetig nachgefragt und bearbeitet. Über 2.000 Jugendliche im Jahr – SchülerInnen aus Dortmund und der Umgebung, aber auch Gruppen aus der Fanszene und von Jugendorganisationen – nehmen die Angebote des Lernzentrums in Anspruch und kommen mit den MitarbeiterInnen ins Gespräch. Durch die enge Verzahnung mit der GAV ist dieser Erfahrungsschatz auch für die Mobile Beratung nutzbar und das Thema „Fußball und Rechtsextremismus“ Teil der alltäglichen Arbeit. In gemeinsamen Sitzungen von Mobiler Beratung und Lernzentrum werden Informationen ausgetauscht, Methoden reflektiert und weiterentwickelt sowie aktuelle Trends und Entwicklungen in der jugendlich geprägten Fanszene besprochen, um in der Region sensibel reagieren zu können und das Angebot der Mobilen Beratung bei konkreten Herausforderungen auch an andere Vereine vermitteln zu können (zu den Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden siehe auch den Artikel von Klare/Sturm auf S. 48 in dieser Broschüre).

Ressourcen bündeln und gemeinsam arbeiten – politische Bildung und Mobile Beratung

Alle genannten Beispiele einen zwei Ansätze, die Mobile Beratung in Zusammenarbeit mit der politischen Bildung verfolgt: Einerseits ist die Kooperation mit BildungsträgerInnen ein wichtiger Baustein der Netzwerkarbeit in der Region, der für Vertrauen, niedrigschwellige Ansprechbarkeit und einen größeren Bekanntheitsgrad des Angebots sorgt. Andererseits fließen klassische Methoden und Konzepte politischer Bildung immer wieder in Beratungsprozesse ein und bereichern die Aktivitäten vor Ort. Das Bündnis ***Haekelclub 590*** in Hamm, aber etwa auch die im ***Dortmunder Runden Tisch für Toleranz und Verständigung*** in Dorstfeld zusammengeschlossenen Aktiven arbeiten daher bei der Entwicklung von Strategien und Angeboten der Bildungsarbeit, die nicht nur auf den Protest gegen Neonazidemos ausgerichtet sind, mit der Mobilen Beratung zusammen. Dabei handeln wir nicht ausschließlich anlassbezogen, sondern sehen unsere gesellschaftliche Verantwortung in der Stärkung der Engagierten vor Ort. Neben der gemeinsamen Planung von pädagogischen Projekten stehen dabei immer wieder auch die spezifischen Herausforderungen der Bündnisarbeit und Vernetzung unterschiedlichster AkteurInnen von Schulen über Initiativen, Parteien, Kirchengemeinden, MigrantInnenorganisationen und Verbänden bis hin zu städtischer Verwaltung und Polizei im Fokus. Mobile Beratung kann in diesem Prozess die Rolle einer Moderatorin übernehmen, die unterschiedliche Interessen und Motivationen zusammenführt und damit Perspektiven für gelingende Zusammenarbeit liefert. Das Engagement der Aktiven zu stärken steht dabei an zentraler Stelle. Politische Bildung ist daher für die Mobile Beratung ein wichtiges Arbeitsfeld, um Demokratieförderung langfristig und vor Ort erfolgreich auf viele Schultern zu verteilen – damit der ***Haekelclub 590*** nicht allein bleibt mit seiner Forderung: „Widersprechen! Teilnehmen! Aktiv werden!“

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg
Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen mit der Gewalt Akademie Villigst (GAV) // Dieter Frohloff // Haus Villigst // Iserlohner Str. 25 // 58239 Schwerte // 02304-755-190 oder -280 // netzwerk@afj-ekvw.de // www.gewaltakademie.de

Navigation // Adressen & Literatur

82 AnsprechpartnerInnen und Beratung

86 Literatur zum Thema

89 Links

AnsprechpartnerInnen und Beratung

Mobile Beratung NRW
www.mobile-beratung-nrw.de

Regierungsbezirk Münster:
Mobile Beratung im RB Münster –
gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Heiko Klare, Michael Sturm
0 251 - 492 71 09
kontakt@mobim.info
www.mobim.info

Regierungsbezirk Detmold:
AKE-Bildungswerk e.V.
Karsten Wilke
0 57 33 - 95 737
karsten.wilke@ake-bildungswerk.de
www.ake-bildungswerk.de

Regierungsbezirk Arnsberg:
Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen / Gewalt Akademie Villigst
Dieter Frohloff
0 23 04 - 755 190
netzwerk@afj-ekvw.de
www.gewaltakademie.de

Regierungsbezirk Düsseldorf:
Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. / Stadt Wuppertal
Sebastian Goecke, Marat Trusov
0 202 - 563 27 59
sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de
www.wuppertaler-initiative.de

Regierungsbezirk Köln:
Mobile Beratung im RB Köln in der Info und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus / NSDok der Stadt Köln
Hans-Peter Killguss, Hendrik Puls
0 221 - 221 263 32
ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

Weitere Beratungsangebote

Beratung von Eltern und Bezugspersonen

IDA-NRW – Unterstützung für Eltern
und Bezugspersonen rechtsextrem
orientierter Jugendlicher in NRW
0 211 - 159 25 55
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de/rechtsextremismus/beratung-von-eltern/

Unterstützung bei Ausstieg und Wiedereingliederung

NinA –Neue Wege in Ausbildung und Arbeit in der
Emscher-Lippe-Region
0 176 - 931 197 65
nina.gelsenkirchen@reinit.de
nina.recklinghausen@reinit.de
www.ausstieg-zum-einstieg.de

Ausstieg statt Einstieg Witten

Silvia Eilhardt
0 23 02 - 581 51 95
silvia.eilhardt@stadt-witten.de
www.witten.de

HelpLine Aktiv gegen Rechts –

Aussteigerprogramm der Landesregierung NRW
0 18 03 - 10 01 10
nrwdirekt@nrw.de
www.nrwdirekt.de

Beratung von Opfern rechter Gewalt

Rheinland: IDA-NRW – Infomations-und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit
in NRW
0 211 - 159 25 55
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de/rechtsextremismus/

Westfalen: Back Up. Beratungsstelle für
Opfer rechter Gewalt
0 172 - 104 54 32
contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org

Weitere AnsprechpartnerInnen

Anti-Rassismus Informations-Centrum NRW e.V. (ARIC NRW)

0 203 - 28 48 73
kontakt@aric-nrw.de
www.aric-nrw.de

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland (ABR)

c/o Le Sabot
0 15 20 - 849 44 50
bildungsforum@gmx.de

Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und - Erinnerungsorte in NRW e.V.

c/o Geschichtsort Villa ten Hompel
Alfons Kenkman
0 251 - 492 70 48
tenhomp@stadt-muenster.de
www.ns-gedenkstaetten.de

Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen e.V. (AK Ruhr)

c/o Respektbüro/Jugendamt der Stadt
Dortmund
Stefan Woßmann
0 231 - 502 99 42
swossmann@stadtdo.de
www.ak-ruhr.de

DGB Jugend NRW

Jugendbildungszentrum Hattingen
Marc Neumann
02324-508202
info@streber-online.de
www.dgb-jugend-nrw.de

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus

der Fachhochschule Düsseldorf
0 211 - 811 46 25
forena@fh-duesseldorf.de
www.arbeitsstelle-neonazismus.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW (IDA NRW)

Anne Broden
0 211 - 159 25 55
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Elke Steven
0 221 - 972 69 20
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Landesintegrationsrat NRW

(bis Juni 2010: LAGA NRW)
0 211 - 99 41 60
info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat-nrw.de

„Mach' meinen Kumpel nicht an" e. V.

Kumpelverein „Gelbe Hand"
0 211 - 430 11 93
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V., Landesnetzstelle NRW

c/o DGB Jugend OWL/Bielefeld
Janina Hirsch
0 521 - 964 08 22
nrw@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de/nrw

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage Landeskoordination NRW

Hauptstelle RAA NRW
Renate Bonow
0 201 - 832 83 07
renate.bonow@hauptstelle-raa.de
www.raa.de/schule-ohnerassismus.html

Literatur zum Thema

Aufsätze und Handreichungen
I Extreme Rechte

„Autonome Nationalisten". Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur (herausgegeben von Jürgen Peters & Christoph Schulze) Unrast-Verlag, Münster 2009.
Der kompakte Band enthält eine Reihe von knapp gehaltenen Beiträgen, die eine erste Annäherung an die vergleichsweise neue Strömung der „Autonomen Nationalisten" ermöglichen. Die Texte widmen sich den Entstehungskontexten, den Inszenierungspraktiken, der Gewaltbereitschaft und dem politischen Selbstverständnis dieser Gruppen. Diskutiert wird dabei auch die Bedeutung der subjugendkulturellen Ausdrucksformen der „Autonomen Nationalisten", die sich in oftmals irritierender Weise der Stilmittel nicht-rechter Szenen bedienen.

Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung (herausgegeben von Jan Schedler & Alexander Häusler) Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.
Der Sammelband stellt die bislang umfangreichste Auseinandersetzung mit den „Autonomen Nationalisten" dar. In rund 20 Aufsätzen beschäftigen sich die AutorInnen mit den regionalen und internationalen Ausprägungen dieser Strömung. Ausgeleuchtet wird das Verhältnis zur NPD und anderen extrem rechten Gruppen. Ausführliche Analysen befassen sich auch mit den Inszenierungspraktiken und den Weltbildern der „Autonomen Nationalisten".

Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010 (Oliver Decker u.a., herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung– Forum Berlin) Berlin 2010.
Das ForscherInnenteam um Oliver Decker und Elmar Brähler führt bereits seit dem Jahr 2002 repräsentative Erhebungen durch, die nach der Verbreitung und den Ursachen demokratiefeindlicher, rassistischer und antisemitischer Einstellungen fragen. Die Studien zeigen, dass extrem rechte Haltungen keineswegs ein Randphänomen in der Bundesrepublik darstellen, sondern in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen verankert sind. Diskutiert werden aber auch politisch-gesellschaftliche bzw. pädagogische Gegenstrategien, um das demokratische Bewusstsein zu stärken.
als PDF online unter: http://library.fes.de/pdffiles/do/07504.pdf

Moderner Rechtsextremismus in Deutschland (herausgegeben von Andreas Klärner & Michael Kohlstruck) Hamburger Edition, Hamburg 2006 [zudem als Lizenzausgabe in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung].
Der Sammelband beleuchtet aus der Perspektive der Bewegungsforschung unterschiedliche Strategien, Parteien und Akteure der extremen Rechten. Analysiert wird etwa unter welchen Voraussetzungen es extrem rechten Gruppen und Szenen gelingt, sich in lokalen Gemeinwesen zu etablieren, welche Möglichkeiten aber auch die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur bietet, diesen Entwicklungen zu begegnen. Aufschlussreich sind auch die Beiträge, die sich ausgehend von Ansätzen der Biografieanalyse sowie der Geschlechter-und Gewaltforschung mit Selbst- und Rollenbildern extrem rechter AkteurInnen beschäftigen.

Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung". Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland (Neufassung 2010, herausgegeben vom AK Ruhr – Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen)
Die 40 Seiten umfassende Expertise der Arbeitsstelle Neonazismus/Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus an der FH Düsseldorf stellt kompakt die Strukturen, das Personal, die internationalen Vernetzungen und die Programmatik der „Pro-Bewegung" vor. Analysiert werden darüber hinaus die Argumentationsmuster eines „kulturalisierten Rassismus", der die klassischen „Ausländer-Raus"-Forderungen als Kritik an der vermeintlichen „Islamisierung Europas" verpackt. Die AutorInnen machen deutlich, dass derartige Thesen in der „Mitte der Gesellschaft" durchaus auf Zustimmung stoßen. Die Expertise enthält mit dem „Appell zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen einen rassistischen Populismus" und den „Zehn Punkten gegen rassistischen Populismus" jedoch auch erste Anregungen, auf welcher Grundlage die Auseinandersetzung mit extrem rechten Gruppen und Parteien im kommunalen Raum geführt werden sollte.
als PDF online unter: http://sites.google.com/site/akruhr/downloads

Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten (herausgegeben von Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster) Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.
Der umfangreiche Sammelband vereint zahlreiche Aufsätze, die aus unterschiedlichen Perspektiven Handlungsweisen, Aktionsformen, politische und diskursive Strategien der extremen Rechten in unterschiedlichen Bereichen ausleuchten. Dabei geraten die Bemühungen der NPD um kommunalpolitische Verankerung ebenso in den Blick wie das oftmals martialische Auftreten der „Autonomen Nationalisten" oder die Anziehungskraft, die vom RechtsRock oder anderen jugendkulturellen Angeboten ausgeht. Vorgestellt werden aber auch mögliche Gegenstrategien. Welche Möglichkeiten haben demokratische Parteien mit Abgeordneten der extremen Rechten umzugehen? Wie können Ansätze zur Rechtsextremismusprävention in Sportvereinen aussehen? Welche pädagogischen Reaktionen haben sich in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus als sinnvoll erwiesen?

II Handreichungen für zivilgesellschaftliche Gegenstrategien

Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann (herausgegeben von Holger Kulick & Toralf Staud) Verlag Kiepenhauer & Witsch. Köln, 2009.
Sind Sitzblockaden strafbar? Wie geht man mit rassistischen Witzen um? Woher bekomme ich Geld für meine Initiative und wie gründe ich diese? Im zweiten Teil „Handeln" geben die Journalisten Kulick und Staud in ihrem Buch jeweils auf wenigen Seiten Antworten. Jedes Unterkapitel behandelt eine zentrale Frage im Umgang mit der extremen Rechten. Neben „Handeln" beantworten die Autoren Fragen zu „Wissen" und Symbolen. Das Buch bietet sich für jede/n an, die/der schnelle und fundierte Antworten auf ihre/seine Fragen haben möchte.

Bündnisse gegen Rechtsextremismus gründen: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung (Grit Hanneforth) In: Molthagen, Klärner & Korgel, Lorenz u.a. (Hg.). Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus". Handeln für Demokratie. Verlag J.H.W. Dietz. Bonn, 2008.
Hanneforth stellt in diesem Artikel kurz und prägnant die Probleme und Funktionen von Bündnissen vor. Ausgehend von einer Gründung und darüber hinaus werden hier Workshopthemen und Durchführungen vorgeschlagen. Der als Workshop-Konzeption verfasste Artikel ist nicht nur für mögliche Veranstalter interessant, sondern für alle Menschen, die in Bündnissen arbeiten – werden hier doch viele verschiedene Themen angesprochen mit denen sich nicht nur einzelne oder „Neulinge" in der Bündnisarbeit auseinandersetzen müssen.
als PDF online unter www.fes-gegenrechtsextremismus.de

Demokratie braucht Qualität. Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus (Roland Roth) Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010.
Neben einer kurzen Darstellung des aktuellen Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft sowie einem Blick auf die bisherigen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus mit Anregungen für zukünftige Qualitätsdebatten untersucht Roth die Handlungsfelder „Staat", „Zivilgesellschaft" und „Wirtschaft". Dabei nennt er jeweils ganz konkrete Beispiele guter Praxis und gibt Hinweise auf „Gelingensfaktoren", zu denen auch das schlussendliche Plädoyer für eine dauerhafte Auseinandersetzung zählt.
als PDF online unter http://library.fes.de/pdffiles/do/07303.pdf

Demokratie steckt an. Trainingshandbuch für die JuLeiCa-Ausbildung und den Jugendfeuerwehralltag Deutsche Jugendfeuerwehr, Berlin 2010.
Ein weiteres Beispiel für eine einflussreiche gesellschaftliche Gruppe neben den Kirchen, die sich mehr und mehr dem Thema „Umgang mit Rechtsextremismus" öffnet, sind die Feuerwehren, im Speziellen die Jugendfeuerwehr. Dieses Trainingshandbuch liefert für alle Aktiven konkrete Hinweise und Methoden für die Gestaltung des Zusammenlebens im Verband und den Umgang mit extrem rechten oder rassistischen Vorfällen – sicherlich auch eine Hilfe für Engagierte in anderen (Jugend-)Verbänden.
als PDF online unter www.demokratie.jugendfeuerwehr.de

Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Karin Dörre & Jürgen Lorenz) In: Hülsemann, Wolfram & Kohlstruck, Michael (Hg.): Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch. Mobiles Beratungsteam Brandenburg (RAA Brandenburg e.V.).Potsdam, 2004.
Angermünde galt in den 1990er Jahren gemeinhin als „Braunes Nest", seither hat sich vieles getan. Begleitet vom Mobilen Beratungsteam für die Landkreise Uckermark und Barnim nahm das bürgerschaftliche Engagement der Stadt zu und man initiierte diverse Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus. Nicht unwesentlich wurde dieses Engagement vom örtlichen Bündnis getragen. Angermünde kann als Beispiel dafür gesehen werden, wie eine Stadt beginnt sich gegen Rechtsextremismus einzusetzen und versucht kontinuierlich an diesem Thema zu arbeiten.
als PDF online unter www.gemeinwesenberatung-demos.de

Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum (Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement) Halle/Saale, 2010.
Diese Handreichung ist das Ergebnis des Modellprojektes „Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum", das von November 2008 bis Dezember 2010 im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent für Demokratie" durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurde. Praxisnah beschreiben die AutorInnen Möglichkeiten der Stärkung demokratischer Kultur im ländlichen Raum, verschiedene Integrationsstrategien gegen Rechtsextremismus anhand konkreter Fallbeispiele und unterstützen die LeserInnen mit einem großen Serviceteil. Eine hilfreiche Lektüre für alle Engagierten, nicht nur in kleineren Gemeinden auf dem Land.
als PDF online unter www.kompetent-fuer-demokratie.de

Kommunalanalyse „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“ (Ray Kokoschko) In: Hülsemann, Wolfram & Kohlstruck, Michael & Wilking, Dirk (Hg.): Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke II. Ein Werkstattbuch. Demos – Brandenburgiches Institut für Gemeinwesenberatung in Trägerschaft von Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Wie kann Mobile Beratung helfen? Die Kommunalanalyse stellt ein Mittel dar. Anhand von qualitativen Methoden der Sozialforschung und dem Konzept des „Community Coaching“ kann ein umfassender Überblick über die Kommune in Hinblick auf Rechtsextremismus erstellt werden. Dieser Artikel zeigt beispielhaft an dem brandenburgischen Ort Bad Freienwalde wie eine solche Kommunalanalyse erfolgt und bietet damit gleichzeitig einen Einblick in die Arbeit der Mobilen Beratung.

als PDF online unter www.gemeinwesenberatung-demos.de

Keine Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte Gruppen. Eine Handreichung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dok der Stadt Köln, Köln 2011.

In der ibs-Broschüre “Keine Räume der Nazis” sind hilfreiche Tipps zusammen gestellt, welche die Handlungssicherheit von VermieterInnen und deren Angestellten erhöhen. So wird anhand von Beispielen aus der Praxis beschrieben, wie extrem rechte Gruppen bei der Anmietung vorgehen und an welchen Symbolen, Codes und Marken extrem rechte MieterInnen erkannt werden können. Im Mittelpunkt des Ratgebers stehen Hinweise zur Gestaltung von Mietverträgen, die den VermieterInnen Möglichkeiten geben, extrem rechte Veranstaltungen in ihrem Haus zu unterbinden.

als PDF online unter www.mbr-koeln.de

Nächstenliebe verlangt Klarheit. „Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens) Arbeitsgruppe Kirche und Rechtsextremismus, Dresden 2008.

Die Evangelische Kirche in Sachsen beschäftigt sich schon seit einigen Jahren in der AG Kirche und Rechtsextremismus mit dem häufig schwierigen Umgang in Gemeinden, der auch im Westen noch oft geprägt ist von einem Gefühl des „nicht-zuständig-seins“ oder eher anlassbezogenem Engagement. Im Alltag der Kirchengemeinden wird Rechtsextremismus eher selten zum Thema. Neben allgemein gehaltenen Einführungstexten bietet diese Broschüre handfeste Tipps für die alltägliche Arbeit in den Gemeinden sowie Bausteine und Beispiele für kirchliches Engagement. Mittlerweile ist aus der sächsischen Gruppe die bundesweite ökumenische AG Kirche für Demokratie entstanden.

als PDF online unter www.kirchefuer-demokratie.de

Umgang mit rechtsextremen Besucher/-innen bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen. Eine Handreichung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR).

Immer wieder versuchen Rechtsextreme Veranstaltungen „gegen rechts“ für sich zu vereinnahmen und sich mit ihren menschenverachtenden Ansichten zu inszenieren. Es stellt eine Herausforderung für die Veranstalter dar keine Bühne für Rechtsextreme zu bieten. Die Mobile Beratung Berlin bietet eine Handreichung, die Hilfestellungen im Umgang mit extrem rechten BesucherInnen geben soll. Wie kann man diese von der Veranstaltung ausschließen und damit kein Freiraum für Diskriminierungen bieten?

als PDF online unter www.mbrberlin.de

„Dagegen!“ Und dann…?! Rechtsextreme Straßenpolitik und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien in NRW. Eine Handreichung der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster (mobim) und dem Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster 2011.

Wie hat sich die Demonstrationspolitik der Neonazis in den letzten Jahren entwickelt? Welche Konsequenzen haben der Ruf nach Verboten und die Veränderungen in den Versammlungsgesetzen? Wie organisieren sich erfolgreiche Bündnisse? Welche Möglichkeiten der Unterstützung gibt es in NRW? Diese und weitere Fragen wurden während der Tagungen “Provokation und Propaganda – Rechtsextreme Straßenpolitik als Herausforderung für die Zivilgesellschaft” (19. Juni 2009) und den beiden Workshoptagungen “‘Dagegen!’ Und dann…?! – Bündnisse gegen Rechtsextremismus in NRW” (2010 in Bochum und 2011 in Dortmund) diskutiert. Sie bilden die Grundlage dieser praktisch ausgerichteten und umfangreichen Broschüre.

als PDF online unter www.mobim.info

Links

www.mobile-beratung-nrw.de

Das gemeinsame Internetportal der Mobilen Beratung in NRW bietet neben den Kontaktadressen aus den Regionen landesweit relevante Infos zur extremen Rechten, zu Aktivitäten und Terminen aus dem Beratungsnetzwerk sowie Handreichungen etwa zu Umgang mit Veranstaltungsbesuchen durch Neonazis.

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

Die offizielle Homepage des Bundesprogramms bietet aktuelle Informationen zu den geförderten Lokalen Aktionsplänen, Modellprojekten und Beratungsnetzwerken.

www.politische-bildung.nrw.de

Neben dem Print- und Multimediakatalog stellt die Landeszentrale für politische Bildung online Angebote zu aktuellen politischen Diskussionen oder historischen Jahrestagen zur Verfügung und informiert über das landesweite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus.

www.ida-nrw.de/rechtsextremismus

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW bietet ein breites Angebot an Handreichungen, Publikationen und Seminaren zur nichtrassistischen und interkulturellen Bildungsarbeit an und ist Träger des Beratungsnetzwerks für Eltern und Bezugspersonen rechter Jugendlicher.

www.r-press-nrw.de

NRW rechtsaußen bietet tagesaktuelle Neuigkeiten und Hintergrundberichte über die NPD, die Freie Kameradschaften und die „Pro-Bewegung“ aus Nordrhein-Westfalen.

www.lotta-magazin.de

Lotta, die antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, erscheint vierteljährlich und berichtet neben einem Schwerpunktthema über aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten. Auf der Webseite sind ausgewählte Beiträge als Download abrufbar.

www.jugend-in-aktion.de

JUGEND IN AKTION ist ein Förderprogramm der EU, mit dem Solidarität und demokratisches Engagement unter Jugendlichen gestärkt werden soll – eine gute Möglichkeit für die finanzielle Unterstützung der Bündnisarbeit.

www.evangelische-jugend.de/Foerdernewsletter.22.0.html

Der Fördernewsletter der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. weist monatlich auf Fördermöglichkeiten für Jugendarbeit und demokratisches Engagement hin.

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Mit dem Anspruch, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, ermutigt, berät und fördert die Amadeu Antonio Stiftung lokale Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Das „MUT-Portal“ ist ein aus einer Aktion des „Stern“ entstandenes Onlineportal, das über Rechtsextremismus informiert und vier Ziele verfolgt: Information, Ermutigung, Erste Hilfe und Coaching.

www.netz-gegen-nazis.de

Das Netz gegen Nazis ist eine u.a. von der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ ins Leben gerufene Aufklärungs-, Ratgeber- und Diskussionsplattform, die den Umtrieben der extremen Rechten „mit Rat und Tat“ entgegenwirken will: Die Seite bietet aktuelle Neuigkeiten und Hintergrundinformationen, praxisnahe Ratschläge sowie die Möglichkeit, sich Auszutauschen und zu Vernetzen.

www.dasversteckspiel.de

Die Internetversion der gleichnamigen Broschüre der Agentur für soziale Perspektiven e.V. bietet MultiplikatorInnen der Bildungsarbeit Orientierung und Hintergrundinfos zu extrem rechten Jugendkulturen und den damit verbundenen Codes, Symbolen und Lifestyles.

Mit freundlicher Unterstützung von

MUNDSCHENK

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

TOLERANZ FÖRDERN
KOMPETENZ STÄRKEN

Weitere Unterstützung erhielten wir durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW.

demokratie leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

Impressum

© 2012

Herausgeber // Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster / Kaiser-Wilhelm-Ring 28 / 48145 Münster / www.mobim.info (stellvertretend für die Mobile Beratung in NRW)

Texte // siehe AutorInnennennung im Text

Fotos // S. 4: MFKJKS NRW, S. 41: aus einer Kampagne des Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V, Foto: Betty Pabst, S. 70: Deutsche Jugendfeuerwehr.

Redaktion // Anna-Lena Herkenhoff, Heiko Klare, Michael Sturm

Mitarbeit // Sven Fischer, Anne Schmidt, Laura Wiebold

Gestaltung // ‚Tüddel' Heimsoth

Buchbindung und Druck // Mundschenk Druck+Medien, J. u. M. Radlbeck GbR, Wittenberg

Schrift // Adelle Regular, Semibold Italic

Papier // LumiSilk 170 g/m², Bilderdruck matt; Inhalt, LumiSilk 115 g/m², Bilderdruck matt

Auflage // 3500

Diese Broschüre ist entstanden in Kooperation der Träger Mobiler Beratung in NRW.

VERÄNDERN LERNEN AKE
AKE-BILDUNGSWERK · DE

STADT MÜNSTER

Amt für Jugendarbeit EKvW
juenger
Evangelische Jugend von Westfalen

Wuppertal

VILLA TEN HOMPEL
Geschichtsort
Erinnern
Forschen
Lernen

ibs
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Gewalt Akademie Villigst

mobim

Seit Oktober 2008 gibt es in Nordrhein-Westfalen mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus verlässliche Ansprechpartner für alle, die sich aktiv mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in NRW auseinandersetzen wollen oder vor konkreten Herausforderungen stehen. Die fünf Beratungsstellen in Köln, Münster, Schwerte, Vlotho und Wuppertal beraten Engagierte aus Vereinen und Verbänden, MigrantInnenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, Initiativen und Bündnissen sowie aus Unternehmen und der Wirtschaft im Themenfeld Rechtsextremismus. Zudem dokumentieren sie extrem rechte Vorfälle sowie zivilgesellschaftliche Gegenstrategien und vernetzen sich mit AkteurInnen vor Ort, landes- und bundesweit.
Mit dieser Broschüre gibt die Mobile Beratung NRW einen Einblick in ihre Arbeit, unternimmt gemeinsam mit PartnerInnen aber auch Streifzüge in die extrem rechte Szene und zeigt alltäglichen Rassismus auf.

www.mobile-beratung-nrw.de